

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr nichts.

Vereint seid Ihr Alles!

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Verbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)

Hauptkassierer: Otto Zehms, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, II, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind

und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Redaktion: Berlin O. 27, Andreasstr. 61, II. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076. Expedition: Chemnitz, Uferstr. 14, part. Telephon: Chemnitz, Nr. 4102.

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 60 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungsanzeigen 15 Pfg., Geschäftsanzeigen 50 Pfg. die dreispaltige Petitzeile. Blattbestellungen, Inserate und Bezugsgebühren sind an Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstr. 14, zu senden.

Nr. 49. Auflage 100 000 Chemnitz, Freitag den 7. Dezember 1906. Auflage 100 000 18. Jahrgang.

100 000

## Das erste 100 000!

Wir marschieren! Am 26. Januar dieses Jahres konnten wir in der Nr. 4 des „Textilarbeiters“ konstatieren, daß seine Auflage auf 75 000 Exemplare gestiegen sei, und heute, nach 11 Monaten, können wir mit stolzer Freude mitteilen, daß die Auflage inzwischen bei 100 000 Exemplaren angelangt ist, ja diese Zahl sogar schon überschritten hat.

Es zeugt diese Tatsache gewiß von einem außerordentlichen Werbeeifer, von dem unsere Kollegen im ganzen Reich gegenwärtig befeelt sind. Wenn dieser Werbeeifer anhält — und dafür sorgen ja unsere lieben Freunde, die Feinde — dann hoffen wir, in nicht allzuferner Zeit eine weitere erhebliche Steigerung der Abonnentenzahl melden zu können.

Wenn wir bei dieser Gelegenheit unseren Kollegen draußen unsere Anerkennung aussprechen und sie zu neuer erfolgreicher Arbeit beglückwünschen, so ist es wohl gewiß auch angebracht, des organisierten Schachmacherklingels zu gedenken, der, freilich wider seinen Willen, durch seine terroristische Willkür unsere Sache ganz sichtlich förderte.

Diejenigen Kollegen, welche erst in den letzten Jahren in die kämpfenden Reihen eingetreten sind, können sich ja nur schwer oder überhaupt kein Bild machen von den Schwierigkeiten, welche der „Textilarbeiter“ zu überwinden hatte, ehe er zu dem wurde, was er heute ist.

Als der „Textilarbeiter“ ins Leben gerufen wurde, bestand keine Organisation, auf welche er wie heute seine Existenz stützen konnte. Seine Vorgängerin, die „Manufaktur-Arbeiterzeitung“, welche in Gera erschien, war dem Untergang nahe. Aber die hier und da vorhandenen Organisationsgruppen, meist Lokalorganisationsgruppen, empfanden immer mehr die dringende Notwendigkeit, eine Zeitung zu besitzen, welche ausschließlich den Interessen der Textilarbeiter dienen sollte. Eine Zeitungsgründung, und namentlich die Gründung einer Zeitung, welche es sich zur Aufgabe machte, den Interessen der Arbeiter zu dienen, war zur Zeit der Gründung des „Textilarbeiters“ mit einem großen Risiko verknüpft. Wir schrieben damals das Jahr 1889. Das Hundertjahr des Poststufensystems in Frankreich sah Deutschland in der tiefsten Schmach polizeilicher Willkürherrschaft. Im März desselben Jahres hatte der Polizeiminister Herfurt auf Grund der Bestimmungen des Sozialistengesetzes sogar die „Neue Volkszeitung“ verboten, weil ihre Schreibweise den damaligen Gewalthaber, Kräfte Wilhelmstraße nicht in den Kram paßte. Außerdem stand eine weitere Verlarzung des Sozialisten-Gesetzes bevor. Bis dahin war dieses Knebelgesetz ein per se hies gewesen. Im Oktober 1889 aber kam Bismarck mit einem Antrag an den Reichstag, das periodische Knebelgesetz zu vereinfachen. Und dem Reichstag war alles zuzutrauen, nur nichts Gutes.

In dieser unheilsvolleren Atmosphäre erblickte der „Textilarbeiter“ das Licht der Welt.

In Burgstädt in Sachsen hatte sich ein Mann gefunden, der Buchdruckerbesitzer Robert Walter, welcher das Risiko auf sich nahm und den „Textilarbeiter“ ins Leben rief. Am 14. September 1889 erschien die Probenummer, welche sich mit folgendem Aufruf an die Textilarbeiter in Deutschland wandte:

„An die Arbeiter der Textilindustrie Deutschlands!

Von vielen Seiten der Textilbranche, namentlich von Seiten der Gründer der „Manufaktur-Arbeiterzeitung“ in Gera und dem Vorstand der Krankenkasse der Weber, Wicker usw. (Sitz Chemnitz), wurde die unterzeichnete Buchdruckererei ersucht, eine Zeitung herauszugeben, welche ausschließlich die Interessen der Arbeiter der Textilbranche vertritt.

Mit vorliegender Probenummer des zu diesem Zwecke geschaffenen Organs:

„Der Textil-Arbeiter“

sind wir diesen Wünschen nachgekommen und hoffen durch ein recht zahlreiches Abonnement seitens sämtlicher Textilarbeiter Deutschlands unsere, ihren Interessen dienenden Bestrebungen unterstützt zu sehen.

Die Probenummer führte, ungeachtet der Verleumdung, mit welcher damals die Genen der Volksrechte gegen das geringste Streben der Arbeiter, sich etwas Ellenbogenfreiheit zu schaffen, hinauslos plätierte, eine erfreulich herzliche Sprache. In dem Leitartikel „Zur Einführung“ hieß es:

Die deutsche Arbeiterbewegung macht, trotz aller ihr in den Weg gelegten Hemmnisse und Hindernisse, mächtige Fortschritte. Ja gerade die Schwierigkeiten, die man ihr nun schon seit einer Reihe von Jahren in besonders rücksichtsloser Weise bereitet, scheinen sie zu stets erhöhter Kraftansammlung und neuen energischen Versuchen anzuspornen.

Man hat den deutschen Arbeitern die ihnen gesetzlich garantierte Koalitions- oder Vereinigungsfreiheit auf das äußerste eingeschränkt; was man anderen erlaubt, ist ihnen verweigert, und während es die Unternehmer an Willkür und Geschicklichkeiten gegenüber ihren Arbeitern nicht fehlen lassen, wird eine gewisse Sorte von Preisrepitilien nicht müde, über angebliche Kontraktbrüche der letzteren zu jactern und die nachdrücklichste Bestrafung derselben zu verlangen.

Die Arbeiter müßten blind sein, wenn sie nicht sehen wollten, daß unter solchen Umständen und Verhältnissen es für sie eine doppelt dringliche Notwendigkeit ist, stramm zusammenzutreten und in selbstgefügten Verbänden nicht bloß die wenigen ihnen bis jetzt verbliebenen Rechte zu wahren, sondern auch in klarer bewußter Absicht eine Hebung und Verbesserung ihrer Klassenlage mit allen Kräften anzustreben. Zu ändern und zu bessern gibt es für die deutschen Arbeiter aller Industriezweige wahrlich genug.

Diese vor 17 Jahren geschriebenen Worte können gerade jetzt den Arbeitern nicht dringend genug zugerufen werden.

Jetzt, wo der deutschen Arbeiterkassier in dem Gejagtenwurf über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine — ein Gejagtenwurf, der eigentlich seinem Inhalt nach den Titel tragen sollte: „Gejagtenwurf über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine“ — auf neue eine Periode der Strafgulierung ihrer winzigen Rechte droht, ist es gewiß angebracht, den Arbeitern jene Zeit der Schmach und Schande vor Augen zu führen, welche die Millionärezüchter heraufbeschworen.

Und heute soll sich dieses grausame Freispiel wiederholen. Wieder will man die Arbeiterklasse rechtlos machen, aus der Haut des Volkes Niemen zu seiner Befehlung schneiden. Nein, deutsche Textilarbeiter, nun sei's genug des grausamen Spiels! Eine Grenze hat Tyrannemacht! Erinnern wir uns heute bei dieser Jubelfeier jener zwar schweren, aber für die Opferfreudigkeit der deutschen Arbeiterklasse großen Zeit, wo dem System der schmutzigsten Reptilienwirtschaft ein Ende gemacht und dem schimmigen aller Raubvögel die Fänge beschnitten wurden.

Gar mancher von denen, welche in jener schweren Zeit ihren Mann standen und auch ihre Kräfte dem „Textilarbeiter“ zur Verfügung stellten, ist heute schon zur großen Arme abberufen worden. In den ersten Jahren des Bestehens der Zeitung mußte die Redaktionsarbeit nur im Nebenamt bejorgt werden. In Burgstädt war der Genosse Albert Schmidt, welcher die Arbeit mit besorgte. Schmidt, später Reichstagsabgeordneter, ist vor einigen Jahren gestorben. Als am meisten geschätzter Mitarbeiter, die viele beschreibende Artikel geschrieben haben, waren in den ersten Jahren besonders tätig: die Genossen Gladewitz und Anton Vehr. Ersterer ist ebenfalls schon einige Jahre tot, während der Genosse Vehr, der als „Hilfsreichlicher Bundesbruder“ aus den verschiedensten deutschen Vaterländern ausgewiesen wurde, gegenwärtig in Bismarck-Leipa sein Domizil hat, wo er, wie er uns gelegentlich der Uebersendung des für diese Nummer bestimmten Beitrages mitteilte, noch schriftstellerisch tätig ist.

Was nun die Verbreitung der Zeitung in den ersten Jahren betrifft, so wurden die Erwartungen der Gründer leider nicht erfüllt, und der Drucker hatte infolge dessen mit schweren Sorgen zu kämpfen. Nach 1 1/2 Jahren, auf dem Pöbneider Kongress zu Ostem 1891, waren erst 3000 Abonnenten vorhanden und von diesen gingen die Abonnementsgebühren zum Teil sehr schwer ein. Die Folge davon war, daß die Gefahr bestand, das Blatt werde eingehen müssen. Zur Zeit des Pöbneider Kongresses war diese Gefahr derart groß, daß der Kongress beschloß, den Verlag des Blattes in die Hände der Textilarbeiter Deutschlands zu übernehmen und es in der Druckerei von Emil Landgraf in Burgstädt herstellen zu lassen. Wegen eine Entschädigung von 500 Mk. trat Walter das Verlagsrecht ab und der Kongress in Pöbner beauftragte den Kollegen Albin Reichelt in Chemnitz, die Wahl einer Preis-Kommission in die Wege zu stellen, welche das ganze Geschäftsunternehmen zu kontrollieren hätte.

Kollege Reichelt übernahm Johann die Führung der Redaktions- und Verlags-geschäfte, und diejenigen Kollegen, welche auf der Generalversammlung des Verbandes in Rühlhausen in Th. anwesend waren, haben ja gehört, mit wie primitiven Mitteln damals gearbeitet werden mußte. Anfangs war das Blatt nicht obligatorisches Organ der Organisation, sondern wurde erst durch einen Beschluß des Zentralvorstandes vom 1. Oktober 1891 ab dazu bestimmt.

Daß bei einem Blatte, welches die Interessen der Arbeiter vertritt und den Aufklärungsdienst im Kampfe der Organisation betreiben muß, auch Konflikte mit den

Strafgefesse nicht ausbleiben, ist bei der in Preußen-Deutschland herrschenden Rechtsunsicherheit nicht verwunderlich. Auch die Redakteure des „Textilarbeiters“ sind mehr wie einmal vor den Kadie geschleppt worden, weil man sie beschuldigte, den oder jenen Verwalter oder Direktor u. etwas zu fühlbar auf die Füßhölzer zu treten zu haben. Insgesamt 12 Monate Gefängnis und 1825 Mk. Geldstrafe und Gerichtskosten war die Sühne für diese Freveltaten. Kollege Reichelt hat den Löwenanteil, nämlich 10 Monate, darunter 8 Monate wegen Majestätsbeleidigung, davon getragen, während dem Kollegen Wagener zwei Monate entfallen. Auch in Bezug auf die Vollstreckung der Strafe war Kollege Reichelt schlechter daran wie sein Kollege. Während dem Kollegen Wagener Selbstbeschäftigung gewährt wurde, mußte Reichelt beim Drehen des Spulrades und Nähen von Strümpfen über des sächsischen Reiches Herrlichkeit nachdenken.

In wenigen Wochen, am 1. Januar 1907, tritt der „Textilarbeiter“ in eine neue Phase seiner Laufbahn ein. Wie bekannt, hat die letzte Generalversammlung des Verbandes in Mühlhausen i. Th. beschlossen, daß der „Textilarbeiter“ in die Regie des Verbandes übergehe und die Redaktion mit dem Zentralvorstand zusammen gelegt werde. Vom 1. Januar 1907 ab wird das Blatt in der „Vorwärts“-Druckerei in Berlin hergestellt werden.

Schon auf dem Verbandstage in Hof (1894) tauchte diese Frage auf, wurde aber hier mehr so nebenher erörtert. Anders dagegen war es zwei Jahre später in Apolda. Hier fand im Anschluß an den Verbandstag ein Kongreß für die Textilarbeiter Deutschlands statt, dem ein Antrag zur Verhandlung vorlag, wonach der Druck des „Textilarbeiters“ von Burgstädt nach Berlin verlegt werden sollte. Als Grund wurde von Kollegen Hübsch angegeben, daß die Herstellung jeder Nummer in Berlin 30 Mk. billiger sein würde. Der Antrag rief eine sehr ausgedehnte Debatte hervor und wurde schließlich vom Antragsteller — John Bernau — zurückgezogen. Das Blatt hatte damals nach dem Bericht der Preszkommision 20 000 Abonnenten.

Auch der Generalversammlung in Göhrich (1900) lag wieder ein Antrag vor, der von Langenbielau gestellt war und verlangte, daß das Fachblatt in eigene Regie des Verbandes übernommen werden sollte. Aber auch hier zeigte sich noch wenig Interesse für die Frage.

Anderes war dagegen die Stimmung vier Jahre später auf der Generalversammlung in Hannover. Dort wurde folgender Antrag des Kollegen Rüssel angenommen:

„Der Vorstand und Ausschuß hat bis zur nächsten Generalversammlung eine gemeinsame Sitzung mit Preszkommision und Geschäftsleitung des „Textilarbeiters“

abzuhalten, um der nächsten Generalversammlung Vorschläge zu unterbreiten, Fachzeitung und Zentralvorstand zusammen zu bringen.“

Diese Konferenz fand denn auch statt und es kam dazu, daß die Generalversammlung in Mühlhausen i. Th. den bereits erwähnten Beschluß faßte.

Hoffentlich wird nun die Aktionsfähigkeit des Verbandes eine weitere erhebliche Steigerung erfahren, wenn die Hauptwaffe des Verbandes mit der Zentralleitung verbunden ist.

Die Zeiten sind ernst, sehr ernst.

Trotz der glänzenden Geschäftsperiode, in welcher sich die Textilindustrie befindet, kann von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter keine Rede sein. Im Gegenteil! Die Verteuerung aller Existenzmittel und die hartnäckige Weigerung der durch und durch agrarischen Regierung, durch Öffnung der Grenzen zur Vieheinfuhr der drückenden Fleischnot ein Ende zu machen, schränkt die Existenz der Arbeiter, trotz hier und da etwas höherer Löhne, ganz bedeutend ein.

Ein fürchterliches Jagen der besitzenden Klasse nach Reichtum und Profit hat eingesetzt und rücksichtslos, ohne menschliches Empfinden, wird alles niedergedrückt, was sich dieser Jagd nach Profit in den Weg stellt. Und so rücksichtslos und brutal wird es morgen sein, wenn die Goldquelle zu versiegen droht und die wirtschaftliche Krisis einsetzt. Dann heißt es: starke Nerven haben und ein scharfes Schwert. Ein scharfes Schwert, welches mit wuchtigen Schlägen den Unverstand der Massen durchbricht. Der Unverstand der Massen, das ist noch wie vor der größte Feind der Arbeiter. Diesen Feind unschädlich zu machen, das muß in Zukunft in noch größerem Maße unsere Aufgabe sein.

Sollen wir diese Aufgabe richtig erfüllen — und wir müssen sie erfüllen —, dann dürfen unsere Kollegen in ihrem Verbungsseifer nicht erlahmen, sondern müssen nach immer schöneren Erfolgen streben. Eingedenk der Dichterworte:

„Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“

müssen alle Kollegen und Kolleginnen die Werbetrömmel rühren, um dem „Textilarbeiter“ neue Besu- und Kundentafeln von Lesern zuzuführen. Denn je größer die Leserschaft des „Textilarbeiters“ sein wird, als eine um so schärfere und wuchtigere Waffe wird er sich in Befreiungskampfe der Textilarbeiter erweisen. Jeder, jede kann also die Wirksamkeit des „Textilarbeiters“ erhöhen und alle werden es tun, dessen sind wir sicher.

## Einhunderttausend Mitglieder!

Der geschichtliche Augenblick, wo das einhunderttausendste Mitglied dem Verband Deutscher Textilarbeiter beiträgt, ist eigentlich schon geraume Zeit vorüber; ein ansehnlicher Grundstock an Mitgliedern ist schon für das zweite Hunderttausend vorhanden, und wenn wir heute der Tatsache gedenken, daß wir nun einhunderttausend Textilarbeiter und Arbeiterinnen um unser Banner vereint haben, so geschieht es nicht ohne den aufrichtigen Wunsch, recht bald den Zeitpunkt zu erleben, wo wir den Griffel nehmen können, um zu schreiben: „Zweihunderttausend Mitglieder.“

Wer hätte noch vor zwei Jahren geglaubt, daß wir heute schon über mehr denn hunderttausend Mitglieder vereint haben würden. Eine mühevoll Arbeit war es, und wie mühevoll sie war, kann jedes Mitglied an der nachstehenden Tabelle erkennen, welche die Mitgliederbewegung in Zahlen veranschaulicht:

Jahr		Mitgliederzahl	+ mehr weniger	in Zahlen	in Proz.
1892 <sup>1)</sup>	männlich	4 965	—	—	—
	weiblich	—	—	—	—
	Zusammen	4 965	—	—	—
1893	männlich	5 320	+	3 355	67,5
	weiblich	—	—	—	—
	zusammen	5 320	+	3 355	67,5
1894	männlich	10 302	+	1 982	23,8
	weiblich	—	—	—	—
	zusammen	10 302	+	1 982	23,8
1895	männlich	13 441	+	3 139	30,4
	weiblich	—	—	—	—
	zusammen	13 441	+	3 139	30,4
1896 <sup>2)</sup>	männlich	16 575	+	3 134	23,3
	weiblich	1 877	—	—	—
	zusammen	18 452	+	5 011	37,2
1897	männlich	19 334	+	2 759	16,6
	weiblich	3 314	+	1 487	70,8
	zusammen	22 648	+	4 196	22,7
1898	männlich	21 640	+	2 306	11,9
	weiblich	3 921	+	615	15,5
	zusammen	25 569	+	2 921	12,9
1899	männlich	31 785	+	10 145	46,8
	weiblich	6 426	+	2 497	68,6
	zusammen	38 211	+	12 642	49,4
1900	männlich	28 989	—	2 796	8,8
	weiblich	5 247	—	1 179	18,3
	zusammen	34 236	—	3 975	10,4
1901	männlich	24 818	—	4 171	16,4
	weiblich	4 018	—	1 229	23,4
	zusammen	28 836	—	5 400	15,6
1902	männlich	31 524	+	6 706	27,0
	weiblich	6 684	+	2 398	65,6
	zusammen	38 208	+	9 104	32,4
1903	männlich	42 647	+	11 123	35,2
	weiblich	12 073	+	5 419	81,4
	zusammen	54 720	+	16 542	48,3
1904	männlich	40 442	—	2 205	5,1
	weiblich	13 126	—	1 088	8,7
	zusammen	53 568	—	3 293	1,5
1905	männlich	46 861	+	6 419	14,8
	weiblich	20 896	+	7 470	56,8
	zusammen	66 957	+	13 889	24,9
1906 <sup>3)</sup>	männlich	60 058	+	18 997	29,5
	weiblich	34 269	+	18 678	66,8
	zusammen	94 327	+	37 675	40,9

<sup>1)</sup> Laut Protokoll der Generalversammlung zu Eberfeld.

<sup>2)</sup> Vom 8. Quartal 1896 an werden männliche und weibliche Mitglieder getrennt geführt.

<sup>3)</sup> 1. und 2. Quartal (Durchschnitt).

Die Zahlen sind im Durchschnitt gerechnet, stimmen also mit den in der Abrechnung enthaltenen nicht überein, was zu beachten ist.

Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 104 148, davon sind 65 467 männliche und 38 681 weibliche.

Von 371 Ortsgruppen zählen Mitglieder:

Mitglieder	Ortsgruppen
1 bis 50	123
51 - 100	68
101 - 500	115
501 - 1000	23
1001 - 1500	11
1501 - 2000	1
2001 - 3000	1
3001 - 4000	3
über 4000	1
Neu gegründet	17
Zusammen	371

Aus der ersten Tabelle geht hervor, daß wir am Schlusse des Jahres 1904 mit 53 568 Mitgliedern noch nicht die Hälfte der heute vorhandenen Mitglieder besaßen. Es geht also vorwärts trotz aller Tyrannei durch die Ausbeuterstypische. Und seit welchem Zeitpunkt? — Seit Crimmitschau!

Wenn wir nun heute erst der ersten hunderttausend Mitglieder gedenken und dabei einen kurzen Rückblick auf den hinter uns liegenden Weg werfen, so aus dem Grunde, weil wir warten wollten, bis auch bei dem treuen Begleiter und Kampfgesossen der Organisation, dem „Textilarbeiter“, das freudige Ereignis der „ersten Hunderttausend“ eingetreten sei. Wenn wir bei dieser Gelegenheit eine kurze Geschichte unseres Verbandes geben, so glauben wir damit nicht nur allen Mitgliedern einen großen Gefallen zu erweisen, sondern auch einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, weil tatsächlich bei dem größten Teil der Mitglieder über die Entstehung unseres Verbandes vollständige Dunkelheit herrscht.

Das Jubeljahr der französischen Revolution, das Jahr 1889, war vorüber. Es war eins der bewegtesten Jahre gewesen, seit langer Zeit. Trotzdem jener grünlige Wechselzug preußisch-deutscher Polizeimacht und Spigelwirtschaft, das Sozialistengesetz, ein rechtliches Produkt der Feigheit, wie die „Königliche Volkszeitung“ dieser Tage schrieb, noch bestand, ging ein frischer, gewaltiger Zug durch die deutsche Arbeiterklasse. An allen Ecken und Enden erhob die Hydra der Revolution, welche der Polizeipolizei hinter dem Strick miterte, drohend ihr Haupt. 120 000 Bergarbeiter in Deutschland hatten die Arbeit niedergelegt, um der menschenwürdigen Krutenpolitik der Grubenproben ein Paroli zu setzen. Aber auch sonst war das Jahr 1889 ein Streikjahr wie kein zweites. Die Gewalthererrschaft Bismarcks, seine Rücksichtslosigkeit auch anderen Ländern gegenüber, hatte die wirtschaftliche Lage Deutschlands so geschädigt, daß das arbeitende Volk beinahe ebenso darunter zu leiden hatte, wie heute unter den Folgen der zentrums-agrarischen Brot- und Fleischwucherpolitik. Die nur den junkerlichen Getreidebau dienende autonome Zollpolitik Bismarcks war dem Zusammenbruch nahe. Die Ausfuhr allein nach Rußland war in wenigen Jahren um 100 Millionen Mark zurückgegangen. Handel und Wandel waren von allen Seiten bedroht, kurz es war eine wirtschaftspolitische Atmosphäre zum sozialdemokratischen werden.

Der am Karrentage 1887 gewählte sogenannte Kartelltag, dessen Weisheit, dank der Schlämigkeit des deutschen Michels, in der Hauptsache aus Schlot- und Krautjunker bestand, welche in echt junkerlich-pfälzischer Struppellosigkeit den Brotzoll von 3 auf 5 Mk., die Branntwein- und Zuckersteuer um 100 bez. 40 Millionen Mark erhöhte, den Schnapsbrennern und Zuckerbaronen 70 Millionen jährliche Liebesgaben bewilligte und dem Volke durch Verlängerung der Gesetzgebungsperiode das Wahlrecht zum Reichstag verschlechtert hatte — dieser Lindwurm junkerlicher Habgier lag in den letzten Augen. In jener Zeit rafften sich nun auch die Textilarbeiter an verschiedenen Orten Deutschlands auf, um nach Mitteln zu suchen, wie sie sich gegen das heranziehende wirtschaftliche Unwetter, welches dann Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geradezu verheerend wirkte, mit ihrer ersten schützenden Wänter. Hier und da in Deutschland bestanden ja einzige Lokalvereine, man hatte auch in dem „Manufakturarbeiter-Verband“ der seinen Sitz in Gera hatte, die verstreuten Kräfte zusammengefaßt gesucht. Aber der Versuch war mißlungen. Trotzdem

gab man die Sache nicht verloren. War auch der Weg, auf dem man zum Ziele gelangen wollte, noch nicht gefunden — das Ziel selbst hatte man erfaßt: Die Vereinigung aller Textilarbeiter Deutschlands, das war das Ziel, nach dem man strebte.

Im Januar 1890 veröffentlichte eine Kommission der Wirker aus Apolda in dem wenige Wochen vorher gegründeten „Textilarbeiter“ einen Aufruf, in welchem sie ihre Fachgenossen aufforderten, einen nach Apolda einzuberufenden Kongreß der Wirker Deutschlands zu beschicken. Auf jenem Kongresse sollte eine Fachvereinigung der Wirker Deutschlands angestrebt werden.

Schon in der Probenummer des „Textilarbeiters“ (vom 14. September 1889) war ein Auszug aus einem Statutenentwurf über den Zweck eines zu gründenden sächsischen Wirker-Verbandes veröffentlicht worden. Die Wirker im sächsischen Erzgebirge hatten eine Kommission eingesetzt, welche dieses Statut entwerfen sollte.

Der Verband sollte die Interessen der Angehörigen des Wirker-Gewerbes im Königreich Sachsen vertreten. Dies suchte er zu erreichen durch Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege, strenge Aufrechterhaltung der mit den Arbeitgebern getroffenen Vereinbarungen in Bezug auf Arbeitspreise und Arbeitszeit, ferner durch unentgeltlichen Rechtsschutz und Unterstützung bei Arbeitslosigkeit. Der Beitrag sollte pro Mitglied und Woche 5 Pf. betragen und der Verband seinen Sitz in Burkhardttsdorf bei Chemnitz aufschlagen.

Das Ganze sah doch gewiß äußerst harmlos aus, aber die sächsischen Wirker hatten ihre Rechnung ohne das sächsische Juchel gemacht.

Am 6. Oktober 1889 hatte eine von 500 Personen besuchte Wirkerversammlung in Burkhardttsdorf die Gründung des Verbandes beschlossen und den Strumpfwirker August Schulz gen. Bosler beauftragt, das Statut des Verbandes bei der königl. Amtshauptmannschaft einzureichen. Darauf wurde ihm unterm 24. Oktober 1889 mitgeteilt, daß den Vereinen, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, die Bildung von Zweigvereinen verboten sei. Auch dürften nur diejenigen Mitglieder des Verbandes werden, welche dispositionsfähig wären.

Infolge dieser vereinsgesetzlichen Bestimmungen war die Existenz eines Verbandes mit dem Sitz in Sachsen unmöglich. Die bereits vorhandenen Mitglieder mußten sich einweisen mit Lokalvereinen behelfen. Umjomehr Interesse brachte man dem Aufruf der Kollegen in Apolda entgegen. Der Aufruf wurde in allen Landesteilen eifrig debattiert, und wenn auch anfangs die Zustimmungen langsam einliefen, so lag dies weniger an der Interesslosigkeit, als daran, daß man fast überall den Gedanken der Brandenkongresse verwarf und einen allgemeinen deutschen Textilarbeiter-Kongreß wünschte. Das Komitee in Apolda sah denn auch die Berechtigung eines solchen allgemeinen Kongresses ein, aber man stand dort auf dem Standpunkt, durch Schaffung einer festen Organisation der Wirker einen Grundstein für die zu schaffende allgemeine Organisation zu legen. Schließlich regelte man die Sache so, daß neben dem Wirkerkongreß noch ein allgemeiner Textilarbeiter-Delegiertentag stattfinden sollte.

Am 17. März 1890 wurden beide, der Kongreß und der Delegiertentag, für die Tage vom 5. bis 7. April 1890 nach Apolda einberufen.

Die Tagesordnung enthielt nicht weniger als 14 Punkte, darunter, neben der Stellungnahme zum Maximalarbeitsstag, der gesetzlichen Regelung der Frauenarbeit, der Abschaffung der Kinderarbeit in Fabrik- und Hausindustrie usw., auch die Frage der Organisation. Der Delegiertentag beschloß, in Berlin eine Agitationskommission einzusetzen, welche bis zum nächsten allgemeinen Textilarbeiter-Kongreß, der möglichst bald einberufen werden sollte, wenigstens soweit Preußen und Süddeutschland in Frage kamen, die Agitation zu fördern hatte. In Sachsen geschah dies durch die Kommission der Wirker und später durch ein Komitee, dem der Kollege W. H. Reichelt vorstand. In Thüringen dagegen war es der Genosse Anton Bahr, jetzt in Bismarck, welcher die Agitation förderte. Das nächste Ziel, welches man sich gestellt hatte, war, in allen Hauptzentren der Textilindustrie das Feuer der Organisation anzuzünden und dann sobald wie möglich einen allgemeinen deutschen Textilarbeiter-Kongreß einzuberufen. In der Zwischenzeit sollte

die Frage der Organisationsform, ob Zentralverband, Branchenverbände oder Lokalorganisationen, erörtert werden.

Einige Branchenverbände innerhalb der Textilindustrie waren schon gegründet oder in der Gründung begriffen. Es entstand ein Verband der „Posamenten-Arbeiter und -Arbeiterinnen, Goldbratzieher und Berufsgenossen Deutschlands“ und ein Verband der „Seiler, Kneppschläger und Häufel Deutschlands“. Beide lösten sich später auf und traten zu unserem Verband über.

In einem Aufruf des Berliner Agitationskomitees vom 3. Juni 1890 wurde zur Sammlung von Agitationsmitteln und zur Wahl von Vertrauensmännern in den einzelnen Orten aufgefodert. Man mußte nun daran gehen, die vorhandenen Kräfte zu sammeln und zu mustern, um deren eventuelle Tätigkeit nach dem Hauptziele: der Vereinigung aller Textilarbeiter und -Arbeiterinnen zu dirigieren. Zu diesem Zwecke wurden, soweit das möglich war, Bezirkskonferenzen einberufen.

Für den 5. Oktober 1890 berief der Genosse A. Behr eine Konferenz für Thüringen und das Vogtland nach Gera ein. Die sächsischen Kollegen wurden für den 26. Oktober 1890 nach Rappell bei Chemnitz einberufen, und 14 Tage später, am 9. November 1890, versammelten sich die Vertreter der Textilarbeiter der Provinz Brandenburg im „Konzertsaal Bobula“ in Rottbus. Nur in Rheinland-Westfalen, wo doch Hunderttausende von Textilarbeitern eng zusammen arbeiten, wollte es sich nicht recht regen. Jedoch gelang es aber doch noch vor dem Kongreß, eine Konferenz zu Stande zu bringen. Dieselbe tagte am 11. Januar 1891 im großen Saale des Zentralhotels in Barmen und war von 57 Delegierten besucht.

Auf allen Konferenzen beschäftigte man sich natürlich in erster Linie mit der Form der zu schaffenden Organisation, Zentral- oder Lokalorganisation, das war auf allen Konferenzen die Frage, um welche sich die Debatten drehten. Ueberall kam man jedoch zu der Ansicht, daß die Vorteile, welche die Zentralorganisation, durch das Zusammenfassen aller Kräfte, bietet, niemals nur annähernd aufgewogen wird durch den angeblichen Vorzug, den die lokalen Organisationen durch ihre Selbstständigkeit haben sollten.

Der Delegiertentag der Textilarbeiter von Rheinland und Westfalen ging in den Beschlüssen zur Organisationsfrage am weitesten. Er beauftragte das Agitationskomitee der Textilarbeiter in Berlin, dem nächsten Textilarbeiter-Kongreß Deutschlands einen vollständig ausgearbeiteten Statutenentwurf für eine Zentralorganisation vorzulegen. Dazu kam es indessen bis dahin nicht.

Unterm 27. Dezember 1890 gab das Agitationskomitee der Textilarbeiter Deutschlands bekannt, daß der Kongreß im Jahre 1891 stattfinden werde, und zwar in Gera. Dieser Ort mußte aber fallen gelassen werden, weil im Ländchen Heinrich des so undsovielten die Frauen kein Recht haben an Versammlungen teilzunehmen. Der Kongreß fand deshalb in Böhmisch statt, und zwar an den Tagen vom 29. bis 31. März 1891.

Anwesend waren 77 Delegierte aus 75 Orten. Mit welchen Schwierigkeiten das Agitationskomitee in Berlin zu kämpfen gehabt hatte, um die Fäden für die Organisation anzupinnen, das ging aus dem Bericht hervor, den der Kollege Hübsch erstattete. Die Mittel, welche dem Komitee zur Verfügung gestanden hatten, waren natürlich sehr knapp. Die Einnahmen betragen 775,75 Mark, und es war noch ein Bestand von 70,80 Mark vorhanden. Aber trotz der geringen Mittel hatte das Komitee in allen Teilen Deutschlands Anknüpfungspunkte gesucht.

Der wichtigste Tagesordnungspunkt war natürlich der, eine Organisationsform für die Organisation aller Textilarbeiter Deutschlands zu schaffen. Zu diesem Zwecke setzte der Kongreß eine Kommission ein, welche die Frage vorberaten und Vorschläge machen sollte. Von dieser Kommissionsberatung erstattete Kollege Behr am 30. März Bericht, in dem sich eine Redebeiträge knüpfte, an der 25 Redner beteiligt waren. Das Resultat dieser Verhandlungen war folgender Beschluß:

1. Es ist ein Zentralverband zu gründen, jedoch für diejenigen Angelegenheiten, welche im Verband nicht erörtert werden dürfen (damals bestand noch das Verbindungsverbot für politische Vereine in Preußen, welches eine Falle für die Gewerkschaften war) ist das Vertrauensmännersystem beizubehalten. Es sollen 10 Pf. Beitrag wöchentlich erhoben werden.
2. In denjenigen Landesteilen, welchen es nicht möglich ist, dem Zentralverband beizutreten, soll die Lokalorganisation in Verbindung mit dem Vertrauensmännersystem beibehalten werden.
3. Sitz des Verbandes ist Berlin, Sitz des Ausschusses Barmen-Konsdorf; auch wird den Berlinern die Gründung des Verbandes überlassen.

Es ist also historisch nicht richtig, wenn gesagt wird, der Verband sei in Böhmisch gegründet worden. Begründet worden ist der Verband in Berlin, und zwar am 25. Mai 1891. An diesem Tage fand in der „Königsbarr“ „Große Frankfurter Straße, eine Versammlung statt, in welcher die Berliner Kollegen den ihnen in Böhmisch erteilten Auftrag, die Gründung des Verbandes vorzunehmen, zur Ausführung brachten, indem sie das provisorische Statut annahmen.

Das neugeborene Organisationskindlein erhielt den provisorischen Namen: „Verband aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. Die verantwortlichen Nährväter dieses Kindleins hatten seinen Unterhalt auf sehr schmale Nationen gesetzt. Wahrscheinlich waren sie der Ansicht, daß sich auch die Organisation der Textilarbeiter in ihrer Existenzfähigkeit nicht von dem Hungerleben der Textilarbeiter unterscheiden dürfe. Der Kongreß in Böhmisch hatte den Beitrag pro Woche auf 10 Pf. festgesetzt, ein, wie leider viel zu spät erkannt wurde, vollständig unzureichender Beitrag. Von diesen 10 Pf. erhielt aber laut Statut die Verbandskasse nur 5 Pf., die andern 5 Pf. verblieben am Orte. Diese 5 Pf. wurden aber noch bedeutend reduziert durch die obligatorische Einführung der unentgeltlichen Lieferung des „Textilarbeiters“ an die Mitglieder. Es war also kein Wunder, daß in den zehn Monaten von der Gründung des Verbandes bis zur ersten Generalversammlung, welche am 16. April und die folgenden zwei Tage im Jahre 1892 in Gera stattfand, aus Verbandsbeiträgen nur eine Einnahme von 418,25 Mk. und ein Kassenbestand von 1281,27 Mk. vorhanden war.

Die Geraer Generalversammlung nahm das provisorische Statut mit einigen, nicht besonders einschneidenden Änderungen an. Der Verband führte von hier an den Namen: „Verband aller in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands“. Diesen Titel führte er bis zur Generalversammlung in Hannover (1904), wo er in „Verband deutscher Textilarbeiter“ umgetauft wurde.

Nach in demselben Jahre, in dem der erste Verbandstag stattgefunden hatte, führte ein Antrag, den Zentralvorstand und Ausschuss den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreiteten, zum Teil sehr erregten Auseinandersetzungen. Die Anträge selber erachteten es nicht für zweckmäßig — und infolge der knappen Verbandsmittel für unmöglich — länger den Anschlägen an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands aufrecht zu erhalten. Dieser Antrag begegnete aber einer ganz

entschiedenen Opposition in Mitgliederkreisen und wurde abgelehnt. Um die Beiträge an die Generalkommission zu bestreiten, wurde die Gewerkschaftskommissionskarte eingeführt, welche aller Viertelsjahre gekauft werden mußte.

Am 7. November 1892 wurde der jetzige Vorsitzende des Verbandes, Kollege Karl Hübsch, das erste Mal zum Vorsitzenden gewählt. Von der Gründung des Verbandes an bis hierher hatte der Tuchmacher Paul Petersdorff den Posten eines ersten Vorsitzenden bekleidet; er legte denselben aber nieder.

Die zweite Generalversammlung des Verbandes fand vom 24. bis 26. März 1894 in Hof i. B. statt. Dieselbe faßte den Beschluß, in Zukunft der Hauptkasse 60 Prozent der Einnahme aus den Beiträgen zuzuführen. Auch wurde hier beschlossen, einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen. Als solcher wurde Kollege Treue in Berlin, der jetzt leider vom Unglück schwer verfolgt wird, gewählt. Im übrigen waren die Beschlüsse dieser Generalversammlung nicht von besonderer Bedeutung.

Einen etwas höheren Anflug unternahm schon die Generalversammlung in Apolda, welche am 4. und 5. April 1896 im „Vorwärts“ daselbst tagte.

Dieser Generalversammlung lagen eine ganze Reihe Anträge vor, welche den Verband finanziell — auch den Mitgliedern gegenüber — leistungsfähiger machen wollten. Jedoch kam bei den Verhandlungen noch nicht viel heraus. Die Erhebung der Beiträge wurde abgelehnt und der wilde Sammeltrieb insofern ein Ende gemacht, daß beschlossen wurde, alle für Streiks oder Aussperrungen gesammelten Gelder seien nur an die Zentralkasse zu senden, von wo sie prozentual der am Streit beteiligten den einzelnen Streikkomitees überwiesen werden sollten. Es durften nur noch Sammellisten anerkannt werden, welche den Stempel des Zentralvorstandes trugen. Auch wurde hier die Einführung einer Unterstützung bei Maßregelung beschlossen, und zwar in Höhe von 50 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes, auf die Dauer der Arbeitslosigkeit. Die Anträge für Unterstützung bei Umzügen und Strebefällen wurden abgelehnt.

Im Anschluß an die Verhandlungen in Apolda entwickelte sich in unserer südlichsten Ecke des Verbandsgebietes, in Mülhausen im Elsaß, eine Abplitterung, welche die eifrigsten Textilarbeiter auf Jahre hinaus schädigte und der Macht des Kapitals auslieferte. In Rottbus tobte schon sieben Wochen lang ein erbitterter Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Die junge Organisation gab sich damals alle erdenkliche Mühe, die Mittel zusammen zu bekommen, um den Kampf beteiligten 5000 Arbeitern die Existenz in dem Kampfe zu ermöglichen. Das war zu jener Zeit keine leichte Aufgabe. Der Verband war zu schwach und mußte infolgedessen immer an die gesamte deutsche Textilarbeiterchaft appellieren. Alle Kräfte waren seit Wochen angespannt, um das nötige Pulver herbeizuschaffen. Da kam plötzlich die Kunde aus Mülhausen i. E., daß nun dort auch 4000 Mann in den Ausstand getreten seien. Es waren das nicht etwa lauter Mitglieder. Am 31. Dezember 1905 waren 430 Mitglieder im Verband. Der Verband konnte natürlich diese 4000, neben den 5000 in Rottbus, nicht unterstützen. Diese Unmöglichkeit sah auch die Generalversammlung in Apolda ein. Sie konnte nicht anders als beschließen: Kollegen, das geht über unsere Kräfte! Leider hatte die Lohnkommission in Mülhausen dieser prekären Lage, in der sich der Verband befand, nicht die richtige Würdigung zuteil werden lassen und am 9. April 1895 den übereilten und verhängnisvollen Beschluß gefaßt, den Textilarbeitern im Elsaß die Schaffung einer eigenen, materiell durchaus unabhängigen Organisation zu empfehlen. Eine Empfehlung, der leider Folge geleistet wurde.

Die Generalversammlung in Gera, welche am 10. April 1898 tagte, war im allgemeinen für die bessere Ausgestaltung der Organisation ebenso unproduktiv wie diejenige in Apolda. Die zahlreichen Anträge, betr.: Beitragserhöhung; Arbeitslosenunterstützung, Streikreglement usw. zeugten allerdings davon, daß sich das Verbandsleben zu regen beginne, aber die Verhandlungen auf dem Verbandstage legten sich wie ein vernichtender Reif auf die emporstehenden Knospen des vorwärtstreibenden Organisationsbaumes. Nach einer überaus temperamentsvollen Debatte wurde die beantragte Beitragserhöhung mit wenigen Stimmen Majorität wiederum abgelehnt. Damit war der Verband gezwungen, das laufende Jahrhundert mit den vollständig ungenügenden Mitteln zu Ende zu vegetieren. Im großen und ganzen blieb alles beim alten. Nur die Gewerkschaftenunterstützung wurde dahin geändert, daß in Zukunft Tag 1 Mk. Unterstützung auf die Dauer von 13 Wochen bekommen sollten. Die Arbeitslosenunterstützung, welche hier das erste Mal eingehend debattiert wurde, ward abgelehnt. Um die Rechte zwischen dem Zentralvorstand und den Mitgliedern bei Streiks und Aussperrungen festzulegen, wurde ein Streitreglement geschaffen. Alsdann beschloß die Generalversammlung folgendes: Es wird ein zweiter besoldeter Beamter im Zentralvorstand angestellt und der Zentralvorstand wird beauftragt, in den nächsten zwei Jahren eine lebhafte Agitation zu entfalten zur Erhöhung der Beiträge, um der nächsten Generalversammlung einen diesbezüglichen Antrag vorlegen zu können und eine Urabstimmung vorzunehmen.

Inzwischen war am Niederrhein, namentlich in Arefeld, eine Bewegung unter den Webern entstanden, welche in den folgenden Jahren zum Anlaß heftigster und widerlichster Bruderkämpfe wurde. Am 3. April 1898 hatte eine große Weberversammlung in Arefeld in begeisterten Stimmung die Gründung eines „Niederrheinischen Weberverbandes“ beschlossen. Die Gründung war nicht erfolgt, um die neue Organisation in einen Gegensatz zum Zentralverband zu bringen, sondern man wählte diese Agitationsweise und Organisationsform, um die Arbeiter, welche noch stark im Banne des Alerikalismus gehalten wurden, leichter organisieren zu können. Sobald der Organisationsgedanke richtig Wurzel gefaßt hatte, sollte der Uebertritt in die Zentralorganisation erfolgen. Leider wollte man dann nicht Wort halten, und so kam es, daß jahrelang die Arbeiter gegen einander kämpften, anstatt gemeinsam den Ausbeutern das Handwerk zu legen. Es möge dieses traurige Schauspiel allen Kollegen eine erste Lehre sein, nicht mehr von dem beschrittenen Wege abzuweichen.

Der Generalversammlung in Gera, welche vom 14. bis 16. April 1900 tagte, lag nun das Ergebnis der Urabstimmung über die Beitragserhöhung vor. Dasselbe war folgendes: Von 42.170 Mitgliedern hatten gestimmt: mit Ja 15.211 Mitglieder, mit Nein 7871 Mitglieder; 19.088 Mitglieder waren indifferent und hatten sich der Stimme enthalten. Die Debatte über diesen Punkt war wieder eine sehr umfangreiche. Schließlich gelang es aber doch mit einigen Kompensationen, die in Kauf genommen werden mußten, den Karren vorwärts zu bringen. Mit 28.920 gegen 15.880 Stimmen wurde beschlossen, den Beitrag für alle Mitglieder auf 20 Pf. pro Woche festzusetzen. Ferner wurde bestimmt, daß von diesen Beiträgen 75 Prozent an die Hauptkasse abzuführen seien.

Das Kompensationsmittel, für welches die Beitragserhöhung eingetauscht wurde, war die Einführung der Unterstützung in Krankheitsfällen. Im übrigen faßte die General-

versammlung den Beschluß, die besoldeten Mitglieder des Zentralvorstandes nicht mehr von den Berliner Kollegen, sondern von der Generalversammlung selbst wählen zu lassen.

Aus Anlaß dieser Beitragserhöhung siehe nun eine Agitation mit ganz untauglichen Mitteln ein. Nicht wenige Kollegen gab es, welche der Meinung waren, nun müßten die Unglücksraben, welche sie über der Organisation treiben sahen, sofort herunterfallen, um die an den Pfahl der höheren Beiträge gebundene Organisation mit Haut und Haaren aufzuheben. Und um dieses Unheil abzuwenden, erhoben sie ein großes Geschrei, um die Anglisten abzuwenden, erhaben sie die Generalversammlung in Kassel, welche am 29. März 1902 und die drei folgenden Tage stattfand, zeigte aber, daß diese Kollegen, welche das Geschrei erhoben hatten, eigentlich selber die Anglisten waren gewesen waren. Durch ihr Geschrei hatten sie das Spulgebilde ihrer ängstlichen Phantasie in immer weiteren Kollegenkreise getragen, so daß die Zahl der Mitglieder innerhalb zwei Jahren von 42.160 auf 29.740 herunterging. Was aber schlug das Wetter um. Am Schlusse des Jahres 1902 war die Zahl der Mitglieder wieder auf 41.591 gestiegen.

Erfreulicher wie bei der Mitgliederbewegung war die Entwicklung des Verbandes in Bezug auf die Finanzen.

Strahlenden Geistes verkündete unser Finanzminister, Kollege Treue, daß der Verband nur zwei Jahren eine Schuldenlast von 20.000 Mk. gehabt habe, während er auf dem Verbandstage in Kassel über 78.000 Mk. Vermögen verfüge.

Es fehlte nun natürlich nicht an Anträgen, welche den vor zwei Jahren gemachten Schritt nach vorwärts wenigstens zum Teil wieder zurücknehmen wollten. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder sollten wenigstens wieder herabgesetzt werden. Der Verbandstag ging aber nicht darauf ein. In der Hauptsache wurde dieser Verbandstag benutzt, um eine bessere Präzisierung der schon bestehenden Verbandsbestimmungen herbeizuführen. Man beschloß die Einführung einer Umzugsunterstützung an verheiratete gemäßigtere Kollegen und beauftragte den Zentralvorstand, der im Jahre 1904 stattfindenden Generalversammlung zu berichten, ob und in welchem Umfange die Arbeitslosenunterstützung in unserer Organisation durchführbar sei.

Indessen tauchte auch hier schon ein organisatorisches Problem, die Gaueinteilung, auf. Die bisherigen Agitationsbezirke sollten aufgehoben beziehentlich in Gaubezirke umgewandelt werden, in welchen besoldete Agitationsleiter die Agitation betreiben sollten. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, mit den bisherigen Agitationsleitern einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten und der nächsten Generalversammlung vorzulegen.

Dieselbe fand vom 2. bis 4. April 1901 in Hannover statt. Soeben war die Organisation von einem Kampfe zurückgekehrt, wie in Deutschland bisher ein solcher noch nicht getobt hatte. In Crimmitschau Fabriken hatten die dort stehenden Arbeiter schon seit Jahren die Bitte vorgetragen, die tägliche Arbeitszeit solle auf zehn Stunden herabgesetzt werden. Aber die Unternehmerproben rührten sich nicht. Da entschlossen sich nun die Arbeiter, das zu fordern, um was sie vorher gebeten hatten. Infolge dieser Vermessenheit der Arbeiter überfiel die Unternehmerproben die Kaserne, und die dem Unternehmertum allemal dierbereite Polizei ging hin und jagte die in vier Versammlungen versammelten Arbeiter auseinander, als ob es Schulbusen wären. Das war zu viel der Schmach, welche die Arbeiter schon erlitten. In ihren inneren Gefühlen verwundet, ihrer Rechte beraubt, stützten sie sich in den Kampf gegen die Ausbeutungsbestie, um ihre Menschenrechte und ihr Menschenleben zu verteidigen.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, jenes gigantische Ringen zu schildern, welches hier zwischen der Klassenbewußten Arbeiterchaft Deutschlands und allen rechtlich denkenden Menschen einerseits und der unter dem Schutze der Staatsgewalt und dem Segen der Pfaffen koalitierten Ausbeuterpfaffen andererseits, stattfand. Wenn wir eine Geschichte des Verbandes schreiben werden, wird wohl sicher jener Kampf in Crimmitschau eines der interessantesten Kapitel abgeben.

Die der Generalversammlung in Hannover überwiesene Regelung der Gaueinteilung nahm natürlich einen sehr breiten Raum in den Verhandlungen ein. Erleichtert wurde diese Regelung dadurch, daß, wie der Crimmitschauer Kampf zur Genüge dargetan hatte, der Verband die Erhöhung der Beiträge beschließen mußte. Jedoch die Verhandlungen zeigten, daß, wenn auch noch mancher engherzige Gesichtspunkt, der besser vermieden worden wäre, zum Vorschein kam, der Verband doch schon auf einer ziemlich vorgeschrittenen geistigen Höhe angelangt war. Mit 36.407 Mitgliederstimmen dafür und 21.951 Stimmen dagegen wurde beschlossen, den Beitrag für männliche Mitglieder von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen und die Gaueinteilung vorzunehmen. Man beschloß, einstweilen bis zu sieben besoldete Gauleiter anzustellen. In Bezug auf die Arbeitslosenunterstützung wurde beschlossen, daß diese Frage durch eine Urabstimmung unter den Mitgliedern entschieden und das Resultat derselben der nächsten Generalversammlung vorgelegt werden sollte.

Von nun an machte der Verband, nach einem kurzen Rückgang der Mitgliederzahl von 58.761 auf 51.258, rapide Fortschritte. Auf der Generalversammlung in Mülhausen waren 90.579 Mitglieder vorhanden, und mit dem heutigen Tage ist das erste 100.000 der Mitglieder längst überschritten. Denn neben den Fachblättern kommen noch 16.000 „Gleichheiten“ an diejenigen weiblichen Mitglieder zur Verwendung, die, weil mehrere Mitglieder in einer Familie sind, an Stelle des Fachblattes die „Gleichheit“ beziehen.

Wie eine Lawine, die erst klein anfängt, dann aber sich immer größer entwickelt, und schließlich in ihrem rasenden Lauf, immer größer und mächtiger werdend, alle Hindernisse, die sich ihr in den Weg stellen, niederrennt, so muß und wird sich auch unsere Organisation entwickeln. Das ist ein Naturgesetz, gegen welches auch die Scharfmachttraden der „Arbeitsberzelung“ ohnmächtig verpuffen werden. Auf unsere Bemerkung in Nr. 15 des „Textilarbeiters“ über die „Taktik der Beunruhigung“ schraubt das Unternehmertum Gift und Galle und donnert folgendenmaßen los:

„Einer solchen Kriegsführung gegenüber können die Arbeiter natürlich nicht anders verfahren, als daß sie den Ueber bei den Hörnern fassen, das heißt, wo ein kleiner, beunruhigender Guerillakrieg von Seiten der Arbeiterchaft begonnen wird, mit der offenkundigen Absicht, die einzelnen Firmen zu ermüden und nacheinander abzuschlagen, da muß sofort der Wegner zu offenem Kampfe gezwungen und durch umfassende, einheitlich geleitete Maßnahmen matt gesetzt werden.“

Nun, wir können dem Schießsteinredner, welcher einen Lobhudeleffekt bekommen zu haben scheint, nur versichern, daß uns sein Toben vollständig kalt läßt. Wir werden uns deswegen auch nicht eine Minute abhalten lassen, das zu tun, was uns die Verhältnisse zu tun gebieten. Das andere, was dann kommt, können wir ruhig abwarten. Aber unsere Kollegen mögen daraus ersehen, daß für uns die Zukunft noch gewaltigere Kämpfe birgt, als die bisherigen. Deshalb: U n d e r d e r A r b e i t ! Als im November 1906 die Gauleiter und Verbandsfunktionäre in Berlin zu einer Konferenz zusammen waren, da wurde



# 1. Beilage zu Nr. 49 des Textil = Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 7. Dezember 1906.

## Jubiläums = Erinnerungen.

Von A. Behr.

Mit Genugtuung erfüllt, aber auch freudig überrascht mich die Nachricht, daß der „Textilarbeiter“ anlässlich der Erreichung einer Auflage von 100 000 Exemplaren eine Jubiläumsnummer herausgibt.

Welcher gewaltige Fortschritt innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit, namentlich aber im Hinblick auf die Anfänge der Textilarbeiterbewegung in Deutschland!

Als ich im Jahre 1874 nach Braunschweig kam und mich dort der internationalen Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter anschloß, welche die Vorläuferin des heutigen Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter war, da war von einem periodischen Organ der Textilarbeiter in Deutschland noch keine Rede, und nur von Zeit zu Zeit, oft erst nach einem Vierteljahr, erschienen Mitteilungen des Vorstandes in gedruckter Ausgabe. Das eigentliche Organ der organisierten Textilarbeiter war der „Volkstaat“, das Organ der sozialdemokratischen Partei, zu welchem dieselben, namentlich bei Streiks, ihre Zuflucht nahmen. (Beim Weberstreik in Großenhain 1874 wurden die Berichte des Streik-Komitees in diesem Blatte veröffentlicht und der damalige Redakteur, Wilhelm Liebknecht, wurde infolge dessen von den Großenhainer Fabrikanten um Vermittlung ersucht.)

Die internationalen Gewerkschaften fielen später der Verfolgungsbüchse Bismarcks zum Opfer, und die Textilarbeiter mußten sich nach einer anderen Organisationsform umsehen.

Als ich nach zehnjährigem Aufenthalt in Oesterreich wieder nach Sachsen kam, bestanden dort nur lokale Fachvereine, so u. a. ein solcher in Crimmitschau, der Fachverein der Manufaktur-arbeiter, eine Folge des kurz vorher stattgehabten Textilarbeiterstreiks.

Über im allgemeinen war insofern ein Fortschritt in der Textilarbeiterbewegung zu verzeichnen, als die Textilarbeiter ein Bindemittel in der in Gera erscheinenden „Allgemeinen Deutschen Manufaktur- und Arbeiter-Zeitung“ hatten, die damals vom Genossen Kühn redigiert wurde.

1886 fand zu Osnabrück ein Manufaktur- und Arbeiter-Kongreß statt, der in der Organisation selbst keine wesentliche Veränderung brachte und hauptsächlich bezweckte, daß die Manufaktur- und Arbeiter-Zeitung als allgemeines Organ der deutschen Textilarbeiter anerkannt werden sollte.

Ich versuchte damals, in Sachsen für die Textilarbeiterbewegung zu wirken und hielt auch mehrere Versammlungen in Werdau, Hartmannsdorf und Buchhardtsdorf ab, wurde aber bald aus Sachsen verwiesen, worauf ich mich nach Gera wandte. Dort war der Sitz des Allgemeinen Deutschen Manufaktur- und Arbeitervereins, der im Deutschen Reich, namentlich in Preußen, einige Mitgliedschaften besaß, die aber bald behördlich aufgelöst wurden, denn die Nachhaber in Deutschland hielten auch die Fachorganisationen für staatsgefährlich. Der Vorstand beschloß nun, um einer Vermögenskonzentration vorzubeugen, den Verein selbst aufzulösen und das weitere Erscheinen der „Manufaktur- und Arbeiter-Zeitung“ einzustellen, trotz meines Protestes.

Nun lag eine Zeitlang Ruhe über den Gewässern. Aber diese verhältnismäßig kurze Zeit genügt zur Mauserung der „Manufaktur- und Arbeiter-Zeitung“, die mittlerweile „Textilarbeiter“ geworden waren.

Denn schon im Jahre 1889 erschien in der Verlage des Buchdruckers Walthers in Burgstädt „Der Textilarbeiter“, und damit begann eine neue Aera der Textilarbeiterbewegung.

Ich gründete mit einigen Genossen einen Textilarbeiterverein in Gera, der aber nach kurzem Bestande der behördlichen Auflösung verfiel. 1890 fand zu Osnabrück ein Wirtekongreß statt, und ich machte den Versuch, denselben zu einem allgemeinen Textilarbeiterkongreß zu gestalten. Aber es wurde davon Abstand genommen und nur eine Textilarbeiter-Konferenz mit dem Wirtekongreß verbunden. Diese Konferenz setzte ein Agitationskomitee in Berlin ein, welches für 1891 einen allgemeinen Textilarbeiter-Kongreß vorzubereiten hatte. „Der Textilarbeiter“ begann nun, sich immer mehr bei den Textilarbeitern einzubürgern, namentlich, als es mir gelang, mit spärlichen Mitteln einige größere Agitationstouren in Süd- und Norddeutschland zu unternehmen.

Der Textilarbeiter-Kongreß fand zu Osnabrück 1891 in Böhmed statt, wo nicht nur die Gründung des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter vorbereitet, sondern auch „Der Textilarbeiter“ Eigentum der deutschen Textilarbeiter wurde.

Seit der Zeit ist es mit Riesenschritten vorwärts gegangen. Aber welches Verhältnis gegen heute.

Auf der ersten internationalen Textilarbeiter-Konferenz in Brüssel 1891 wurde konstatiert, daß „Der Textilarbeiter“ über 3000 Abonnenten zählte. Das war für die damaligen Verhältnisse schon ein schönes Resultat.

Wer hätte gedacht, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit das 100 000 voll werden würde?

In den Zeiten der tiefsten Schmach und Erniedrigung Deutschlands, unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, tröstete sich mancher mit den Worten des Dichters:

„Noch ein Jahrhundert und die Welt erwacht,  
Aus tiefsten Nöten wird der Geist sich retten;  
Zertrümmert wird er seine Sklavenketten,  
Und stammend wird der Mensch den Menschen fragen,  
Wie's möglich war, so schweres Joch zu tragen,  
Und wer die Freier waren, deren Macht  
Die Welt versenkt in tausendjährige Nacht.“

Heute aber brauchen wir unsere Hoffnungen nicht auf das nächste Jahrhundert zu verschieben. Das rapide Anwachsen der Arbeiterbewegung ist uns Gewähr dafür, daß die Welt bereits aus tausendjährigem Schlafe erwacht. Noch retten sich viele verwundert und schlaftrunken die Augen, aber die Wogen des kommenden Gerichts werden auch sie aus ihren Schlafwägen aufschrecken und sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats treiben.

## Geschichtliches vom Manufaktur- und Arbeiterverein.

Der Vorläufer der deutschen Textilarbeiterbewegung, der Deutsche Manufaktur- und Arbeiterinnenverein, wurde

im Frühjahr 1884 — während der Herrschaft des Sozialistengesetzes — in Gera gegründet, hatte seinen Sitz in Gera und wurde, obwohl er freiwillig sich bereits im Frühjahr 1887 aufgelöst hatte, nachträglich durch Urteil des Schöffengerichts Gera vom 22. Oktober 1887 und Urteil des Landgerichts Gera vom 30. Januar 1888 nochmals aufgelöst beziehentlich geschlossen.

Der Hauptvorstand in Gera, bestehend aus den Kollegen Jen, Seidel, Krißke, Bettelein, Graul und Schröder, und der Vorstand für die Mitgliedschaft Gera, bestehend aus den Kollegen Neupert, Drehsler, Fischer und Köffel, waren wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes (Zusammenschließen politischer Vereine) angeklagt. Letztere wurden in der Berufungsinstanz zu Geldstrafen verurteilt; der Hauptvorstand wurde freigesprochen. Nach Feststellungen des Gerichts hat der Deutsche Manufaktur- und Arbeiterverein laut Statut bezweckt: die Hebung der geistigen und materiellen Interessen seiner Mitglieder, die Regelung des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit und der Arbeitsvermittlung, berufstatistische Erhebungen, mögliche Befreiung der Akkordarbeit und Belehrung über allgemeine Fach- und gewerbliche Angelegenheiten, sowie die Gründung und Führung einer Unterstufungskasse für reisende Mitglieder, für solche Mitglieder, welche durch Ausführung der Vereinsbeschlüsse oder infolge ihrer Tätigkeit für den Verein arbeitslos wurden, und für Gewährung von Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten.

Die Erörterung religiöser oder politischer Angelegenheiten war ausgeschlossen.

Arbeiterinnen waren als Mitglieder zugelassen. An Orten mit 8 Mitgliedern konnte eine Mitgliedschaft (Zentrale) errichtet werden. Beiträge, soweit sie nicht für örtliche Verwaltungskosten abfordiert wurden, mußten jeden Monat an die Hauptkassa nach Gera gesandt werden. Für Delegierte zu Generalversammlungen war ein Mandat erforderlich.

Als Publikationsorgan war die „Deutsche Manufaktur- und Arbeiterzeitung“ bestimmt. Sie wurde in Gera gedruckt und hatte bis 1500 Exemplare Auflage. Genannter Verein wurde von der Polizei und vom Gericht als politischer Verein betrachtet, behördliche Schikanen waren keine Seltenheit. Im Urteil heißt es: „Die Statuten schließen nun zwar ausdrücklich die Erörterung politischer Angelegenheiten aus, hierdurch ist aber nicht bereits erwiesen, daß die Mitgliedschaft ein politischer Verein nicht sei. Sobald sie die verschiedenen Zwecke, deren Verfolgung nach den Statuten ihr obliegt, in Beziehung gebracht hat zur Geltendmachung derselben im praktischen Staatsleben und in der Gesetzgebung, wenn sie also unter anderem den Rechtsschutz in gewerblichen Streitigkeiten, die Regelung des Arbeitslohnes, der Arbeitszeit und der Arbeitsvermittlung, die Befreiung der Akkordarbeit im Wege der politischen Tätigkeit herbeizuführen sucht, welche in der Presse, in Versammlungen und bei den Wahlen zu den öffentlichen Körperschaften sich geltend macht, so kann sie nicht mehr als ein einfacher Verein angesehen werden, welcher bloß den Privatinteressen der von ihr vertretenen Arbeiterklassen dient.“ Und weiter: „Von vornherein war es nicht unwahrscheinlich, daß der Verein mit seinen Mitgliedschaften unter dem Vorgeben, gewerblichen Interessen seiner Mitglieder dienen zu wollen, hauptsächlich den Zweck verfolgt hat, der sozialdemokratischen Agitation, welche durch das Sozialistengesetz beschränkt worden war, einen neuen Weg zu eröffnen und für dieselbe einen Mittelpunkt zu bilden.“ Dann wird noch nachgewiesen, daß die „Deutsche Manufaktur- und Arbeiterzeitung“ durch ihren Inhalt der sozialdemokratischen Parteirichtung angehört und die politische Geltendmachung sozialdemokratischer Ziele betreibt. Bis Mitte 1886 wurde diese Zeitung von dem Vorsitzenden Kühn redigiert, dann nach dessen Austritt von dem Vorsitzenden Jen. Und weil der Vereinsvorstand am 27. Juni 1886 ein metatypographisches Zirkular den Fachvereinen der deutschen Manufaktur- und Arbeiter übermittelte, in welchem um Abonnement der „Deutschen Manufaktur- und Arbeiterzeitung“ ersucht wird, mit dem Hinweis, daß der vom 24. bis 27. April 1886 in Gera abgehaltene Kongreß die Existenz der Zeitung für eine unbedingte Notwendigkeit in organisatorischer und agitatorischer Hinsicht erklärte, so war die politische Tätigkeit des Vereins, dessen Teilnahme am politischen Leben, erwiesen. Weiteres Belastungsmaterial dafür war dadurch gegeben, daß der Vorsitzende Kühn auf die Rückseite der ersten Jahresrechnung (1. Juli 1884 bis Ende Juni 1885) einen Aufruf hatte aufdrucken lassen, worin „die Verhältnisse der Arbeiter und die von denselben zu erstrebenden Ziele ganz in der Art vorgetragen waren, wie dies von sozialdemokratischer Seite zu geschehen pflegt“, z. B. heißt es darin: „In der Nacht gewerkschaftlicher Organisation wird es einst liegen, die Gesetzgebung des Reiches dahin zu drängen, daß an Stelle der gegenwärtigen anarchisch fluktierenden Produktionsverhältnisse stabile geordnete treten.“

Als politische Agitation hat das Gericht auch folgende Rede, wie sie nach Angabe des Polizeiwachmeisters Lewes angegeben ist, aufgefaßt: „Die Frauen sollten an der Arbeiterbewegung teilnehmen; sie müßten politische Rechte bekommen. Er (Referent) verwerfe die Forderungen, und wenn am Niederrhein die alten Handwerker sich an solchen beteiligen wollten, so geschehe das, um die Bewegung aufzuhalten, damit sie erst die Augen aufdrücken könnten, bevor der unvermeidliche Crash eintreffe. Jeder Weber und jede Weberin müsse wissen, was zu tun nötig sei, wenn das große, nicht mehr fernstehende Ereignis eintrete.“

Während eines Kongresses (Osnabrück 1884 in Gera) habe eine Generalversammlung des Deutschen Manufaktur- und Arbeiterinnenvereins stattgefunden; den Delegierten sei Gelegenheit gegeben worden, den „politischen“ Kongreß zu besuchen.

Jen leitete die Generalversammlung und hielt die Besprechung politischer Fragen fern.

Tragend wurde vom Gericht eingehend die Tätigkeit des Kongresses für die Manufaktur- und Arbeiterinnen Deutschlands festgestellt. Das Urteil sagt zur Tagesordnung: „Unterstützung der Schanden in der Manufakturbranche und des dadurch herbeigeführten Notstandes unter den Manufaktur- und Arbeiter.“ Der Referent verweist auf die Kinderarbeit und Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter, die Beschäftigung von Frauen und Mädchen in den Fabriken, die Gehaltsarbeit für Privatindustrie, die Sonntagsarbeit, die zu lange Arbeitszeit, die Notwendigkeit von Arbeitspausen, die ungenügende Aufsicht von Seiten der Fabrikinspektoren, die Akkordarbeit, die Ungleichheit der Löhne unter sehr grellen Darstellungen der bestehenden Schanden, wobei auch die Abhängigkeit der Gesetzgeber von den bestehenden Klassen, der Gegenlag von Millionären und Bettlern, die Klassenpro-

duktionsweise, die entsetzende Demoralisation geltend gemacht und dazu bemerkt wurde, daß von den Gesetzgebern nicht viel zu erwarten sei, weshalb die Arbeiter sich selbst helfen, sich organisieren und einmütig mit Forderungen vorgehen müssen. Später sei auch noch die Nachtarbeit und das Faktorenweihen kämpft, und es sei ausgeführt worden, daß der Arbeiter als Mensch nicht mehr existieren könne, daß Petitionen an den Reichstag nichts mehr nützen, daß die Fabrikanten die Arbeiter unverschämmt drückten. Es müßten Agitationen für bessere Organisationen ins Werk gesetzt werden, die Arbeiter hätten nicht zu bitten, sondern zu verlangen.“ Zur Jahresprobe: „Die Redaktion möchte bei den Agitationsartikeln nicht so sehr ängstlich darüber sein, daß sie über einen Gesetzesparagrafen stolpern könne.“

Durch diese wenigen Auszüge aus dem damaligen Urteil glaube ich am besten die Auffassung der Gerichte über den Zentralverein der Manufaktur- und Arbeiterinnen Deutschlands und auch die Tätigkeit desselben gezeichnet zu haben. Es sei noch angefügt, daß bei Inkrafttreten des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 die ersten Anfänge einer großen Textilarbeiterorganisation (Sitz Crimmitschau) zertrümmert wurden. Erst nach dem Textilarbeiterstreik 1882 in Greiz, als gelegentlich eines Krankenlagentages in Gera unter den Delegierten sich auch Textilarbeiter befanden, haben letztere durch vertrauliche Aussprache die Gründung des „Deutschen Manufaktur- und Arbeiterinnenvereins“ angeregt. Er wurde im Frühjahr 1884 gegründet. Mitgliedschaften bestanden in Gera, Spremberg, Forst, Kottbus, Krefeld, Cittenen, Hirschberg i. Schl., Böhmek, Göppingen, Braunschweig, Osnabrück, Neumünster, Jöndbüren und einigen anderen Orten. Die Gesamtmitgliedszahl betrug höchstens 1500.

Nach der freiwilligen und der später folgenden gerichtlichen Schließung des Deutschen Manufaktur- und Arbeiterinnenvereins war auch dessen Zeitung vernichtet. Aber kurze Zeit später entstanden wieder unter den verschiedensten Namen die Lokalorganisationen und mit diesen im Jahre 1885 der „Textilarbeiter“.

## Die erste Form der Zentralisation: Das Agitationskomitee der Textilarbeiter Deutschlands.

Der Delegiertentag, der Osnabrück 1890 in Apolda tagte, hatte beschlossen: Die Berliner Textilarbeiter haben ein Agitationskomitee zu wählen. Es war im schönen Monat März 1890, als die Berliner den in Apolda erhaltenen Auftrag erfüllten; in einer allgemeinen Textilarbeiterversammlung wurden Karl Hoffmann, Karl Hübsch und Richard Kurke gewählt. Die Aufgaben des Komitees sollten sein, in allen Orten Deutschlands Organisationen zu schaffen und da, wo schon Organisationen bestanden, diese in irgend einer Form sich gegenseitig näher zu bringen, jedoch bei Vorkämpfern wie bei der Agitation eine gegenseitige Unterstützung durchzuführen werden konnte. Die Frauen zu organisieren, wurde dem Komitee noch ganz besonders zur Pflicht gemacht. Wie die Mittel zur Agitation aufgebracht werden sollten, war auch dem Komitee überlassen.

Wir drei waren nun in recht gehobener Stimmung, als wir lo an die Spitze der deutschen Textilarbeiterbewegung emporgehoben waren, eine reichliche Portion Idealismus und Arbeitsfreudigkeit brachten wir ja mit in das Komitee hinein. Unser Richard Kurke, von dem mir gesagt wurde: Wenn dem ein Zwanzigmärzler runter fällt, das hebt der noch lange nicht auf, wenn er sich deshalb büßen müßte — der gerade wurde am fleißigsten.

Am wenigsten behagte es uns, daß wir nun erst leben sollten, wie wir die Mittel zur Agitation aufbringen könnten; es wurde uns, obgleich wir große Aufgaben erfüllen sollten, auch nicht ein Pfennig übergeben. Nun mag es ja bis zu einem gewissen Grade wahr sein, daß Geld allein nicht glänzend macht; wenn man aber Geld recht nötig und recht viel braucht und hat gar keins, so fühlt man sich doch recht unglücklich.

Wir kamen nun dahin überein, jede Woche zwei Sitzungen abzuhalten. Als Sitzungsort diente uns die Wirtschaft meines Freundes Heindorf.

In der ersten Sitzung wurde beschlossen, das ganze Deutsche Reich mit Listen zu überschwemen, denn wir mußten Geld haben, gleichviel, wo es nun herkommen mochte. Die Sammel Listen wurden denselben Abend bestellt, und sofort sollten die Adressen geschrieben werden, damit, wenn wir die Listen erhielten, diese ohne Verzögerung in die Welt gehen könnten. Aber ach, hier schon zeigte sich der erste Stein des Anstoßes: Als wir 20 Adressen geschrieben hatten, war unsere Wissenschaft vorbei; es gab ja noch keine Verbindung und infolge dessen für uns auch keine Adressen. Wir verschafften uns nun aus einem alten Reichseisenbahn-Kursbuch eine Landkarte, stellten darauf die Orte fest, wo Textilindustrie vorhanden war, und suchten uns dann bei Funktionären von anderen Gewerkschaften oder von der Partei Adressen zu verschaffen. Einige Adressen brauchten wir auch für unsere Verwaltung, wie Schreibmaterial, einen Stempel und eine Kiste. Wir hatten alles Verwaltungsmaterial in der Wirtschaft liegen, damit, wenn einer von uns einmal keine Arbeit hatte, er hingehen könnte und arbeiten; deshalb mußten wir aber eine Kiste haben, damit wir unseren Kram nach beendeter Sitzung einpacken könnten. Unser Freund Karl Hoffmann wollte, weil wir kein Geld hatten, eine Kiste zu kaufen, seiner Frau den Kohlenkasten ausspannen und mitbringen; wir hielten dies aber für zu gefährlich, weil wir nicht mit den Frauen in Streit geraten wollten, schon deshalb nicht, weil uns zur Pflicht gemacht war, die Frauen zu organisieren, solche leichtsinnige Streiche aber der Agitation gefährlich werden konnten. Wir ließen uns somit eine leere Stärkekiste für 50 Pf. und ein Schloß für 30 Pf. Damit war die Sache erledigt. Von der Anschaffung einer Geldschrankes wurde einstweilen abgesehen. In den Monaten Juni bis September, also in 4 Monaten, gingen 349 Mark 42 Pf. bei dem Komitee ein. Da wir zunächst nur kleinere Zusätze an Referenten gegeben hatten, so betrug unsere Ausgabe in dieser Zeit nur 66 Mark 20 Pf. Wir waren nun somit in der glücklichen Lage, einen Agitationsbestand von 283 Mark 22 Pf. zu besitzen. Für das Komitee selbst waren während dieser Zeit für persönliche Entschädigungen nur 3 Mk. ausbezahlt worden.

Da wir nun aber Geld im Saal hatten, hielten wir es für durchführbar, eine Agitationstour durch ganz Deutschland zu veranstalten und ersuchten unseren Freund Anton Behr, diese Tour zu unternehmen, gleichzeitig sandten wir den Ge-

neffen Otto Heindorf nach Schlessen, und der Kollege We-  
bed aus Barmen sollte im Rheinland arbeiten.

Wenn nun auch 253 Mk. ein schöner Groschen Geld ist, so  
haperte es doch an allen Ecken, wenn man damit eine Agi-  
tation über das ganze Reich betreiben will. Unsere Referenten  
wurden daher von uns immer mehr mit guten Ratschlägen und  
mit Versprechungen ausgerüstet, als mit barem Gelde. Im  
Vertrauen auf das Komitee ging auch unser Anton auf die  
Tour. Da erhielten wir dann die erste Nachricht per Tele-  
gramm, daß Anton in Göttingen feststehe und nicht weiter  
konne, die Bahn gebe keine Fahrkarte ohne Geld. Also Anton  
sitzt in Göttingen ohne Geld und das Komitee sitzt in Berlin  
ohne Geld! Gewöhnlich jagt man: wenn zwei das gleiche  
haben, die können sich die Hand geben. Aber das konnten wir  
in diesem Falle auch nicht. Es mußte Rat geschafft werden,  
um Anton wieder weiter zu helfen.

Wenn es sich nun auch öfter wiederholte, daß ein Referent  
sich irgendwo festgefahren hatte und vom Komitee wieder flott  
gemacht werden mußte, so hatten wir doch die Fühlung mit den  
Textilarbeitern im ganzen Reich gewonnen, und an vieler  
Orten wurden Organisationen gegründet.

Die Organisation der Frauen ging nur sehr langsam vor-  
wärts, was darauf zurückzuführen ist, daß uns gar keine weib-  
lichen Hilfskräfte zur Verfügung standen. Die Agitation konnte  
sich nur darauf beschränken, lokale Vereinigungen zu schaffen,  
weil die Form der Zentralisation noch nicht bestimmt war,  
es wurde aber überall darauf hingewiesen, daß ein fester Zu-  
sammenschluß aller Textilarbeiter erfolgen müsse. Dadurch, daß  
die Agitation von einer Stelle, vom Agitationskomitee, ge-  
leitet wurde, war schon eine Zentrale, wenn auch in loser  
Form, geschaffen, und war der Weg zur Gründung des Zentral-  
verbandes geebnet.

Besonders waren die Organisationen gegen einen Zentral-  
verband, die einen allzu geringen Beitrag erhoben; wir hatten  
eine ganze Anzahl Fachvereine mit einem Beitrag von 20 Pf.  
pro Monat. Diese meinten, die ganze Bewegung müsse zu  
Grunde gehen, wenn 10 Pf. pro Woche an Beitrag gezahlt wer-  
den solle. Die Kottbuser Kollegen stellten noch einen Antrag  
an die erste Generalversammlung des Verbandes, die 1892 in  
Ebersfeld tagte, daß wenigstens neben dem Beitrag von 10 Pf.  
noch einer zu 5 Pf. pro Woche eingeführt werde. Die Mit-  
glieder sollten da, ähnlich wie bei unseren jetzigen Klassen-  
beiträgen, wählen können, ob sie 5 oder 10 Pf. pro Woche  
zahlen wollten.

Daß die Agitation von Erfolg war, beweist, daß der erste  
Textilarbeiterkongress in Köhndorf (Ostern 1891) durch 78 Dele-  
gierte aus 77 Orten besetzt war. Es waren auch alle  
Landesteile vertreten, und wurde da beschlossen, eine feste  
Organisation, den Textilarbeiterverband,  
über das ganze Reich zu gründen. Die weiteren Arbeiten zur  
Verbandsgründung wurden den Berliner Organisationen über-  
wiesen.

Nachdem die Berliner Organisationen auch den Auftrag des  
Köhndorfer Kongresses erfüllt hatten und der neue Zentralvor-  
stand gewählt war, löste sich das Agitationskomitee auf, und  
die weiteren Agitationsarbeiten wurden dem Zentralvorstand  
überwiesen.  
R. Hilbsch.

## Kinderfreunde.

Wenn von den ärmsten Gegenden Deutschlands gesprochen  
wird, nennt man das sächsische Erzgebirge nicht an letzter Stelle.  
Dem Boden ist dort oben nur mühsam ein Ertrag abzuge-  
winnen. Wenig fruchtbar ist der Acker, der in dünner Schicht  
auf den Felsen liegt. Weit dehnt sich deshalb der Wald aus.  
Längst aber ist die Zeit vorüber, wo deswegen das Erzgebirge  
nur dünn bevölkert war. Kleine Städte sind größer geworden,  
und die Dörfer dehnen sich in den Tälern langhin aus, ein  
Häuschen neben dem anderen. Doch nicht durch Arbeit in Wald  
und Feld finden die Tausende von Menschen dort oben im Ge-  
birge ihren Lebensunterhalt. Auch die Zahl der Fabriken ist  
nicht sehr groß, wenn sie auch in neuerer Zeit anwächst.

Nur ein Teil der Männer findet Gelegenheit, außerhalb  
des Hauses der Arbeit nachzugehen. Viele von ihnen sind in  
der Hausindustrie beschäftigt. Wo diese entsetzliche Art der  
Warenherstellung herrscht, da sind die Löhne stets außerordent-  
lich niedrig. So auch im Erzgebirge. Hunger und Not lassen  
den Frauen keine andere Wahl, als mitzuarbeiten von früh  
bis spät, um den bittersten Mangel von der Familie fernzu-  
halten.

„Wohltäter der Menschheit“ lassen sich gern solche Kapita-  
listen nennen, die Industrieunternehmungen ins Leben rufen  
in solchen Gebieten, die von der Natur karglich ausgestattet  
sind und deren Bevölkerung darbt. Der obererzgebirgische Ar-  
beiter steht in dem leider nur zu berechtigten Ruf, ganz außer-  
ordentlich geringe Ansprüche an das Leben zu stellen und mit  
einer Bezahlung vorlieb zu nehmen, die in anderen Gegenden  
der raffigertigste Ausbeuter nicht anzubieten wagt. Auf Be-  
zirk mit billiger menschlicher Arbeitskraft kürzen sich die Ka-  
pitalisten wie Geier auf eine Beute. So ist auch das obere Er-  
zgebirge von vielen der oben charakterisierten „vaterländischen  
Wohltäter“ mit Arbeitsgelegenheit gesegnet worden.

Um Annaberg weit herum blüht die Posamentenindustrie.  
In über 40 Orten werden ihre zum Teil recht kunstfertigen  
Erzeugnisse hergestellt. Nach aller Herren Länder wird die  
Ware verschickt und zu guten Preisen verkauft. Pariser, Lon-  
doner, amerikanische und andere Firmen haben in Annaberg,  
der alten Bergstadt, ihre Zweigkontore.

Das ist ein lohnendes Geschäft, die Posamentenmacherei!  
Dort oben im Erzgebirge wurde früher gleiches Silber dem  
spröden Schoße der Berge entzissen, das liederlichen Sachsen-  
fürsten eine verschwenderische Lebenshaltung gestattete. Jetzt  
wird dort Gold gewonnen. In reicher Fülle ist es zu haben.  
Die reichsten Silberadern, die früher gefunden wurden, waren  
armfelig gegenüber dem Reichtum, der jetzt dort oben zu holen  
ist. Stolz Geschäftshäuser der Exporteure ragen in Annaberg  
zahlreich, Palästen gleich, empor. Behagliche Villen, von ge-  
pflanzten Gärten umgeben, liegen in den kleinen Bergstädten  
und auf den Dörfern am Fuße waldbunten Berge. Welcher  
Segen strömt über das Land dank den Bemühungen „vater-  
ländischer Wohltäter“ und fließt — nicht etwa den Arbeitern  
und Arbeiterinnen zu, sondern ergießt sich in die Taschen und  
Geldschürzen der Posamentenfabrikanten und Verleger. Rasch  
sind eine Anzahl betriebamer, rücksichtsloser Menschen zu Wohl-  
stand und Reichtum gelangt. Den Proletariern kam nicht ein-  
mal ein Lohn, der bescheidenen Ansprüchen als genügend er-  
scheinen könnte. Herausgequetscht wird aus den Proletariern  
sonst als nur möglich. Unerträglich würde die Lage der Po-  
samentenarbeiter selbst den schlechtestgestellten Lohnslaven im  
Rheinland erscheinen. Der Erzgebirgler ist aber mit ganz  
besonders genügsamen Sinn ausgestattet. Zwar weiß er den  
Wert höherer Löhne wohl zu schätzen und ersehnt sich eine  
bessere Lage. Männer und Frauen sind in sozialdemokratischen  
Versammlungen die denkbar aufmerksamsten Zuhörer und leicht  
zu begeistern für den Kampf um eine menschenwürdige Existenz.  
Trotzdem gelang es bisher nicht, der gewerkschaftlichen Organi-

zation weite Verbreitung zu geben. Zur Abwanderung aber  
entschließt sich der Erzgebirgler nur sehr schwer, denn er hängt  
mit rührender Liebe an den heimatischen Bergen.

Diese echte Heimatliebe der Arbeiter ist von den betrieb-  
samen Kapitalisten auf das rücksichtsloseste ausgenutzt worden.  
Was in dem Posamentenbezirk nur Hände regen kann, haben  
sie der vaterländischen Industrie dienstbar gemacht, damit Gold  
in ihren Beutel fließe. Nicht nur die Arbeitskraft der Männer  
und Frauen, sondern auch die der Kinder bis in das zarteste  
Alter hinab nützt ihre Profitgier aus. Die dürftigsten Löhne  
zwingen die Heimarbeiter zur ungemessenen Arbeitszeit. Wenn  
man spät abends durch so ein langes Dorf geht, etwa an der  
Straße, die sich längs der böhmischen Grenze von Bärenstein  
bis zum Fichtelberg entlang zieht, dann schimmert fast aus  
jedem der kleinen Fenster der von Proletariern bewohnten  
Häuser matter Lampenschein. Tritt man hinzu, so sieht man,  
denn Gardinen und Vorhänge hindern nur selten den Blick,  
gebückt über der Arbeit alle Familienangehörigen bis zu den  
kleinsten, noch nicht schulpflichtigen Kindern.

In ihren heiligsten Profitinteressen sind die menschenfreund-  
lichen Unternehmer der vaterländischen Posamentenindustrie im  
oberen Erzgebirge verkehrt worden. Ein Gesetz wurde beschlossen  
zum Schutze der Kinder vor Ausbeutung. Es bestimmte, daß  
erst vom zwölften Jahre ab die Kinder würdig sein sollen, den  
Kapitalisten zu Reichtum zu verhelfen. Die Posamentenfabri-  
kanten und Verleger wissen aber besser, was der vaterländischen  
Industrie und den Proletariern nützt. Schwerer Schaden  
war abzuwenden. Die in einem Verein organisierten Un-  
ternehmer wandten sich an den Bundesrat des Reiches. Nicht  
aus Sorge um eine etwaige Schmälerung ihres Profits. Be-  
währe, daran denken vaterländische Kapitalisten nicht. „Die  
Arbeiter und das Vaterland über alles“, so ungefähr sagten sie  
in einer Eingabe, in der sie die Zurückstellung der Altersgrenze  
der zu beschäftigenden Kinder auf das sechste Lebensjahr, wirk-  
lich nur auf das sechste Jahr festsetzten. Die geforderte un-  
begrenzte Heranziehung der Kinder zur Arbeit sei notwendig,  
um Schaden zu vermeiden, „für die ganze sächsische Posamenten-  
industrie, ja für das ganze Sachsenland und auch das Deutsche  
Reich“, so hieß es tatsächlich wörtlich in der Eingabe, „denn was  
die Posamentenindustrie für die deutsche Steuerkraft zu bedeuten  
hat, werden die Statistiken zur Genüge beweisen“.

Diesem für des Deutschen Reiches Bestand so wichtigen  
vaterländischen Industriezweig drohte nach der Behauptung der  
Unternehmer der Ruin oder die Verlegung ins Ausland, wenn  
„unser Kinder, wie das Gesetz es verlangt, in der Industrie  
nicht mehr mit hilfsreiche Hand anlegen dürfen“. — Wenn die  
Herren Unternehmer „unsere“ Kinder sagen, so denken sie na-  
türlich nicht an die eigenen Sprößlinge. Die werden zu solchen  
zukünftigen Wohltätern der Menschheit herangezogen, wie die  
Herren Väter sind. Welch ausgeprägt vaterländischer Sinn und  
ebensoförmige Fürsorge für die Proletarier den erzgebirgischen Po-  
samentenfabrikanten eigen ist, zeigt aber, daß sie liebevoll von  
den Arbeiterkindern als wie von den übrigen sprechen. Auch  
eine andere Stelle der Eingabe an den Bundesrat beweist ihr  
vaterländisches Herz. Es heißt da: „Durch die Einschränkung  
der Kinderarbeit würden unsere Frauen und Mädchen er-  
werbslos werden.“ Wobei mit den „Frauen und Mädchen“  
wieder nicht die eigenen Gattinnen und Töchter der Unternehmer  
gemeint sind, sondern diejenigen der Proletarier. Nur verstoßte  
sozialdemokratische Gemüter rührt solche patriarchalische Aus-  
drucksweise nicht und läßt sie auch nicht vergessen, daß diese  
Frauen und Mädchen und Kinder um Hungerlöhne von früh  
bis in die Nacht schuften müssen.

Den Unternehmern erscheint in ihrer liebevollen Fürsorge  
für das Proletariat des oberen Erzgebirges, die ihnen über  
allen Profit geht, die Arbeit an den Posamenten nur wie  
Spielerei, besonders die von den Kindern zu leistende Han-  
dierung. Ganz „besonders leichter Natur“, so sagten sie, sei die  
Arbeit der kleinsten Kinder bei der Näherlei, wo dieselben das  
Ausputzen der Stoffen aus der fertigen Ware, dann das Ein-  
fädeln des Zwirns in die Nähadel, das Abheften der fertigen  
Ware von den Zeichnungen zu besorgen haben, etwas größere  
Kinder das Aufheften der Materialien auf die Zeichnungen.  
Genau ebenso leicht hätten die Kinder die Arbeiten in der  
Schlingerei, Hätelei usw.

Wie noch jede Unternehmergruppe, der die Ausbeutung  
der kleinsten Kinder unmöglich gemacht werden sollte, kamen  
die Unternehmer der Posamentenindustrie mit dem albernem  
Einwand, daß die vaterländische Industrie zu Grunde gehen  
müsse, wenn den Kindern ein bißchen Jugendfreude, Jugend-  
lust, nach den Schulkunden Freiheit zum Spiel, zum Ausstolzen  
in Wald und Feld gönnt wird. Auch andere Industriezweige  
sind ohne Kinderarbeit nicht zu Grunde gegangen, sondern zu  
vorher ungeahnter hoher Blüte gediehen.

Die sonderbaren Wohltäter des erzgebirgischen Proletariats  
behaupteten weiter, wenn nicht schon die kleinsten Kinder in  
die kapitalistische Fron gepreßt würden, „wird ein tüchtiger  
Arbeiter oder eine brauchbare Arbeiterin heranwachsen“. Den  
Gipfel wohlmeinender Fürsorge erklimmen diese Wohltäter der  
Menschheit, deren Spezialität die Liebe zu den kleinsten Kindern  
ist, mit dem Sage: „Diese von uns erbetene Bewilligung, Kin-  
der bereits vom sechsten Lebensjahr an beschäftigen zu dürfen,  
ist aber auch in gesundheitlicher und sittlicher Beziehung nicht  
bloß zu wünschen, sondern sogar zu empfehlen.“ — Nur Leute,  
die für die warmherzigen, sittlichen und moralischen Bestrebun-  
gen vaterländischer gesinnter Kinderfreunde gar kein Verständnis  
haben, werden wagen, darob von unerhörter Heuchelei und  
Frechheit zu sprechen.

Es sieht aus, als ob ein Sozialdemokrat den Kinderlieb-  
habern der Posamentenindustrie einen Streich gespielt und  
ihnen einige Worte in ihre Bittschrift geschmuggelt hätte.  
In diesem Dokument wurde nämlich von den Kleinen gesagt,  
„daß sie mitunter bei schmalen Kost doch noch von Kraft und Ge-  
sundheit frohen“. Allerdings weiß noch nicht jedes Kind im  
oberen Erzgebirge die sichtbaren Spuren körperlicher Ver-  
kümmerung auf. An der „schmalen Kost“ der Kinder sind die  
warmherzigen Unternehmer natürlich ganz unschuldig. Lassen  
sie ihre eigenen Kinder doch nicht hungern, trotzdem sie von  
denselben anscheinend wenig Gutes erwarten, nachdem dieselben  
erwachsen sind. Die Kapitalisten lassen die eigenen Kinder  
nicht arbeiten und geben ihnen Zeit und Gelegenheit zum  
Spielen. Sie lieben die Proletarierkinder mehr als die eigenen.  
Die Kinder müssen nämlich, so versicherten sie dem Bundes-  
rat, „von Jugend auf an die Arbeit gewöhnt werden, sobald  
sie später brauchbare Glieder der menschlichen Gesellschaft wer-  
den, während solche Kinder, die in ihrer Jugend Arbeiten nicht  
gelernt haben, nicht selten dieses später auch nicht lernen“.  
Welche Rabeneltern sind doch fast ausnahmslos die Angehör-  
gen der besthenden Klassen, daß sie ihre Sprößlinge bewußt  
der Gefahr späteren Verderbens aussetzen, indem sie verdämen  
dieselben in der Posamentenindustrie, wo zu brauchbaren Mit-  
gliedern der menschlichen Gesellschaft heranarbeiten zu lassen!

Und der Bundesrat?  
Nun, Deutschland ist das Reich der vielgerühmten Sozial-  
reform. Der hohe Bundesrat wußte, was er der vaterländi-  
schen Industrie und den Kinderfreunden der Posamentenindu-

strie im Erzgebirge schuldig war. Er hat die Altersgrenze für  
die Kinderbeschäftigung in der Hausindustrie für die erzgebirgi-  
sche Posamentenindustrie auf acht Jahre herabgesetzt!

Die sächsische Regierung aber will ein übriges tun und  
an Stelle der eingehenden Klöppelschulen eine Anzahl Posamenten-  
schulen einrichten. Der Verein der Kinderfreunde — er  
nennt sich „Verein der Posamentenfabrikanten und Verleger“  
— wurde um seine gutachtliche Meinung befragt. Er hat den  
Nutzen solcher Schulen für die vaterländische Industrie aner-  
kannt, bemerkt, daß die Kosten der Schulen hohe sein würden,  
und angedeutet, daß der Staat dieselben tragen müsse. Die  
Mädchen könnten „schon ganz jung längere Zeit diese Schule  
besuchen“. Vorbedingung sei aber, daß die Kinder vorher „die  
Grundzüge und die ersten Anfangsstadien der Posamenten-  
näherlei beziehungsweise Schlingerei zu Hause von der Mutter  
beziehungsweise den größeren Geschwistern erlernen“.

Das kann nur heißen, daß die Kinder wie bisher vom  
sechsten Jahre an und noch früher zur Arbeit angehalten werden  
sollen, was freilich somieso schon infolge der Not der Bevölkerung  
und der ungenügenden Kontrolle des Kinderschutzgesetzes ge-  
schehen wird.

Heil Deutschland, du Land der Sozialreform, du Land  
der Kinderfreunde!  
N. (in der „Gleichheit“).

## Die Sklaven des Jute-Kapitals.

betitelt sich eine Broschüre, welche vom Zentralvorstand zur  
Agitation unter den Jutearbeitern hergestellt wurde. Die Zu-  
sendung der Broschüre an die einzelnen Orte, in denen sich  
Jutefabriken befinden, wird inzwischen erfolgt sein.

Die Broschüre ist in Ausführung des Beschlusses der ersten  
deutschen Jutearbeiter-Konferenz in Braunschweig, welcher  
bestimmte, daß das vorhandene, zur Agitation geeignete Material  
über die skandalösen Zustände in den deutschen Jutefabriken  
gesammelt herausgegeben werden sollte, hergestellt worden und  
einstweilen in deutscher Sprache erschienen. Die Ortsver-  
waltungen mögen also diese deutsche Ausgabe nur zur Agitation  
unter den deutsch sprechenden Kollegen und Kolleginnen ver-  
breiten. In nächster Zeit werden Auszüge aus der Broschüre  
in fremde Sprachen überetzt werden, welche dann zur Agi-  
tation unter den fremdsprachigen Kollegen und Kolleginnen ver-  
wandt werden sollen.

Der Inhalt der Broschüre bietet ausgezeichnetes Material  
zur Agitation. Das Material ist in der Weise verarbeitet wor-  
den, daß dem Protokoll der ersten deutschen Jutearbeiterkonferenz,  
dem Bericht über die Verhandlungen über die einzelnen  
Tagesordnungspunkte, das zu demselben vorhandene Material  
mit einverleibt wurde. Auf diese Weise sind ausgezeichnete  
Abhandlungen entstanden: über die allgemeinen Zustände in  
der Jute-Industrie, über den Einheitslohn, den Prämien-  
und Wohlfahrtschwandel, die Agitation usw. Ferner sind der  
Broschüre, die in einem sehr geschmackvollen Umschlag erscheint,  
zwei Entwürfe zu dem geplanten Einheitslohn für Jute-  
Webereten beigegeben. Der eine Tarif ist auf Grund der Lohn-  
berechnung nach 1000 Schuß, der andere nach 100 Meter  
Warenlänge aufgebaut. Die Kollegen haben nur ein Agitations-  
material an der Hand, wie es bis jetzt in unserem Verbands-  
nach nicht vorhanden war. Es ist deshalb wohl auch zu er-  
warten, daß nun auf der ganzen Linie eine umfassende Agi-  
tation einsetzt; damit das traurige Los der Juteproletarier  
einer durchgreifenden Besserung unterzogen werden kann.

## Mißstände im Textilgewerbe.

In Leipzig-Plagwitz, in der Kammergarnspinnerei von  
Stöhr u. Co. wurde vor Jahresfrist ein Arbeiterauschuß ge-  
wählt. Das geschah auf Wunsch der Direktion. Als dann der Auschuß  
seiner Aufgabe gerecht werden wollte und von der Menge der Miß-  
stände einige zur „Kenntnis“ der Direktion brachte, — denn Mißstände  
im eigenen Betrieb sind einer richtigen Direktion immer etwas Neues!  
— da schlug der wohlwollende Wind um: der Auschuß wurde scharf  
abgewiesen. Wie notwendig jedoch die Kritik und wie dringend die  
Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei Stöhr u. Co. ist,  
zeigte sich in einer von etwa 800 Personen besuchten Versammlung  
in der Kammergarnspinnerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.  
Abzüge vom verdienten Akkordblohn, trotz der schon an sich ge-  
ringeren Löhne, ein in höchster Blüte stehendes Strafsystem, ungebühr-  
lich und unwürdige Behandlung und namehtlich die Aufpasserei und das  
Denunzieren freigewerkschaftlich organisierter Arbeiter durch einen  
Aufseher bildeten die Klagen, die in der Versammlung ein lebhaftes  
Echo weckten. Auch die Verhältnisse in der Betriebstran-  
kalle wurden einer scharfen Kritik unterzogen. In einer Resolution  
brachte die Versammlung schließlich zum Ausdruck, daß sie willens sei,  
durch tatkräftige Unterstützung des Arbeiterauschusses eine Besserung  
der Zustände herbeizuführen.

In Ohligs kann man 18-24 Mart durchschnittlichen Wochen-  
verdienst erzielen, so lauten wenigstens die Briefe, welche die Firma  
Wm. Meckels Nfg. den Webern zuwendet, die auf die vorerwähnten An-  
noncen in den verschiedensten Zeitungen Deutschlands reagierten. Da  
schon eine größere Anzahl Weber auf diesen Leim gegangen sind und  
sich dieselben schwer genug enttäuscht fühlen müssen, ist es nötig, die  
Defensivität über die Zustände in genannter Fabrik zu unterrichten.  
Da herrscht z. B. schon seit Jahren ein chronischer Mangel an Ketten,  
welcher noch dadurch für die Weber (speziell für die zugezogenen) an  
Lohnenbude empfindlicher wird, daß die Weber bei Einrichtung der  
neuen Kette auf sich selbst angewiesen sind. Die Meister scheinen  
sich in diesem Musterbetriebe nur als Paradepferde zu betrachten und  
nur pro forma da zu sein. Ist der Kalamität des Mangels an Ketten  
vorübergehend abgeholfen, dann herrscht wieder ein großer Mangel  
an Spulen, was in dem Mangel an leeren Pfeifen begründet ist, da  
die Spulektinnen fortwährend nach leeren Pfeifen im Laufen sind  
und die Zeit zur Arbeit darüber verloren geht. Auch sonst herrschen  
in dem Betriebe noch mancherlei Mißstände, auf die zurückzukommen  
noch später Gelegenheit sein wird. Angehts der Tatsache, daß Lebens-  
mittelpreise und Wohnungsmieten an Orte, in welchem hohe sind,  
der Verdienst in dem Betriebe aus den obenangeführten Mißständen  
aber nur eine sehr unglückliche Existenz bietet, richten wir an die Kollegen  
und Kolleginnen Deutschlands die Warnung, etwaigen Verlockungen  
zur Arbeitsannahme in der genannten Fabrik keine Beachtung zu  
schenken und die Weberei von Wm. Meckels Nfg. in Ohligs (Rhein-  
land) zu meiden.

## Stüdereiarbeiter-Bewegung.

Plauen II. Eine am 19. November abgehaltene öffentliche  
Versammlung der Stüder- und Stüdereiarbeiterinnen beschloß,  
den von der Lohnkommission ausgearbeiteten Lohnsatz an den  
Fabrikantenverein, sowie an den Lohn-Maschinenbesitzer-Verein  
einzureichen. Nachdem dies von seiten der Verwaltung aus-  
geführt, fand am 27. November eine weitere öffentliche Ver-  
sammlung in „Schillerparken“ statt. Die Tagesordnung lautete:  
1. Die Antwort der Unternehmerorganisationen. 2. Beschul-  
fassung über eventuelle Arbeitsunterbrechung. Der Verein der  
Lohn-Maschinenbesitzer hielt es nicht für notwendig, der Ver-  
waltung Antwort zu geben. Vom Fabrikantenverein  
war ein längerer Schreiben eingegangen, welches vom Kollegen  
W. L. E. Reichardt, in sachlicher Weise erläutert wurde.  
Aus dem Antwortschreiben, das übrigens nur die Ansicht des  
Vorstehenden dieses Vereines wiedergibt, geht hervor, daß die  
Bewilligung der geforderten Vervollständigung der Lohn-  
Dinge der Unmöglichkeit sei. Der geschäftliche Arbeitstag sei

nicht durchzuführen, dieser müsse erst gesetzlich festgelegt werden!!! Die Einführung der anderthalbstündigen Mittagspause (diese herrscht bereits in diesen Betrieben), sei wohl durchzuführen, doch müsse diese Zeit an den Frühstücks- und Vesperpausen eingeholt werden. Eine halbe Stunde Frühstücks- und Vesperpause sei überhaupt nicht notwendig. (Diese Herren frühstücken jedenfalls nur 5 Minuten. D. B.) Also alles in allem undurchführbar! Nach längerer Aussprache fand folgende Resolution gegen eine Stimme Annahme: „Die am 27. November im „Schillergarten“ versammelten Sticker und Stickerarbeiter sind mit dem Antwortschreiben des Fabrikantenvereins nicht befriedigt und beauftragen die Verwaltung der Filiale II, noch einmal den Versuch zu machen, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu regeln. Sie beauftragen die Verwaltung, bei den beiden in Frage kommenden Korporationen noch einmal vorstellig zu werden. Zu gleicher Zeit versprechen die Versammelten, für den Ausbau und die Stärkung des Deutschen Textilarbeiterverbandes zu agitieren.“

### Das Prämiensystem auf der Anflagebant.

Die Folgen dieses Ausbeutungssystems wurden in Hof in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht wieder einmal recht grell beleuchtet. Angeklagt waren zwei Spinnmeister wegen Vergehens gegen die §§ 136 und 146 der Reichsgewerbeordnung. Die Anklage stützte sich auf einen Artikel der „Oberfr. Volkszeitung“, in dem einem Spinner vorgeworfen wurde, daß er seine Hilfsarbeiter länger als die festgesetzte Zeit beschäftige. Auf eingeleitete Untersuchung hin wurde dieser Zustand tatsächlich festgestellt und deshalb die Obgenannten vor das bewußte Bänkchen gittiert.

In der neuen Baumwollspinnerei Hof besteht schon seit Jahren ein Prämiensystem, das wohl unter allen derartigen Lohnsystemen das verwerflichste ist. Danach wird dem Spinner eine bestimmte Leistung vorgeschrieben, die ihm ohne Prämie bezahlt wird. Von dieser Grenze ab wird die Mehrleistung zweimal bezahlt, einmal als Mehrverdienst und dann als Prämie.

Die Grenze des Grundlohnes ohne Prämie beträgt je nach der Spindelzahl der Selbstfaktoren 37, 38, 39 Mt. Sind 5 Pf. darüber verdient, so erhält der Spinner 5 Pf. Prämie. So geht es fort bis ins Unermessliche. Dadurch nur, daß es keine Grenzen im Schuften und Radern mehr gibt, freibt jeder einzelne Arbeiter sich und seine Hilfsarbeiter tüchtig an, um von der Prämie möglichst viel zu erhalten. Dazu kommt noch, daß seit Jahren in diesem Betrieb 20 Minuten vor früh 8 Uhr und mittags vor 1 Uhr die Arbeitsfälle wieder betreten werden dürfen, was zur notwendigen Folge haben muß, daß auch die Spinner danach trachten, sobald als geöffnet wird, wieder an den Maschinen zu stehen. Zehn Minuten eher wird dann wieder die Transmission in Bewegung gesetzt, und kaum ist das zweite Glockensignal ertönt, geht die Jagd nach der Prämie weiter.

Den Spinnern ist nach den Aussagen des Obermeisters gestattet, 10 Minuten nach dem Abstellen der Maschinen in den Sälen zu verweilen, und 20 Minuten eher werden die Säle geöffnet, so daß die Mittagspause eines Spinners eine halbe Stunde beträgt, wovon noch der Weg von und zur Wohnung abgerechnet werden muß. Selbstverständlich ist nach einer derartigen Anspannung der Leistungsfähigkeit der Spinner nicht daran zu denken, daß zu den unbedingten notwendigen Arbeiten, die nicht während des Laufens verrichtet werden können, die Maschinen stehen bleiben. In erster Linie kommt dabei das Ausputzen der Spindeln, das sogenannte Ausschängen und Einbinden der Spindelbänder, der sogenannten Wänchen, in Betracht. Diese Arbeit zu verrichten, ist Sache der Aufstecker, meinte mit Pathos ein als Zeuge vernommener Spinner. Weiter ist dabei nicht verraten worden, wann die Aufstecker, die zum Teil noch unter 18 Jahre alt sind, diese Arbeiten machen sollen. Daher steht auch fest, daß, solange das Prämiensystem weiterbesteht, solange die Säle vor der festgesetzten Zeit geöffnet werden, die Gewerbeordnung weiter übertreten werden wird. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß die Meister pfeifen, daß sie die Aufstecker, die ihnen zufällig unter die Wege laufen, hinausjagen. Hier liegt nicht die Schuld an den Meistern oder Spinnern, sondern am System. Unsere kapitalistische Gesellschaftsordnung muß mit Naturnotwendigkeit solche Uebel zeitigen, und es ist leider bedauerlich, daß der Arbeiterschaft nicht schon lange die Erkenntnis gekommen ist, dieses System müsse verschwinden.

Will man erstlich diese Zustände beseitigen, dann möge die Direktion dafür Sorge tragen, daß der überlangen Arbeitszeit ein Ende gemacht wird, daß das Prämiensystem, dessen Schädlichkeit von anderen Unternehmern längst erkannt und abgeschafft wurde, baldigst in den Ortus verschwindet. Solange das nicht der Fall ist, helfen alle die schönen, anlässlich der Feste des dortigen Fabrikvereins gehaltenen Reden nicht darüber hinweg, daß in jenem Betrieb wider die Gewerbeordnung verstoßen wird.

### Mitteilungen aus Fachreisen.

**Barmen.** Der Streik der Wollstoffweber bei der Firma Dahl u. Hunsche ist am Samstag den 10. November nach achtzehntägiger Dauer durch Vergleich beendet worden. Wenn man nur einen Blick auf Entstehung und Beendigung des Kampfes wirft, so wird man finden, daß zum größten Teile derartige Kämpfe aus Prinzipienzwecken entstehen. Denn das Objekt, um das es sich handelt, ist oft so unbedeutend, daß es eine Lohneinheit ist, soviel Geld dafür aufzuwenden. Wie kam es nun zum Streik? Verschiedene Weber bei Dahl u. Hunsche wurden aber aus viel mit Mustermachen im Jahre beschäftigt. Da das Mustermachen nun eine sehr anstrengende Arbeit ist und auch der Verdienst dabei zurückbleibt, waren die Kollegen sich einig geworden, 25 Prozent Aufschlag beim Mustermachen zu verlangen. Als sie dann ihr Anliegen bei der Direktion vorbrachten, wurden sie brüsk abgewiesen. Die Arbeiter waren der Meinung, daß man eine derartige gerechte Sache unter allen Umständen durchsetzen müsse, denn es schien, als ob die Firma auf einen Streik angelegt habe, sonst hätte sie den Webern mehr Entgegenkommen gezeigt. Es ist dann auch später herausgefunden worden, weshalb die Direktion in dieser schroffen Weise die Weber abfertigte. Nämlich ein neunmal Weiser hat die Direktion glauben gemacht, wenn sie den Arbeitern die 25 Prozent bewilligt, so wollen sie im Herbst den Reinstandentag fordern. Deshalb sei es besser, sie nehme den Kampf jetzt auf, als im Herbst. Und das ist einzig und allein die Ursache eines derartig langen Kampfes! Wollen denn die Unternehmer durchaus nicht einsehen, daß die Arbeiter auch Menschen sind, mit denen man ganz gut aneinander vorbeikommen kann? Bloß weil man glaubt, wenn der Arbeiter irgend eine Forderung stellt, so ist der rote Zukunftsaal schon dahinter, läßt man es auf einen harten Kampf ankommen! Wir war nun das Verhalten der Streikenden? Da muß besonders betont werden, daß dasselbe in jeder Weise ein sehr korrektes und ruhiges zu nennen war. Und trotz alledem war der Staatsanwalt tüchtig an der Arbeit! Gefängnis- und Geldstrafen prasselten nur so

hernieder auf die streikenden Kollegen, als ob es die größten Verbrecher der Welt wären. Aber nichts hat dieselben irritieren können. Wukten sie doch, daß die heute herrschende Klasse derartige Mittel braucht, um ihre Herrschaft etwas länger ausdehnen zu können. Im Vertrauen auf die Macht der Organisation konnten sie den Streik 18 Wochen lang führen, um den Arbeitern heute Konzessionen machen muß, um einen derartigen Kampf aus der Welt zu schaffen. Es ist denn durch Vergleich festgelegt worden: Es wird den Webern beim Mustermachen ein Minimallohn von 25 Mark garantiert auf einen Zeitraum von 6 Wochen. Mustert ein Weber länger als 6 Wochen, so ist der Lohn auf 28 Mark Garantilohn zu erhöhen. Die Strafen werden von 20 beziehungsweise 40 Pf. auf 10 Pf. ermäßigt. Es werden sofort 40 Streikende eingestellt, die Einstellung der anderen erfolgt nach Bedarf. Wenn auch nicht das Verlangte (25 Prozent) direkt gewährt wurde, so ist doch immerhin eine Basis für den Frieden geschaffen worden. Eins wollen wir jedoch bemerken: Niemand hätten die Kollegen solange im Kampfe aushalten können, wenn nicht aus der Lokalfiliale eine hohe Zuschuhunterstützung gezahlt werden konnte. Und das läßt sich bei großen Streiks nicht durchführen. Deshalb muß es für einen jeden Kollegen heißen, sich recht hoch zu versichern, damit er Anspruch hat auf hohe Unterstützung. Es ist nur dringend zu empfehlen, daß jeder Kollege im eigenen Interesse den höchsten Staffelsatz bezahlt. Dem Arbeiter zum Schutz, dem Unternehmer zum Trug!

**Chemnitz.** Die hiesige Filiale hielt am 24. November ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im „Schützenhaus“ ab. Genosse Kie mann hielt einen äußerst lehrreichen Vortrag über Konsum- und Produktivgenossenschaften, deren Gründung und Entwicklung erläuterte. Anhaltender Beifall lohnte dem Redner für seine instruktiven Ausführungen. Kollege F o r s c h ü g referierte sodann über die neuen statistischen Bestimmungen. An der Hand eines reichen, sorgfältig ausgewählten Materials erläuterte er die Vorteile der Staffelsätze, dabei jede einzelne Position genau präzisierend. In der Diskussion ging Kollege B e u t e l i näher auf diese Ausführungen ein und hob hauptsächlich hervor, daß er persönlich der Beitragszahlung nach Lohnklassen den Vorzug gebe. Auch Kollege R e i c h e l t führt den Mitgliedern die Vorteile der neuen Bestimmungen, hauptsächlich den Vorteil einer höheren Versicherung, vor Augen. Unter „Berichtigendes“ teilte der Vorsitzende mit, daß sich Kollege P a u l B o g e l schriftlich vom Verband abgemeldet habe. Gegen dieses Mitglied lagen schwere Anschuldigungen vor, die leider von den vom Lokalverband geladenen Zeugen vollinhaltlich bestätigt werden mußten. Der ebenfalls geladene Angeklagte war nicht erschienen, sondern erklärte andern Tages seinen Austritt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute (am 24. November 1908) tagende Mitgliederversammlung der Filiale Chemnitz des Deutschen Textilarbeiterverbandes spricht ihre tiefste Entrüstung aus über die den Verband schwer schädigende Handlungsweise des Mitgliedes P a u l B o g e l und bedauert, daß sie denselben auf Grund seines Ungehorsams und perfiden Betragens organisierten Mitarbeitern gegenüber nicht ausschließen kann, indem letzterer es vorgezogen hat, durch Karte seinen Austritt zu erklären.“

**Stingen.** Am Sonntag den 25. November fand eine verhältnismäßig gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Gauleiter Schrader über den inneren Ausbau der Organisation interessante Aufschlüsse und Anleitungen zur Befriedigung der Anwesenden gab. Erfreulicherweise konnten wieder circa 30 Neuaufnahmen gemacht werden, so daß unsere Filiale stark im Wachsen begriffen ist. Die Diskussion von Seiten der Kollegen war eine sehr lebhaft, und konnte man beobachten, wie alle Anwesenden im Gegensatz zu früheren Jahren sich mit größter Entschiedenheit für die baldige Organisation sämtlicher hiesigen Textilarbeiter männlichen und weiblichen Geschlechts aussprachen. Als künftiges Versammlungsort der hiesigen Textilarbeiter wurde mit großer Stimmenmehrheit Begees Gartenjaal bestimmt.

**Enstingen.** Am Samstag den 17. November fand im Lokale Franz unsere Mitgliederversammlung statt, welche leider nur schwach besucht war. Kollege Reimes hielt ein aufklärendes Referat über die mit dem 1. Januar 1907 neu eintretenden Bestimmungen unseres Statuts. Sodann gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die gegenwärtige Situation, wodurch eine äußerst rege Debatte hervorgerufen wurde. Nachdem sodann unter „Berichtigendes“ noch einiges diskutiert worden war, wurde die Versammlung geschlossen. Angesichts des miserablen Versammlungsbefuchs möchten wir die Kollegen doch dringend bitten, nächstens etwas zahlreicher zu erscheinen. Auf der Tagesordnung der nächsten, im Dezember stattfindenden Mitgliederversammlung stehen u. a. die Neuwahlen für die Ortsverwaltung usw. Wir erwarten daher, daß ein jeder Kollege und jede Kollegin alsdann zur Stelle ist.

**Fürstenwalde.** Die Generalversammlung unserer Filiale wurde am 2. Dezember im „Schloßkeller“ abgehalten. Kollege K r e u e r - B e r l i n hielt einen Vortrag über die Neuerrichtungen unseres Verbandes. Nach Erstattung des Jahresberichts, dem sich der Bericht der Kartellbelegierten angeschlossen, wurden die erforderlichen Neuwahlen vollzogen. Die Filiale hat im Berichtsjahr einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Die Adresse des neu gewählten Vorsitzenden ist F e r d. K o p p e, Junferstraße 20. Die Reiseunterstützung wird fortan in der Zeit von abends 7 bis halb 9 Uhr bei dem ersten Kassierer M a x C e r t, Waldstraße 2, ausgezahlt. Die zahlreich versammelten Anwesenden wurden erlucht, noch lebhafter als bisher auf die Werbung neuer Mitglieder bedacht zu sein, die gesperrten Lokale zu meiden und die Kartell- und Filialversammlungen fleißig zu besuchen.

**Gerz.** (Zur Lage der Fugertinnen.) Es ist wohl eine unbestreitbare Tatsache, daß nur wenige Arbeiter so ausreißend und kraftauswendig wirken als wie das Fugert und Ausnähen von Stücken. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend steht die Fugertin über ihrer Arbeit gebeugt, um die Webstühle, welche fast ausschließlich durch Verarbeiten von minderwertigem Webmaterial entstehen sind, auszubessern. Man sollte meinen, wenn man die Gleichgültigkeit der Fugertinnen gegenüber der Organisation beobachtet, dieselben seien auf Rosen gebettet. Dem ist aber nicht so — im Gegenteil, die Löhne, welche den Gerzer Fugertinnen gezahlt werden, sind noch mehr als unzureichend, zumal den Fugertinnen, welche zum größten Teil in Accord beschäftigt sind, noch Arbeiten zugemutet werden, welche zum Teil ohne Entschädigung verrichtet werden müssen, z. B. den Gang abgeben davon, daß ihnen dadurch ein Zeitverlust, mithin auch ein Lohnausfall entsteht, hat ganz besonders das Heben und Tragen der schweren Stücke eine nachteilige gesundheits-schädigende Wirkung zur Folge, und es gesellt sich zur chronischen Nervosität, welche durch dauernde Anstrengung der Seh- und Kopfmuskeln unausbleiblich ist, noch ein Unterleibsleiden, welches ein ewiges Siechtum bedingt. Es ist infolgedessen geradezu unverständlich, wenn man des abends nach Arbeitschluss noch Fugertinnen sieht, welche noch Warte mit nach Hause nehmen, um des Nachts bei mangelhafter Beleuchtung noch ein paar Minuten herauszuschinden. O, wenn sie wüßten, welches verberthliche Spiel sie mit ihrer Gesundheit treiben! Solange man noch jung ist und der Körper widerstandsfähig, merkt man es nicht so, aber wenn dann ein paar Jahre ins Land sind, dann rächt sich dieser Leichtsinns oftmals schwer. Ferner sind in den

Gerzer Fugertinnen Uebelstände eingerissen, die der Gesundheit Abhilfe bedürfen, z. B. zu wenig Licht und Luft, unzureichende Beheizung bei gleichen Qualitäten in den verschiedenen Räumen, sichtbares Verwahrlosten einzelner Fugertinnen, Strafen usw. Noch trauriger ergeht es den Hausfrauen, durch den geringen Verdienst des Mannes gezwungen, neben ihren hauswirtschaftlichen Arbeiten noch durch Vorkauf paar Pfennige zu verdienen. Diese Herrinnen der Wirtschaft nun hauptsächlich auf die Nacht angewiesen, wenn die Familie gegenüber die Verpflichtungen nur einigermaßen erfüllen wollen, und es ist kein Wunder, wenn eine derartige dauernswerte Frau und Mutter des Tages über heutzutage durch die leibhaftige Tod. Es ist festzustellen, daß die Hausfrauen die schlechtesten Stücke zurückgelassen werden und infolgedessen ihre Lage eine noch traurigere als die der übrigen Fugertinnen. Deshalb ergeht an die Arbeitgeberinnen, wenn es ihnen möglich sein, ihre traurige Lage zu verbessern, mache es sich eine jede Verbandskollegin zur heiligen Pflicht, die Indifferenten aufzuklären.

**Großenhain.** Der „Volksfreund“ schreibt in seiner Ausgabe vom 21. November: Ein Textilarbeiter schreibt uns: „Ich habe gehört haben die hiesigen Textilarbeiter sozusagen geschlafen, und es möchte jeder einzelne gerüttelt werden. Seit dem vergangenen Abwehrstreik in der Gebrüder Raundorffschen Fabrik ist so gut wie gar nichts geschehen. Nur geringe Aufbesserungen sind in einigen Branchen zu verzeichnen, während andere, wie Lohnabzug auf Lohnabzug erfolgte, immer mit dem Kommando, daß dies bei gutem Geschäftszug wieder wett gemacht werden sollte. Textilarbeiter! Nicht das geringste habt ihr bis jetzt davon gemerkt. Und wenn ihr euch vielleicht in der Hoffnung wiegen solltet, daß die Fabrikanten infolge der Teuerung etwas zuliegen werden, so könnt ihr bis auf den Saft Nimmerlebens warten. Das privatkapitalistische Unternehmertum gleicht einem großen Löwentrachen, der nur verschlingt und immer wieder verschlingt. Und das laßt ihr Arbeiter und Arbeiterinnen ungesagt sein: solange ihr euch selbst bescheidet, solange ihr nicht erkannt habt, daß ihr euch zusammenschließen müßt, solange wird man euch von Seiten des Unternehmertums als Puppen behandeln, mit denen man nach Belieben spielen kann. Ein Dichtervort sagt: „Zerschell' die Sklavenketten, willst du noch länger fron', willst du noch weiter schaffen für deinen Hungerlöhn? Du hast die Kraft, dich zu befreien.“ Du hast die Kraft, das heißt, du hast die Organisation, und wenn ihr viele ein Mann zusammensteht, dann wird man euch achten müssen. Und es ist nicht tatsächlich Hungerlöhne, die hier am Orte gezahlt werden? Wenn schon vor Jahren ein konservativer Mann sagte, daß 900 Mark sein müssen, damit ein Arbeiter seine Familie ernähren kann, so würde er heute ausbleiben müssen. Und was verdient ihr? Mann und Frau zusammen nicht einmal 900 Mark. Und wenn es einige gibt, die einen besseren Lohn haben, so muß derselbe, wenn nicht ganz besondere Umstände mitwirken, erschunden werden, denn der Unternehmer verzehrt nichts. Und diese besonderen Umstände treten krass zu Tage, so unter anderem eine Bevorzugung der Leiber noch billigeren weiblichen Arbeitskräfte. Begreift ihr Arbeiter und Arbeiterinnen denn nicht, daß man derartige Praktiken nur übt, um euch zu entzweien? Begreift ihr denn nicht, daß das mit zwei, drei, sechs- und noch mehr tausend Mark bezahlte Beamtentum es ist, das sich dadurch seine gut bezahlten Stellen erhalten will? Es sind eben, mit ganz geringen Ausnahmen, die Handlanger der Kapitalisten. Und wer mit diesen Leuten kriecht und schmirt, begeht ein Verbrechen an seinen Klassen-genossen, an seinem Mitarbeiter. Und ist es nicht Sklaverei, wenn man euch 13 Stunden pro Tag und noch länger abschindet, schlimmer als sein Tier? Ihr seid ja bloß Arbeiter, ihr könnt ja nichts, und wenn ihr abgeschunden, abgeradert und nicht mehr ausbeutungsfähig seid, dann zeigt man euch die Tür, denn dahinter steht ja neues Menschenmaterial. Und was habt ihr sonst nicht alles über euch ergehen zu lassen? Herricht nicht von Seiten der Beamten mitunter ein Ton, der den des Kaiserhofes weit in den Schatten stellt! Ausdrücke, wie: „Ihr Kerle“, „Ihr Sauflappen“ usw., sind hauptsächlich in einer Zeit tagtäglich zu hören. Diese Leute mögen sich an ihrer Nase rupfen und erst Anstand lernen. Oder gehört es vielleicht zum Aufwand, wenn sich diese Leute, vor denen die Arbeiter sozusagen Respekt haben sollen, Arbeiterinnen gegenüber ganz gemeiner Redensarten bedienen oder sich gar als Schützengänger hervortun? Eine Klassenbewusste Arbeiterin müßte sich derartige ganz entchieden verbitten. Und so stelle sich noch vieles anführen, was doch endlich den Arbeitern die Augen öffnen müßte. Ihr müßt erlernen lernen, daß nur durch eine geschlossene Organisation etwas erreicht werden kann. Laßt euch von böswilligen Arbeitern, die beim Unternehmer gut Kind spielen wollen, nicht abhalten, in euren Verband einzutreten. Und solltet die Arbeiter glauben ihr böswilliges Spiel weiter treiben zu können, so habt ihr diese als eure Feinde, als die Helfershelfer der Unternehmer zu betrachten. Solche Leute können nicht eure Arbeitskollegen und Kolleginnen sein. Also hinein in den Verband und seid einig, denn: „Du hast die Kraft, dich zu befreien.“

**Großenhain.** Am Sonnabend den 17. November hatten sich die organisierten Kollegen und Kolleginnen zu einem gemütlichen Abend zusammengesunden, der in Konzert und Tanz bestand und für jeden zur vollsten Zufriedenheit verlaufen sein dürfte. Es wäre nur der Wunsch auszudrücken, daß auch die Zahlabende und Versammlungen in solcher Stärke besucht würden.

**Limbach i. Sa.** Die hiesige Filiale hielt am 24. November im „Hotel Johannesbad“ ihre Monatsversammlung, welche gut besucht war, ab. Kollege Kante erstattete den Kartellbericht. Unter anderem beabsichtigt das Kartell, einen Kursus in Kurzschrift (Abends) abzuhalten. Die Versammlung beschloß einstimmig die Beteiligung an dem Kursus und nehmen die Steuerboten Anmeldungen hierzu entgegen. Der Beginn soll Mitte Januar 1907 erfolgen. Des weiteren berichteten 5 Kollegen über den Verlauf der Konferenz in Chemnitz, Tarife betr., und zwar Kollege Kante als Kettenfuhlarbeiter, K. Hahn als Fundfuhlarbeiter, Kollege Welle als Milanearbeiter, A. Kaut mann als Scherer und A. Großer als Handfuhlschmelzer. Mit Befriedigung nahm man Kenntnis von den Abänderungen in den Tarifen der einzelnen Branchen. Kollege Vorsitzender habe teilte mit, daß man bis Weihnacht mit den schon seit längerer Zeit begonnenen Fabrikbesprechungen fertig zu werden gedenkt, um dann mit den Branchenversammlungen zu beginnen. Zu diesem Zwecke werden die anwesenden Kollegen brauchen wolle notiert und verpflichtet sich selbstige, als Initiatoren in ihren Branchen, dem Vorsitzenden zur Seite zu stehen. Aber die abgedruckten Statuten des Verbandes, welche am 1. Januar 1907 in Kraft treten, berichtete eingehend Kollege Vorsitzender Rede. Die Generalversammlung der Filiale Limbach Johannesbad“ statt, wozu wir die Kollegen schon hierdurch einfordern, zahlreich zu erscheinen.

**M. Stadthaus.** In der Nummer 45 des Organs des „Christlichen“ Textilarbeiterverbandes verfuhr der unter der Arbeiterschaft sich so berühmt gemacht habende Herr Dr. Lehmann die Abfuhr,

die ihm von seinen früheren Getreuen in der Nummer 42 des "Textilarbeiters" zu teil wurde, mit einigen Mägden abzutun. Er schreibt, nicht eine, wie behauptet worden wäre, sondern zwei Bewegungen hätten stattgefunden. Die Schuld liege an den Arbeitern selbst, weil sie die Versammlungen zum Schluß geschwächt hätten. Aber, fragen wir, kann man das den Arbeitern verdenken, wenn sie ein ganzes Jahr, Woche auf Woche, in den Versammlungen geschleppt werden, dabei ihre noch sauer verdienten Groschen verzehren müssen und dann sehen, daß man sie nur genarrt hat? Ist Herrn Driegen nicht bekannt, daß zu jener Zeit die Erregung unter der Arbeiterschaft bei der Firma Knepper ihren Höhepunkt erreicht hatte, trotzdem der Zentralvorstande Schöpfer zu Hilfe geeilt war? Und nun will er sich als den Unschuldigen aufspielen? Wer die christlichen Gewerkschaften kennt, der weiß, daß ihnen ihr Vorgehen nicht ernst ist, und auch nicht ernst werden kann, im besonderen, wenn es sich um Unternehmern handelt, die ihre eigenen Gesinnungsgenossen sind. So war es bei der Firma Knepper, und daselbe ist auch bei der jetzigen Bewegung bei der Firma Karl Brandts zutage getreten.

Rheindt. Die Kollegen des In- und Auslandes werden hierdurch vor den Agenten der Firma Otto Dittgen u. Co., mechanische Baumwollspinnerei in Rheindt, gewarnt. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dem Betriebe sind die denkbar schlechtesten.

## Soziales.

Höfliche Arbeiterauschüsse. Die Kölner Vereinigung für rechts- und staatswissenschaftliche Fortbildung hat vor kurzem eine Studienfahrt nach der rheinischen Spinner- und Weberstadt M. Gladbach gemacht und dabei auch der Fabrik des Herrn Brandts, des Vorsitzenden des katholischen Volksvereins, einen Besuch abgestattet. Die "Kölnische Zeitung" bringt einen ausführlichen Bericht darüber, in dem die veränderten Produktionsbedingungen geschildert werden, unter denen heute der Arbeiter der Textilindustrie zu schaffen hat. Mit der alten Gemächlichkeit sei es vorbei, wie mit der Poésie des Spinnrades und der Webelade; nur das eine sei möglich und nötig, den Menschen auch unter den veränderten Verhältnissen das Leben noch lebenswert zu machen; ihn fühlend zu erhalten inmitten der fühllosen gigantischen Umwelt; er solle sich als mehr dünken, als ein Rad in diesem Mechanismus, das man beliebig einsetzt und herausnehme. Dann heißt es: "Es ist verständlich, daß der Herr des Hauses auch Herr im Hause zu bleiben wünscht. Aber, schreibt man uns, seit wir M. Gladbach gesehen und die Konstitution im Betriebe des Herrn Brandts kennen, seitdem möchten wir wohl die Frage aufwerfen, ob nicht dieser Gedanke doch den Herrn zu größerem Frieden und ersprießlicherem Wirken in sich birgt. Für beide Teile. Die Protokolle des Brandtschen Arbeiterauschusses sind Dokumente. Namentlich der letzte Eintrag in dieses merkwürdige Buch spricht Bände, denn wo wäre es je zu erleben, daß der Fabrikherr eine Fleischsteuerzulage anbietet, der Arbeiterauschuss aber von dem Angebot nur einen Teil annimmt! Oder daß der Unternehmer die Arbeitszeit nur unter dem Widerstreben seiner Leute von 16 auf 9 1/2 Stunden herabzusetzen vermag, bei steigenden Löhnen, also ohne Furcht der Arbeiter vor einem Ausfall an Verdienst." Hierzu bemerkt treffend die "Rheinische Zeitung": "Bis zu welchem Grade von Unmenschlichkeit muß die christliche Sozialpolitik des Herrn Brandts die Arbeiter herabgewürdigt haben, daß sie dem Herrn im Hause" zuliebe sich gegen eine Verbesserung ihrer Lage sträuben! Man begreift es, daß das rheinische Kapitalistenblatt Neid und Sehnsucht empfindet gegenüber einer "Sozialpolitik", die sich so vorzüglich versteht auf Dressur von Knechtsgeelen!" — Zu bemerken haben wir nur noch, daß es noch nicht so lange Zeit her ist, wo dort früher in Arbeit gestandene Herr Maxius Kaiser, jetziger Arbeitersekretär, versuchte, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu rechtfertigen, wo ihm jedoch von einem eigenen Bundesgenossen, Herrn Bezirksvorsitzenden Hermes, im "Christlichen Textilarbeiter" treffend erwidert wurde, daß die Artikel, die bei Brandts auf zwei Stühlen gewebt würden, man in anderen Betrieben auf einem Stuhl herstellte und somit Herr Brandts verpflichtet wäre, den Arbeitern 100 Prozent ihres Lohnes zurückzugeben. Diese derbe Antwort hat zurzeit viel Sturm aufgewirbelt, was für Herrn Brandts sehr unangenehm war. Und wollten die Christen sich's nochmals erlauben, auf Thüringen hinzuweisen, wo nach ihrer Angabe das Zweistufenstudium herrschte, was jedoch vollständig erloschen ist, da die dort hergestellten Artikel mit den M. Gladbacher garnicht in Vergleich zu ziehen sind, so verweise man sie auf obgenannte Firma, die man in der Deffentlichkeit nicht genug lobhudelein kann.

Berichtigung. An den Druckfehler des "Textilarbeiters" Der Verfasser des Berichtes über die Konferenz der Berliner Teppichbrände ist nur ein einfacher Mann aus dem Volke, der sich so primitiv wie eben möglich auszudrücken versucht und dadurch glaubt, unserer lieben deutschen Muttersprache gerecht werden zu können. — Nun haben wir höfliche Bittsteller nichtsdestoweniger in dem erwähnten Bericht (Nr. 48, Beilage, Seite 3, Spalte 1, Zeile 11 von unten) einen Satz dergestalt verfaßt, daß er zum Himmel — pardon! zur Hölle — schreit. Der erwähnte Satz hatte in meinem immerhin lehrreich geschriebenen Manuskript folgenden Wortlaut: "Wie unerquicklich solche Zustände übrigens für gestützte Menschen sind, erhellt wohl zur Genüge aus der Tatsache, daß bei diesem vorfindlichen Auszahlungsmodus — zu meist vor a n l a s t durch alkoholische Geisteschwächlinge — sich Szenen ereignen, die dem unbeteiligten Laien eher den Gedanken an eine Verlobung von Döhlen, als an eine Abhebung des Lohnes zivilisierter Arbeiter nahelegen." Kr.

## Bekanntmachung des Zentralvorstandes

An die Gauleiter unseres Verbandes!

Ein Kongreß der Gewerkschaften wird in der zweiten Hälfte des Januar 1907 nach Berlin einberufen, um zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine Stellung zu nehmen. Selbstverständlich muß bei der Beratung dieser so wichtigen Materie auch unser Verband vertreten sein. Wir haben beschloffen, jeden der 12 Gauen des Verbandes durch 2 Delegierte vertreten zu lassen. Da die Zeit der Tagung für den Kongreß noch nicht genau bekannt ist, so müssen wir uns einrichten, daß bis zum 10. Januar alle Wahlen erledigt sind und wir die Liste der Delegierten aufstellen können. Jeder Gauvorsitzende soll nun die Wahl in seinem Gau erledigen. Es muß demnachst vom Gauvorsitzenden eine Kandidatenliste aufgestellt werden; die Liste muß spätestens bis zum 24. Dezember aufgestellt sein. Ist die Liste aufgestellt, so besorgt der Gauvorsitzende die Stimmzettel für seinen Gau und sendet diese den Ortschaften zu. Sonntag den 6. Januar findet die Wahl im ganzen Verbande statt. Die Wahl wird, wie bei der Generalversammlung, durch Urabstimmung vorgenommen. Das Resultat der Wahl ist dann sofort dem Gauvorsitzenden zuzuführen und dieser zählt die Stimmen und teilt uns sofort das Resultat mit. Die Mandate senden wir dann den gewählten Delegierten zu. Der Gauvorsitzende hat jetzt in allen Orten, wo Filialen oder Einzelmitgliedschaften

sind, Protestversammlungen gegen den genannten Gesetzentwurf zu veranstalten und ist uns dann mitzuteilen, wo Versammlungen stattgefunden haben. Wir werden die Protestresolutionen zu den Händen. Diese Resolution wird dann in der Versammlung zur Abstimmung gebracht und an uns zurückgeschickt. Diese Resolutionen senden wir dann von uns aus an den Reichstag. Mit kollegialem Gruß!

Der Zentralvorstand.

## Verband Deutscher Textilarbeiter.

Grünberg. Das Bureau der Filiale befindet sich Silberberg 2, II. Alle Briefe und sonstige Sendungen sind dahin zu senden. Auch wird daselbst Kranken- und Rechenunterstützung ausgeführt. Neßlau. Den Mitgliedern sei hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die Mitgliedsbücher verstorbenen oder ausgesetener Mitglieder bei der Filialverwaltung abzugeben sind. Die Filialverwaltung. Waldkirch-Kollnau. Das Mitgliedsbuch des Kollegen Oskar S a n e r, Fabrikarbeiter, geb. den 10. Oktober 1889 in Mündingen, ist verloren gegangen. Dasselbe trägt die Nummer 315 589 und ist ausgestellt am 29. September 1906. Es wird ersucht, daselbe bei seinem etwaigen Auftauchen anzuhalten und an Karl Schumacher in Gutach im Breisgau (Baden) zu senden.

## Versammlungskalender.

### Versammlungen des Verbandes Deutscher Textilarbeiter.

Apolda. Sonnabend den 15. Dezember. Augsburg. Sonnabend den 15. Dezember. Bocholt. Sonnabend den 15. Dezember, abend halb 9 Uhr, im "Bayrischen Hof". Bunsau. Sonnabend den 15. Dezember, abend 8 Uhr, in der "Hoffnung". Burgstädt. Sonnabend den 15. Dezember, abend halb 9 Uhr, in der "Flotte". Chemnitz. Sonnabend den 15. Dezember, abend 9 Uhr, im Volkshaus "Kolozeum": Generalversammlung. Dillen. Sonntag den 16. Dezember, vormittag 11 Uhr, bei Franz Seidel, Süchtelner Straße 14. Ebgingen. Sonntag den 9. Dezember, nachmittag halb 4 Uhr, in Bekels Gartenjaal. Eilenburg. Freitag den 14. Dezember, im Gewerkschaftshaus "Livoli". Eiberfeld. Sonnabend (Samstag) den 15. Dezember, abend 9 Uhr, im "Volkshaus". Eisenach. Sonnabend den 15. Dezember, abend halb 9 Uhr, im "Goldnen Engel". Finsterwalde. Sonnabend den 15. Dezember. Frankfurt. Sonnabend den 15. Dezember, abend 9 Uhr, im "Stadtparl". Frankfurt a. M. Sonnabend den 15. Dezember im "Gewerkschaftshaus". Glauhau. Sonnabend den 15. Dezember, abend 9 Uhr, im "Weissen Hof". Lahr. Sonnabend (Samstag) den 15. Dezember im "Ablar". Ludenwalde. Mittwoch den 19. Dezember. Mündenborsdorf. Sonnabend den 15. Dezember im "Bayrischen Hof". Naila. Sonntag den 16. Dezember, nachmittag halb 1 Uhr, bei Georg Sürner: Generalversammlung. Neumünster. Sonnabend den 15. Dezember, abend halb 9 Uhr, im "Eijunium". Nowawes. Mittwoch den 12. Dezember, abend 9 Uhr, bei Siemke, Wallstraße 55. Oberhausen. Sonntag den 16. Dezember, nachmittag 3 Uhr, bei Adolf Weiß. Oelsnitz i. V. Donnerstag den 13. Dezember, abend halb 9 Uhr. Pöhlitz. Sonnabend den 15. Dezember. Rheindt. Sonntag den 16. Dezember, abend 6 Uhr, bei Paland: Generalversammlung mit Vortrag. Schwarzenbach i. B. Sonntag den 9. Dezember, nachmittag 2 Uhr, bei Köppl: Generalversammlung. Stuttgart. Sonnabend den 15. Dezember, abend 8 Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Saal 8, 1. Stod. Waldkirch. Sonnabend den 15. Dezember. Waldshut. Sonntag den 16. Dezember, nachmittag 3 Uhr, im "Waldschloß". Freiberg. Sonnabend den 15. Dezember, abend halb 9 Uhr, in der "Union": Zahlabend. Ramez i. Sa. Jeden Sonnabend nach dem 15.: Zahltag. Niederhohenweide. Jeden Sonnabend von nachmittag 5 Uhr ab bei Heimann, Grimmaer Straße 5: Zahlabend. Stralau-Kummelsburg. Jeden Freitag, abend 9 Uhr, bei Rümpler, Stralauer Allee 20a: Zahltag. Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

## Filiale Callenberg und Umg.

Sonntag den 16. Dezember, nachmittags Punkt 4 Uhr Mitglieder-versammlung im "Fehenteller". Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Die neuen Verbandsgesetze betr. 4. Allgemeines. — Pünktliches Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringende Pflicht. Die Verwaltung.

## Achtung! Filiale Schwège. Achtung!

Sonntag den 9. Dezember, nachmittag 3 Uhr, findet im Lokale Ernst Holzgabel unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäftsjahr- und Kassenbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Vortrag über Gewerkschaften und Unternehmerverbände. Referent: Koll. Fritz Soßbach. 4. Verschiedenes. — Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht der Kollegen und Kolleginnen, in der Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Frankenberg. Sonnabend den 15. Dezember, abend 9 Uhr, im "Stadtparl": Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Wahl der Kartelldelegierten. 4. Verschiedenes. — Wir bitten die Mitglieder, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung die Versammlung zahlreich zu besuchen. Der Vorstand.

Hemelingen. Dienstag den 11. Dez., abend 8 Uhr, Mitglieder-versammlung. Zahlreichem Erscheinen steht entgegen. Der Vorstand.

## Achtung! Filiale Kopenid. Achtung!

Dienstag den 11. Dezember, abend 8 Uhr, findet im Hotel "Kaiserhof" unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über die staatsrechtlichen Beiträge. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der Vertrauensmänner. 5. Verschiedene wichtige Angelegenheiten. — Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich. Der Vorstand.

## Filiale Münchberg.

Unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag den 16. Dezember nachmittag Punkt 1/2 2 Uhr im D. Säubers Saale statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Konferenz in Hof. 2. Geschäftsbericht. 3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes. — Vollzähligen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Delsnig. Donnerstag den 13. Dezember, abend 8 1/2 Uhr, im Norddeutschen Hof: Mitglieder-versammlung. Referent: Gauleiter Hugo Dressel. Der Vorstand.

## Filiale Sommerfeld N.-B.

Mittwoch den 10. Dezember, abend 8 Uhr, im "Aurfürstenjaal": Ordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Wahl des Gesamtvorstandes. 2. Anträge. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. — Alle Kollegen und Kolleginnen werden erucht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Weida. Sonntag den 16. Dezember, nachmittag 3 Uhr, Generalversammlung im "Schützenhaus" (Obertribe). Tagesordnung: 1. Aufnahme. 2. Kartellbericht und Wahl der Delegierten. 3. Bericht a) des Vorstandes, b) des Kassierers. 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 5. Verschiedenes. Am zahlreichste Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

**Filiale Berlin. Filiale Berlin.**  
Dienstag den 25. Dezember (1. Weihnachtsfeierstag)  
**Großes Weihnachts-Bergnügen**  
im Lokal "Königsbau"  
(Anh.: C. Breuer), Große Frankfurter Straße 117  
**Großes Konzert und Theater-Vorstellung**  
ausgeführt von der Volksfänger-Gesellschaft "Ante".  
Nach der Vorstellung **Langstranzchen.**  
Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.  
Anfang des Konzertes 5 Uhr ::  
Anfang der Vorstellung 6 Uhr ::  
Garderobe 10 Pf. Billett 30 Pf.  
Hierzu ladet ergebenst ein **Das Komitee.**

**Reichenbach i. B.** Am Sonntag den 9. Dezember 1906, nachmittag 3 Uhr, findet im August Kiehlingschen Lokale unsere diesjährige **Generalversammlung** statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftskartells. 4. Neuwahl der Kartelldelegierten. 5. Vortrag des Gauleiters Koll. Dressel mit dem Thema: "Unsere nächsten Aufgaben". — Es ist Pflicht eines jeden Kollegen und jeder Kollegin, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vorsitzende.  
Die Geschäftsführerstelle in Ludenwalde ist besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. Die Ortsverwaltung.

**Crimmitschau.**  
Der geehrten Einwohnerschaft von Crimmitschau und Umgegend empfehle zum bevorstehenden Weihnachtsfest mein reichhaltiges Lager in Kleider- und Wollstoffen in bunt, schwarz und Seide, Bettzeuge, bunt und weiß, Bettdecken, Bettfedern, sowie fertige Betten, Tischdecken, weiß und bunt, sowie Sofabeden, Damentische, Herrenstoffe und Kinderanzüge. Bei Bedarf bitte um gütige Berücksichtigung.  
**Karl Schmidt, Zwidauer Straße 12.**

**Ein Engros-Geschäft** in Genz wünscht für sofortige Lieferung lange durchbrochene Handtücher in Baumwolle und Halbleide zu kaufen. Referenzen erbeten. Ranges. Gefl. Offerten unter No 16300 X an Haafenstein & Vogler, Genf.

**Dank.** Durch den Kollegen Ernst Rohse in Chemnitz sind wir zum Jubiläum mit einer Sammlung sämtlicher bisher erschienenen Nummern des "Textilarbeiters" überrascht worden, wofür wir dem Kollegen hiermit unsern aufrichtigen Dank aussprechen. Die Gabe war uns um so willkommener, als wir nicht im Besitz der im Verlage von Waltherr in Burgstädt erschienenen Nummern des "Textilarbeiters" waren. Redaktion und Verbandsvorsitzend.

Unserem Kollegen Herrn. Jänisch nebst Braut in Döhren zur Vermählung die besten Glückwünsche. Filiale Hannover-Binden.  
Unserem Kollegen Otto Rümpler und unserer Kollegin Minna Schirmeister die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung sendet. Die Filiale Langensalza.

**Zigarren u. Zigaretten** offeriert in vorzähl. Qualitäten **Emil Scheibe** Hartmannsdorf bei Chemnitz. Muster je 1 Mat (auch Marken).

Nährige Herren können sich lohnenden **Nebenverdienst** verschaffen durch Übernahme der Agentur einer sehr gut eingeführten Feuerversicherungs-Gesellschaft und werden gefl. Offerten unter R. B. 8164 Rudolf Mosse, Leipzig, erbeten.

## Ein herrlicher Weihnachtsbaum erstarkt ein Weihnachtsbaum mit meinem weltbekannten Glas-Christbaumchmuck

**Wundervoll! — Anreizend!**  
Ist nicht geschmackvoll? Ein Sortiment meiner anerkannt nur besseren Fabrikate in unübertroffenen Glas-Christbaumchmuck in toller, prächtigem reichhaltig, matten u. bunten. Gegenstände in bester feinerer u. mannigfalt. Ausführung, als leuchtende Brillantstücke, Imitation aberly. Augen, leuchtende Gläser, Krongebläser mit Stimm, Wachsengel mit Lockenhaar und bewegl. Glasfiguren, Brillantstein, Glasperlen, Glaschnecken, Frau Holle u. Kind im Sack, Weihnachtsmann in Schenke, D. H. Schöner, Brand. Landr. Köstliche Gläser mit Kugeln, Gläser, Goldgläser mit 5000, 1 Dögel mit natürl. Federn, Fuchshut, Koniarie vogel i. Käfig, Bergglocke, Krippe u. Christkind, herliche Gläser, Tische u. Spiege, 1 reiche, Blumenmähde, brinnde zum aufsteig. billigen 5 Mark. Sort. I 330 St. Preis von nur 5 Mark. II 140 St. größere, Sort. III 50 Stück, feinste angeordnete Gläser.  
3 Mark. 100 Stück, feinste angeordnete Gläser.  
Wie ein Filialat mit demal. Goldschmuck. Prachtvoll, garniert mit Brillant, gratis bei 1 Glödengeleite 1000 St. Filialat bis 20 Mark. Alles von solchem Material hergestellt, u. jedw. immer wieder zu gebrauchen. Ihre Geschenke und Geschenke garantiert.  
**E. Reinhard, Neuhaus am Rennweg** Thüringen Nr. 56.  
Lieferant für 50%. — Großes Geschäft der Branche am Platze.  
1000 v. Damsgreber. Die Rifen wurden aus wahrer in 100 von Heilungen empfohlen. Des Rainers wegen nur 2 Dankschreiben: Die 2 Rifen erhalten hat mich herab, was man alles für 20 bekommt. Bitte noch 2 Rifen. O. Schneider. — Von 3 Seit. habe ich bezogen, das hat mir 30r Sortiment am besten gefalle. C. Vogler.

**Gestorben.**  
Neßlau. Verbandsmitglied Gottlieb Pauli und Olga Reiter.  
Augsburg. Verbandsmitglied Viktoria Mayer, 18 Jahre alt — Lungenschwindsucht.  
Eintriedel. Verbandsmitglied Karl Mann, 52 Jahre alt — Selbstentlebung.  
Ludenwalde. Verbandsmitglied Albert Jakob, 53 Jahre alt — Proletarierkrankheit.  
Ehre ihrem Andenken!

Inhalt (Hauptblatt): Das erste 100 000. — Einhunderttausend Mitglieder! — Was hat der Verband finanziell seit dem Jahre 1900 geleistet? — Das neue Verbandsgesetz. — Aus dem Reichstage.  
1. Beilage: Jubiläumserinnerungen. — Geschäftliches von Manufakturarbeiter-Verband. — Die erste Form der Zentralisation: Das Agitationskomitee der Textilarbeiter Deutschlands. — Rinderfreunde. — Die Sklaven des Zuteilkapitals. — Mithras im Textilgewerbe. — Stickerarbeiterbewegung. — Das Verhältnis zum auf der Anlagebau. — Mittelungen aus Frankfurt. — Soziales. — Berichtigung. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Verbandsmitteilungen. — Versammlungskalender. — Inzerate. — Totenliste.  
2. Beilage: Festerinnerungen. — Mein "Gottes" und mein "Zweites". — Reminiszenzen. — Ein Gaul, ein Gendarm und eine Streifenversammlung. — Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. — Vermischtes.

# 2. Beilage zu Nr. 49 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 7. Dezember 1906.

## Fest-Erinnerungen.

„Willst du nicht auch einen kleinen Beitrag zur Jubiläumsummer spenden? Du bist doch auch einer von den Alten.“ Mit diesen Worten begrüßte mich Kollege Köffel, als ich nach längerer Pilgerfahrt wieder einmal die behaglich ausgestatteten Räume unserer Zentralgewaltigen in der Andreasstraße 61 betrat. Gedankvoll trat ich in mein mir zu Gebote stehendes Bureau, und das erste, was bei meinem Eintritt meinen Blick fesselte, war ein aus der Zeit, wo der Großvater die Großmutter nahm, herflammendes Bild. Fest und sicher lehnt es sich an mein, nach dem Geschmack der neueren, modernen Stilart hergerichtete Schreibgestell an. Und doch wieder und immer wieder richteten sich meine Blicke nach dem alten. Es ist mir gleichsam, als ob Leben und Bewegung in diesen toten Brettern ist. Wäghlich tönt es an mein Ohr: „Kennst du mich nicht, erkennst du dich nicht der Stunde, da du mich zuerst erblicktest?“ „O, gewiß! Aber an anderer Stelle standest du damals“, war meine Antwort. Weit hinaus mußte man pilgern, wollte man dich einmal besuchen. Die gastfreie Wohnstätte unseres Kollegen Treue war der Ort, wo ich zum ersten Male dich sah. Ganz genau erinnere ich mich des Tages, wo ich auf deiner Matte, die mit ehemals grün gewesenem Tuch überzogen war, das aber unter dem zerkleinernden Einfluß der Zeit eine schwer bestimmbare Farbe angenommen hatte, freudestrahlend den Vortrag meiner Sammlung für die Kottbuser Kollegen niederlegte, die sich damals in dem bekannnten gewaltigen Kampfe befanden. Schon damals war es mir, als ob du zu mir sprächest. Schon damals glaubte ich die Worte zu hören: „Sieh mich an, so wie ich hier stehe, verkörpere ich die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft! In der Vergangenheit, da diene ich anderen Herren, in der Gegenwart diene ich euch, und der Zukunft will ich ein leuchtendes Vorbild sein. So wie ich aus kernigem Holz gezimmert, allen Gefahren zum Trost auch noch weiter dienen werde, bis auch meine schwere Stunde kommt, so soll auch ihr allen kommenden Stürmen trotzig, kühn die Stirne bieten und unerschrocken im Dienste der gesamten Menschheit eure Pflicht und Schuldigkeit tun.“

Brav gesprochen, lieber Alter, so soll es sein! Lernen soll die Gegenwart aus der Vergangenheit, um der Zukunft alles das zu geben, was arme Proletarierherzen zu geben haben: Treue, Opferinn, Idealismus und ein nie ermüdendes Streben, mitzuarbeiten an dem Befreiungswerk der arbeitenden Klassen. Und so haben wir es gehalten.

Im engeren Bezirk unserer Tätigkeit in der Provinz Brandenburg waren im Jahre 1886 in 19 Zählstellen im ganzen 3372 Kolleginnen und Kollegen organisiert. Hier hieß es, tüchtig arbeiten. War uns doch bekannt, daß in Brandenburg einschließlich Berlin circa 40 000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Diese der Organisation zuzuführen, war unsere größte Pflicht. Und nun ging es an die Arbeit. Tag um Tag in Berlin und Umgegend in Versammlungen und Sitzungen tätig, trieb es uns Sonntags und Feiertags hinaus auf die ferner liegenden Städte und Dörfer.

Und es ging vorwärts. Im Jahre 1897 konnten wir schon in 26 Filialen 4571 Mitglieder zählen. Das Jahr 1898 reichte mit 4286 Mitgliedern ein, und im Jahre 1899 waren es schon 7539. Im Jahre 1900 waren wir auf 7127 Mitglieder gesunken, und nun setzte die eine Krise im allgemeinen Gewerbesleben mit verheerender Gewalt ein, und unsere Mitgliederzahl ging im Jahre 1901 auf 4419 und im Jahre 1902 sogar auf 4388 zurück. Sämtliche Orte haben der Krise Opfer bringen müssen. Ging doch die Filiale Berlin I, welche im Jahre 1896 eine Mitgliederzahl von 650 auswies, auf 360, Kottbus sogar von 1500 Mitgliedern im Jahre 1896 auf 305 zurück! Forst zählte 1899 an Mitgliedern 3908 und ging im Jahre 1902 auf 1225 zurück. Das waren harte Zeiten; zu schwer, allzu schwer lastete damals der wirtschaftliche Niedergang auf dem einzelnen wie auch auf der gesamten Masse der Arbeiterschaft. Ohne lohnenden Verdienst waren Tausende, arbeitslos zehntausende, da war es nicht zu verwundern, daß die Mitglieder nicht zu halten waren.

Als im Jahre 1903 eine bessere Geschäftskonjunktur eintrat und wir mit neuer Kraft in die Agitation einsetzten, ging es freilich wieder vorwärts. In diesem Jahre stieg unsere Mitgliederzahl auf 5066, und im Jahre 1904 waren es 6335 und in dem darauffolgenden Jahre 1905 waren es 7400 Mitglieder, die wir in Brandenburg zählen konnten. Das erste Quartal 1906 schließt mit einem Bestand von 27 Filialen und 11 657 Mitgliedern ab.

Welche Ansummen von Arbeit, Mühe und Sorge spricht aus diesen Zahlen. Aber alles dieses ist vergessen; nur ein Gedanke beherrscht mich: Vorwärts, Vorwärts!

Auch von größeren Kämpfen blieben wir nicht verschont. Die Orte Kottbus, Guben, Sorau, Forst, Berlin, Bernau, Rowawes, Sommerfeld, Kummelsburg und andere können erzählen, wie wacker wir dem Kapital zu Leibe gingen. Wenn es in diesen Kämpfen nicht immer möglich war, die gestellten Forderungen durchzusetzen, so soll und muß uns gerade das ein Ansporn sein, es in der Zukunft besser zu machen.

Wie in allen Teilen Deutschlands an heutigen Tage nur eitel Lust und Freude herrschen wird bei denen, die unserer Organisation Dienste geleistet haben, so kann ich wohl im Namen meiner Brandenburger erklären: Wir waren dabei, wir sind dabei und werden dabei bleiben! Das zweite Hunderttausend darf nicht allzulange auf sich warten lassen. Auch für uns gilt der Wahlspruch:

„Sie gut Brandenburg allewege!“

F. r. Köpke.

## Mein „Erstes“ und mein „Zweites“.

Es hat nicht lange auf sich warten lassen, mein Erstes, nämlich der Fall, daß ich als Redakteur dieses Blattes einen Prozeß bekam, der, wie gewöhnlich Prozesse gegen Redakteure von Arbeiterblättern, mit meiner Verurteilung endete.

Selbst dem weiß ich erst, wie leicht man sich im Lande der „vollendeten Rechtsparanthen“ strafbar machen kann, namentlich, wenn man verantwortlicher Redakteur eines Arbeiterblattes ist. Die Pressefreiheit besteht nur für den ideellen Gedanken Ausdruck, und bei ihm muß man sich wieder gehörig versehen, daß man nicht etwa Staatseinrichtungen oder sonstige heilige Güter verächtlich macht oder gar zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufreizt. Man hat im Lande der „vollendeten Rechtsparanthen“ wohl das Recht, über alles, was einen bewegt oder bedrückt, zu schreiben, muß dabei aber sorgfältig darauf achten, daß man mit keinem der zahlreichen Strafgesetzparanthen in Konflikt gerät. Das freie Wort ist jedem nach den

Verfassungen der vielen Vaterländer, die der Deutsche hat, verstatet, doch bei seiner Anwendung hat er die der Verfassung unterstehenden Gesetze zu beachten.

Das hatte ich in meinem ersten „Fall“ außer acht gelassen. Ich hatte zwar keine Staatseinrichtungen kritisiert, sondern nur Fabrikverhältnisse, speziell das Verhalten eines Werkmeisters, von dem behauptet worden war, daß er ihm unterstellte Arbeiter beim Chef als Agitatoren für den Textilarbeiterverband angegeben habe; ein Flugblatt, das ein Arbeiter in dem Betriebe zu Gunsten der Organisation verbreitet hatte, wurde durch ihn dem Chef vorgelegt. In der Notiz, worin dieser Vorgang besprochen ward, hatte ich diese Handlung mit dem Worte „Denunziation“ bezeichnet, gewiß ein recht passender Ausdruck für diese, wie ich dachte — sicher nur zum Zwecke der Angeberei des betreffenden Arbeiters ausgeübte Handlung. Wozu sollte denn sonst der Meister dem Chef das fragliche Flugblatt überreichen? Es war für mich sonnenklar, daß der Meister nur denunzieren wollte. Deshalb trug ich auch nicht das geringste Bedenken, den Mann mit vollem Namen und genauer Wohnung im Blatte zu nennen. Ich glaubte sogar, der Mann würde darauf noch besonders stolz sein, denn wollte er nicht denunzieren, brauchte er ja das Flugblatt dem Chef nicht zu übergeben. Wie aus den Worten gefallen war ich daher, als ich wegen der Notiz eine Vorladung vor Gericht erhielt, wo man mir erklärte, daß der Meister mich bei der Staatsanwaltschaft wegen der ihn betreffenden Notiz denunziert habe. Aha, dachte ich, also doch ein Denunziant, sonst hätte er dich selbst wohl nicht denunziert, weil du seine vermeintliche Denunziation mit dem rechten Worte bezeichnetest.

Wald sollte ich aber über das Fritümliche meiner Annahme belehrt werden, wenn auch erst in der später folgenden Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht, vor das der „schwere Fall“ gebracht worden war. Einstweilen erteilte mir der mich vernehmende junge Mann, seines Zeichens Referendar, eine Lektion über das Benehmen vor Gericht, also darüber, wie ich mich vor Gericht zu benehmen hätte. Nun wird der Leser vielleicht denken: das war aber ein recht netter junger Referendar, der dir darüber Rechtsbelehrungen erteilte, wie du dich vor Gericht am besten herauszubringen könntest. Nein, lieber Leser, so war es nicht; der Herr Referendar fand nämlich an meiner Haltung vor seiner wertigen Person etwas auszuhehen und rekrifizierte mich, mir begreiflich machend, wie man vor Gericht zu — stehen habe. Während meiner Vernehmung stand ich nämlich in der Nähe des Schreibpultes des Herrn Referendars. Da bemerkte derselbe, daß ich die Hände auf dem Rücken ineinandergelegt hatte. Ich glaubte, ich wäre unschuldig, noch frei und sah nicht ein, weshalb ich vor dem angehenden Richter eine doppelte Haltung annehmen sollte. Das sollte ich aber bald erfahren. „Vor Gericht hält man nicht die Hände auf dem Rücken!“ herrschte er mich an. Ich stand also schon „vor Gericht“. Natürlich fiel es mir nicht ein, meine freie Haltung aufzugeben. Ich sah dem Herrn Referendar zunächst nur gleichgültig ins Gesicht. Als er mir aber mit Abführung drohte, wenn ich meine Haltung nicht verändern würde, hielt ich es doch für geraten, die Hände auf meinem Rücken auseinanderzunehmen und den beiden äußersten Hofenräten näher zu bringen. Dann sah ich den Herrn Referendar fragend an. Ich mußte wohl für die linke Hand die vorgeschriebene Stelle gefunden haben; meine rechte Hand, die infolge einer Krümmung des rechten Armes nicht an der Hofenrät lag, schien er nicht zu bemerken.

Und nun begann mein Verhör, bei dem deryerter Referendar übrigens recht loyal verfuhr. Zu diesem meinem lokalen Verhalten rechne ich auch seine Bemerkung, daß ich mir doch hätte denken können, welche Folgen die Namensnennung des vermeintlichen Denunzianten haben würde. Meinen Einwand, daß „alles bewiesen“ werden würde, tat der Herr mit einem Achselzucken ab, daß ich mir in die Worte überlegte: A b w a r t e n, und dann Tee trinken.

Wie recht mir der Herr Referendar prophezeit hatte, sollte mir die Hauptverhandlung zeigen, die nicht lange auf sich warten ließ. Der einzige Zeuge, der über die unmaßlichen Absichten des „Denunzianten“ — ich fasse das Wort nun in Gänze fassen, weil sich herausstellte, daß der Mann nur seine Pflicht getan hatte — zu meinen Gunsten etwas auszusagen konnte, wurde, als der Mittäterschaft verdächtig, nicht vereidigt; was er aus sagte, konnte nun dem Gericht nicht schwerwiegend sein, daß es daraufhin einen Freispruch hätte fällen können. Aber selbst wenn das sonst möglich gewesen wäre, wäre es hier doch unmöglich gewesen, denn der Mann mußte, um sich nicht selbst einer strafbaren Handlung zu zeihen, in seinen Aussagen zurückhaltender sein, daß für mich garnichts Entlastendes herauskommen konnte. Ich war natürlich über ein solches Projektverfahren ziemlich empört und machte daraus auch kein Hehl; ich erklärte dem Vorsitzenden, daß ich den Gerichtssaal nicht als Freigesprochener würde verlassen können, wenn man es so mit mir treibe. Der Vorsitzende erklärte darauf, wie ich mich später durch Einblick in die Strafprozessordnung überzeugt habe, auch ganz richtig —, daß das nicht an dem Gericht läge, sondern an den gesetzlichen Bestimmungen. Dagegen konnte ich nichts sagen, denn ich habe vor allen gesetzlichen Bestimmungen eine heilige Scheu schon damals gehabt, und sie ist mir später so zur zweiten Natur geworden, daß ich jeden kritischen Satz, der mir zwecks Veröffentlichung geschrieben wird, stets mit wahrhaft staatsanwaltschaftlichem Blick betrachte. Doch ich kann heute noch nicht einsehen, daß man meinen Entlastungszeugen der Mittäterschaft verdächtig halten mußte.

Doch darüber will ich heute nicht mehr mit dem Gericht rechten; seiner Ansicht nach war er der Zeuge der Mittäterschaft verdächtig; daran zweifle ich nicht. Ich wende mich heute nur gegen die gesetzliche Bestimmung, die mich damals meines einzigen Zeugen beraubte. Diese Bestimmung bezweckt wohl die Verhütung fahrlässiger Falsch-Eide. Gewiß ein sehr löblicher Zweck. Aber ebenso löblich wäre, den Angeklagten nicht der Entlastungszeugnisse zu berauben, weil sie von Leuten ausgehen, die der Mittäterschaft verdächtig sind. Die in Frage kommende Bestimmung sollte dahin abgeändert werden, daß es dem Zeugen, der sich der Mittäterschaft verdächtig zeigt, freigestellt würde, seine Aussage zu beibehalten oder nicht, wobei er selbstverständlich auf die Konsequenzen eines Falsch-Eides aufmerksam zu machen wäre. Mindestens müßte aber der Begriff der Mittäterschaft in dem Gesetz näher bestimmt werden. Jetzt kann jeder Zeuge, der sich einmal über einen kritisierten Fabrikmißstand mißfällig ausgesprochen hat, vom Gericht in den Verdacht der Mittäterschaft genommen werden — und seine Vereidigung muß dann unterbleiben. Jeder, der von einem Mißstand weiß, wird aber einmal über ihn sprechen, und so kann es auf Grund der heutigen gesetzlichen Bestimmungen sehr leicht dahin kommen, daß zwar die Behauptungen des ange-

klagten Redakteurs bezeugt, aber nicht beedigt werden können, was dem Zeugnis fast seinen ganzen Wert nimmt. Andererseits wird aber der angeklagte Redakteur — wie jeder andere Angeklagte — noch dadurch hindere, daß derjenige, der als Ankläger gegen ihn auftrat, ihn als Belastungszeuge gegenübergestellt wird. Und dieser Zeuge wird auch noch oben drein vereidigt. Nach dem Gesetz zu Recht, nach meinen Rechtsbegriffen zu Unrecht. Denn der Angeber, als Belastungszeuge vernommen, hat doch mindestens ein so großes Interesse, den Angeklagten hineinzulegen, wie der Entlastungszeuge haben kann, ihn herauszukrechen. Gestattet das Gesetz, hier die Strafprozessordnung, nicht den der Mittäterschaft verdächtigten Zeugen zu vereidigen, so sollte es auch die Vereidigung des Klageerhebers verbieten, wenn die Anklage im öffentlichen Interesse von der Staatsanwaltschaft aufgenommen ist. Dem Zeugen sollte in diesem Falle nur das Recht zustehen, seine Behauptungen durch andere Zeugen eidlich bekräftigen zu lassen.

Doch das ist ein frommer Wunsch, und fromme Wünsche finden im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte nicht leicht Erfüllung. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Zeugenhaft lauten aber noch anders als meine Wünsche.

Der Beleidigte trat also als Zeuge gegen mich auf und wurde auch vereidigt. Und was bezeugte und beedigte er? — Daß er vom Chef den Auftrag hatte, ihn von allem zu unterrichten, was hinsichtlich der Agitation für den Textilarbeiterverband im Fabrikbetriebe unternommen würde. Der Zeuge hatte ein Flugblatt bekommen, das die Aufforderung enthielt, dem Verbands beizutreten. Auf Grund des erhaltenen Auftrages hielt er es für seine Pflicht, das Blatt dem Chef vorzulegen. Der Mann war also weit davon entfernt, den Verbreiter des Flugblattes beim Chef zu denunzieren und er wollte den Chef nur von einem Vorgang in seinem Betriebe unterrichten, ohne den Nebenwed der Denunziation dabei zu ver folgen. Mit Recht konnte ihm der Vorsitzende bekräftigen, daß er nur seine Pflicht getan habe, wenn die Sache so läge.

Damit war mein Schicksal als Angeklagter besiegelt. Ein Monat Gefängnis lautete das Urteil. Daß ich in dem guten Glauben gehandelt hätte, es läge eine Denunziation vor, hatte man, wenn ich nicht irre, gelten lassen, man hatte auch meine bisherige Unbescholtenheit in Berücksichtigung gezogen, wie der Vorsitzende in der Urteilsbegründung erklärte; andernfalls wäre die Strafe noch höher ausgefallen. Diese Milde rührte mich so, daß ich mich eben anschickte, dem Gericht dafür meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Der Vorsitzende schrie aber was anderes zu erwarten — was ich ihm nicht verzeihen dürfte, beschränkte er nun von mir zu hören: „Meine Herren, wenn Sie es hier so machen, so wird jeder als „mild“ bekräftigen die Anklagebank verlassen“ — er schnitt mir das Wort ab mit der Bemerkung: „Die Verhandlung ist geschlossen.“

Der Gerichtsdienst öffnete mir die Pforten der Anklagebank, und ich ging — Kläger vom Gericht herunter, als ich hinaufgekommen war. Freilich noch nicht so klug, daß ich die „Milde“ deselben Gerichts nicht bald wieder zu kosten bekam, nur zwei Jahre vergingen und man urteilte mich von neuem ab wegen eines ähnlichen Delikts. Diesmal betrat ich als Bekräftiger die Anklagebank, trotzdem setzte es aber wieder nur einen Monat. Es ist erstaunlich, welches Glück der Mensch selbst vor Gericht haben kann. —

Recht lange nach meiner ersten Verurteilung traf der ge fürchtete blaue Zettel ein, der die höfliche Einladung an mich erhielt, die mir auf einen Monat angewiesene Staatspension an einem bestimmten Tage zu bestimmter Stunde zu beziehen. Entweder hatte man in den Staatspensionen der Stadt Chemnitz des Gerichts, von dem ich verurteilt worden war, keinen Platz mehr für mich, oder hielt diese nicht gut genug für einen Redakteur, kurz, der Staatsanwalt wies mir als Pension das Amtsgerichtsgefängnis in R., meinem Wohnorte, an.

Nun begannen die Vorbereitungen zum „Umzug“. Ich stellte mich zunächst einmal dem Wachtmeister des Gefängnisses, der mich von Ansehen kannte, vor. Er war natürlich schon von meiner „Absicht“, bei ihm Wohnung zu nehmen, unterrichtet; meine Akten waren schon in der Gerichtsschreiberei eingetroffen. Da ich bis zu meiner Verurteilung ein Unschuldsengel war, erhob ich natürlich Anspruch auf alle möglichen zulässigen Vergünstigungen. Der joviale Mann versprach, alles für mich zu tun, was in seinen Kräften stünde. Ich machte Anspruch auf Selbstbekleidung, Selbstbeföstigung und Selbstbeschäftigung. Die erste Forderung war schon durch die Hausordnung erfüllt; jeder Gefangene mußte seine eigene Kleidung im Gefängnis weitertragen. Auf solange, daß die Kleidung nicht hielte, würde hier niemand angenommen. Und ob dem Gefangenen nach seiner Entlassung die Kleidung vom Verwalter, darum kümmern man sich nicht; wer nach herumlaufen komme dann dafür eine so lange Freiheitsstrafe, daß er in ein Gefängnis geschickt werde, welches Anstaltsleitung führe. So war die Kleidungsfrage bald erledigt.

Mit der Erlangung der Selbstbestätigung hawerte es aber schon. Ich konnte für mein Geld alles bekommen, gewiß. „Aber sehen Sie mal“, meine der Wachtmeister, „wir haben doch niemand hier, der Ihnen das Essen aus einer Restauration holen könnte! Ich kann doch nicht selber gehen.“

Ich konnte zwar die Unmöglichkeit dessen nicht einsehen, meinem zukünftigen Pöhlswitz dies aber auch nicht sagen. Ich log daher wider meiner Ueberzeugung, daß ich von ihm allerdings keine Kaskatordienste für mich beanspruchen. Sondern barerweise wollte er aber auch einen Vorstoß auf Selbstbestätigung, den ich ihm machte, nicht annehmen, wenigstens nicht, soweit das Holen des Essens für mich aus einer Restauration dabel in Frage kam; ich hätte mich dessen nicht gellert.

„Aber“, meinte der Wachtmeister, „unser Essen ist garnicht schlecht. Versuchen Sie es doch wenigstens. Und wenn können Sie sich ja außer Brot alles hineinbekommen lassen, wenn Sie begehren; ich lege Ihnen nichts in den Weg.“ Nach diesem Versprechen einigten wir uns dahin, daß ich die Anstaltskost bezöge, diese aber durch Bezug von Futter Wurst, Schinken usw. ergänzte.

Die Frage der Selbstbestätigung war bald gelöst. Ich konnte mir die Zeit vertreiben, wie es mir beliebte; lesen, schreiben usw. Hierbei muß aber erwähnt werden, was ich lesen wollte. Ich nannte einige wissenschaftliche Bücher, von denen ich annahm, daß sie vor dem Herrn Wachtmeister hader würden, und eine Zeitung, die „Frankfurter“. Wegen dieser mußte der Wachtmeister erst mit seinem Vorgesetzten dem Amtsgerichtsrat, reden. Derselbe laute aber zu. Welche

Herzens, so, als wäre mein Monat schon um, verließ ich das Gerichtsgebäude.

Einige Tage später, zur bestimmten Stunde, zog ich in „Kuhsteden“ ein, mit einem ansehnlichen Paket Bücher beladen, worin sich auch einige Befanden, die ich vorstichshalber dem Wachtmeister nicht genannt hatte. Meine Betten waren schon vorher in meine neue „Wohnung“ geschafft worden; ich brauchte also nicht auf dem bloßen Strohsack zu liegen, wie die „gewöhnlichen“ Gefangenen.

Der Wachtmeister war noch an einem Pult im Wartezimmer des Gerichts beschäftigt, wo ich mich „zur Stelle“ meldete und der Anweisung meiner Zelle harrie. Er hieß mich sehen, was ich tat. Ich war ganz ruhig. Doch wie lang mir die Zeit wurde! Mit dem Eintritt in das Gerichtsgebäude war der Zeitpunkt meines Strafantritts gekommen; ich hatte also meine Strafe schon angetreten. Doch wie „langsam“ „jah“ ich! Mindestens zweimal in der Minute blühte ich auf die Bureauuhr, gleichsam als wollte ich mich überzeugen, ob der Monat noch nicht um sei. Der Wachtmeister mochte sich in meinem Interesse nicht so sehr beeilt haben, mich meinem Bestimmungsort zuzuführen; wenn er eine Ahnung davon gehabt hätte, wie qualvoll mir das Sitzen vor dem „Sitz“ ward, er hätte sich gewiß mehr beeilt.

Endlich sprach er die erlösenden Worte: „Na, denn wollen wir mal!“

Und er führte mich in ein leidlich möbliertes Zimmer, sogar ein kleines Schreibpult stand darin. Na, dachte ich, hier wirst du es wohl die paar Wochen aushalten, noch dazu, da es nicht an wohlwollender Zusage fehlen kann. Dafür hatte ich ja gehört. Ich entdeckte auch ein Bücherregal und beugte mich schon nieder, mein Paket Bücher zu öffnen. Der Wachtmeister schien das zu bemerken, tat jedoch, als bemerke er nur wie zufällig, daß diese Stube sein — Anstaltsbureau sei und daß hier nur meine Personalien noch einmal aufgenommen würden. Na, nun wußte ich auch, warum diese „Zelle“ so fein war. Ich ließ mir aber von meinem Irrtum auch „nichts merken“, sondern redete mich damit aus, daß ich mein Paket nur aus dem Wege rücken wollte.

Nach Erledigung der Aufnahmeformalitäten ging's dann nach meiner wirklichen Zelle. Sie sah schon von außen anders aus, als die „Zelle“ des Wachtmeisters. Damit, wenn die Fenster an den beiden Kurzseiten des langen Korridors geöffnet würden, keine Zugluft durch die Tür in die Zelle dringen kann, ist außen noch eine schwere, eisenbeschlagene, sogenannte Doppeltür angebracht. Vor Zugluft und ihrer gewöhnlichen Folge ist der Innere also geschützt. Freilich kann man Reihchen auch bei ruhiger, kalter Zimmerluft bekommen, doch will ich gleich vorweg bemerken, daß auch das hier nicht der Fall war.

Die Schlüssel klirren, drehen sich im Schloß, ein eiserner Querringel wurde abgehoben, die Lukenöffnung öffnete sich, dann die Innentür, und ich trat hinein in die „gute Stube“.

Wie ich schon andeutete, war sie nicht ganz so schön, wie die des Wachtmeisters. Und doch war es eine der schönsten im ganzen Gefängnis; außer der, die der Wachtmeister sich zum Bureau eingerichtet hatte, gab es außer meiner nur noch eine einzige. Die war aber „zu schade“ für die Gefangenen, sie diente daher als — Lagerplatz der Strohsäcke während des Tages. Nur für mich war noch eine solche „gute Stube“ frei; vielleicht hatte sie der Wachtmeister gar erst für mich frei machen lassen! Die „gute Stube“ hat aber nur diesen Namen wegen des großen Fensters, das sie hat; es ist ein gewöhnliches Wohnfenster, ebenso hoch und breit, wie die Fenster der Wohnungen freier Menschen gewöhnlich sind. Die anderen Zellen haben dagegen nur sogenannte halbe Fenster, die aber so hoch angebracht sind, daß man nicht durch die Scheiben sehen kann. Das konnte ich zwar bei mir auch nicht, denn die Scheiben waren hier, wie überall, geblendet; es gab hier aber ein breites Fensterbrett, das man besteigen konnte. Stand man auf ihm, so konnte man das oben angebrachte Klappfenster öffnen und von der Seite bequem auf die Straße sehen. Das war in den anderen Zellen nicht möglich.

Der Wachtmeister schien die Unterschiede der einzelnen Zellen auch recht gut zu kennen, denn er meinte im Hinausgehen: „Es ist hier zwar nicht viel Möblement drin, doch es wird Ihnen schon gefallen.“

Damit empfahl er sich.

Die Innentür fiel ins Schloß, ein Schlüssel kreischte, die starke Lukenöffnung schlug an — endlich allein! Allein mit einem an der Wand befestigten Tischchen und ebenso befestigten Bänken, das nicht einmal eine Lehne aufwies. Doch noch eines war da: eine Art Küchenbrett, an einer Wand angebracht. Und auf demselben stand ein Krug, mit Wasser gefüllt. Aber war das alles? Wird der in solchen Dingen unkundige Leser fragen. Nur, wenn ich ganz aufrichtig sein soll, war noch in einer der Ecken neben der Tür ein schwarzgestrichener meterhoher und halb so breiter Kasten angebracht, den ich später als die Schutzverkleidung eines von außen heizbaren Ofens eruierte. Ja, im Gefängnis wird dafür gesorgt, daß man sich nicht die Finger verbrennen kann, wenn man sie — oder auch den Mund — sich draußen verbrannt hat. Dort ist man vor dem Verbrennen geschützt. Und da gibt es noch Leute, welche behaupten, daß in unserm Staatswesen nicht alles sehr weise eingerichtet sei! Diese Mörder sollten doch auswandern!

Das ist freilich leichter geraten als getan. Ich wäre damals gern ausgewandert, bekam aber nicht einmal Zeit genug zum Ausgehen. Der erste Tag verging, ohne daß sich jemand bis zum Abend, wo mir die Betten gebracht wurden, bei mir sehen ließ; die Futtrage wurde mir immer nur durch ein Loch in der inneren Tür hineingereicht. Erst am zweiten Mittage kam der Wachtmeister, um mich zu einem Spaziergang im Gefängnishof hinzuzuführen. Da ließ er mich eine reichliche Stunde. So ging es dann Tag für Tag.

Getreulich hatte der Wachtmeister sein Versprechen gehalten, das er mir hinsichtlich der ergänzenden Selbstbeschäftigung gegeben hatte; was ein guter Freund an Nahrungs- und Genußmitteln für mich brachte, hat er, ohne jemals zu murren, abgegeben, jedoch ich eigentliche Not nicht zu leiden hatte.

Als ich später wieder einmal die gastlichen Räume meines Wachtmeisters auf einen Monat beziehen mußte, ward es mir zwar schwerer als das erste Mal, aber nicht wegen der Haft an sich, sondern wegen meiner Familie, die ich eben erst begründet hatte. Doch meine Frau meinte es nun mit mir noch besser als der Freund damals: sie brachte nicht nur Butter und Wurst, sondern auch Obst, Spidaal und Weintrauben als Ergänzung der Gefängnisloft.

Dank ihr und dem Freunde und dem damaligen Wachtmeister von B . . . . .!

Dank auch dem Gericht, das mich auf den Weg der Besserung gebracht hat! Zwischen der ersten und der zweiten Strafe lagen nur zwei Jahre, seit der zweiten sind schon sieben Jahre vergangen. Doch ich will den Tag nicht vor dem Abend lassen. Mir guten Dinge sind drei. Vielleicht ist das letzte derselben schon im Anzuge — wer kann wissen, was für mich noch im Schöße der Zeiten ruht. Diese Ungewißheit soll mir aber meine heutige Resignation nicht im geringsten beeinträchtigen.

selbst wenn mich heute noch ein „Blauflügel“ erreicht. Lieber wäre mir freilich einer aus der Reichsdruckerei als aus der Gerichtsschreibererei.

## Reminiszenzen.

(Vor fünfzehn Jahren.)  
Von Wilhelm Rüssel.

Die Nord-Westdeutsche Gewerbe- und Industrie-Ausstellung zu Bremen, Mai—Oktober 1890, war es, neben der Hafenstadt Hamburg, was uns nach Norden zog. Zur Reise selbst hatten wir mehr Zeit als Geld, denn ein ebenso übermütiges als brutales Unternehmertum hatte uns auf die Straße geworfen. Um der Arbeiterschaft ein Zuchtthausgesetz an miniature aufzuzwingen, wurde die Arbeiterschaft Geras und später des ganzen Ostertales dem Hunger überantwortet.

Bei den damaligen Organisationsverhältnissen war es kaum möglich, bei den am härtesten Betroffenen helfend einzugreifen. Der Hunger, dieser alles bezwingende Bundesgenosse des industriellen Raubrittertums, war bei den meisten wohl schon am zweiten Tage Gast. Und da wir schon damals auf dem Standpunkte Beders in Hauptmanns „Weber“ standen, daß es gleichgültig sei, ob man am Webstuhl oder im Straßengrabes verhungere, so schüttelten wir Geras Staub von den Pantoffeln und zogen gen Norden.

Wutschnaubend jagte uns der Direktor zum Tore hinaus, als er sah, daß jung und alt einmütig und trotzig die Unterschrift verweigert hatte. Kirchröt glänzte sein feistes Waffengesicht vor Zorn, als auch ich nicht auf den süßlichen Schleim trock, obwohl ich ein Weber sei, der es bei ihm noch „zu was“ bringen könnte. Da ich im Jahre zuvor das schöne Bayernland abgetripelt hatte, war mir nicht bange vor der Walze, und im Notfall verstanden wir uns auch aufs „requirieren“. — Es zog also drei Weber zum Tore hinaus.

Freunde, die ich bei späterer Rückkehr nicht mehr unter den Lebenden traf, begleiteten uns. Noch ein Händedruck — ein Lebewohl — keinen Blick rückwärts — zogen wir einer neuen „Heimat“ entgegen. Nahezu drei Wochen war die Landstraße unsere „Heimat“.

Freund Reimann und Heller, meine Reisegefährten, hatten Glück. Als ich etwas verspätet in der Republik: Freie Reichs- und Handelsstadt Bremen, einzog, kamen beide mir entgegen mit der frohen Botschaft, daß sie beide schon Arbeit hätten. Nun, diese Arbeit war auch danach. Heller sollte das Glück teuer bezahlen — Arbeit in einer Brauerei.

Die Zuteilung brauchte ebenfalls Leute. Stets, von Anfang an bis heute, war der Arbeitermangel da chronisch. Nicht nur, daß die Arbeiter dort chronisch Mangel litten, nein, es mangelte auch — ganz natürlich — an Arbeitern.

Und so konnte ich anfangen, nachdem mich der Portier, vorzüglich, wie es einem erfahrenen Manne ziemte, darauf aufmerksam gemacht hatte, daß ich aber sogleich Arbeit bekäme. Diese Vorrichtung war sehr am Plage. Denn man mußte in Gera gearbeitet und dann drei Wochen lang „Kohldampf gehoben“ haben, um nicht eine Arbeit sofort wieder hinzuzuhauen, daß die Fegen slögen — eine Arbeit, bei welcher man nach nahezu zweiwöchiger Schusterlei baare neunzehn Groschen in die Hand gedrückt bekam. Da wuchs in mir ein kerngesunder Haß empor gegen die Blutegelei an Körper der Zuteilenden, ein Haß, der sich täglich mehren muß, je genauer man die Praktiken dieser modernen Menschenquälerei und die Praktiken der Kaffer der sich daraus ergebenden Riesengewinne kennt — ein Haß, der wachsen muß mit der Erkenntnis der brutalen Heißeit und Rücksichtslosigkeit, mit welcher von Anfang an bis heute, fast unterschiedslos und ohne Ausnahme, die armen Zuteilungler vom zartesten Kind bis zum schwachen Greise erbarmungslos ausgeplündert werden an Gesundheit und Geist, zum Nutzen einer Handvoll schlemmender und präzender Nichtstuer!

Ein braves Mädchen, meine Nachbarin, lehrte mich die wenigen einfachen Handgriffe am Zuteilungler, der sich mit seinem klöbigen Webstischchen und seine groben Kettenfäden, welche mit zwischen den Fingern wie Hanstrassen vorlaken, neben einer Jacquardmaschine in Bezug auf seine Mechanik ausnimmt, wie ein weiland preußischer Postomnibus neben einem Automobil. Und es ging! Mußte gehen! Wir wollten ja die Ausstellung sehen.

Von Textilarbeiterorganisation war keine Spur. Die Bezeichnung „Textilarbeiter“ ein unbekannter Klang. Es gab also ganz jungfräulichen Boden zu headern. Raum ordentlich warm geworden, bekam ich von Anton Behr, dem Rastlosen und Unermüdeten, einen Schreibbrief: Anton war wieder mal auf Tour und wollte auch in Bremen zu den Textilarbeitern reden. Ich sollte eine Versammlung arrangieren. Das war aber leichter geschrieben als getan. Einem jungen Fremdling vertraut man oft keine hohle Haseleuh an.

In meiner Not wandte ich mich an „Jean“ Meier, dem Nestor der bremischen Parteibewegung. Und von ihm ging keiner unbedeutend, der hilfsuchend gekommen war. Johann Meier übernahm die Bürgschaft für die Laufzettel beim Drucker. Mittags wurde der Sprengstoff unter die Vertrauten verteilt und mit in die Hube genommen. Abends, als erste mit mächtigen Sägen über den Hof zum Tore hinaus, um die erste Breche zu werfen in „den Feind“, den wir am tiefsten haßten. — Der „Erfolg“ entsprach der Erwartung. Etwa einige dreißig waren gekommen. Aber zwecklos war die Versammlung in der „Bereinschalle“ doch nicht gewesen. Es kam im Laufe der Zeit zur Gründung einer Organisation. Allerdings war es ein schwächlich-gebreliches Ding, ungefähr so, wie eine Minister-gesundheit acht Tage vorm Abstiege beschaffen ist.

Das war nicht anders möglich damals. Die Mehrheit der Arbeiterschaft war vom Auslande herangeholt. Ein während meines Dortseins neuankommender Trupp Russen oder Galizier brachte ein asiatisches Angebinde mit — die Boden.

Die gesamte Arbeiterschaft — damals wohl bald tausend Köpfe, oder richtiger gesagt: zweltausend Hände stark, wurde geimpft. Wer sich nicht fügte, flog. Wahrscheinlich glaubte man, Hunger mache immun gegen Pocken. In der Fabrikstraße, in dem Unglückshaus, wo die Seuche ausbrach, wohnte auch ich. Alle Bewohner wurden interniert in den Wohnungen und bis zum Erfolge geimpft.

Ob man die Kosten der Impfung aus dem Arbeiterwohlfühligkeitsfonds bestritten hat, weiß ich nicht. Ich weiß aber, daß die Internierten auf halbe Ration gesetzt wurden, indem sie keinerlei Entschädigung für das unfreiwillige Feiern erhielten, sondern nur das sehr schmale Krankengeld. Wahrscheinlich sollte auch hier eine Hungerkur die Infektionsgefahr vermindern. Nach etwa zweiwöchiger Zwangshaft durften wir wieder arbeiten.

Später bin ich dann noch mal zwei Wochen eingelocht worden, und das kam so:

Am 1891 zu Böhmen stattfindenden Textilarbeiter-Kon-

gress beschiden zu können, mußten wir sammeln. Die Hemelinger und Delmenhorster Kollegenchaft, welcher eine Organisation zu schaffen uns ebenfalls gelungen war, wollte auch vertreten sein. In Bremen und Delmenhorst ging die Sammelei unter Beachtung aller geschriebenen und ungeschriebenen Kautelen mit mehr Vorzicht als Erfolg vor sich. Anders in Hemelingen. Die allmächtige Polizei kam eines Tages in den Betrieb und nahm auf der Arbeitsstelle einem Sammler zirka 14 Mark ab. In einer Versammlung in Bremen rückte ich dieses nach meiner Meinung unbefugte Polizeigebahren in die rechte Beleuchtung. Nach dem Polizeirapport des Ueberwachenden, an dessen Wahrheitsstreue zu zweifeln mir nie im Traum eingefallen ist, sollte ich gesagt haben: Die Polizei hat nach dem Gelde — das ihr ja auch nicht gehörte — „lange Finger“ gemacht.

Heute will ich weder zugeben noch bestreiten, dies gesagt zu haben, aber das Gefühl habe ich noch heute, daß es eine lautere Wahrheit und vor allem meine ehrliche Ueberzeugung war, was ich aussprach. Doch weder dies noch meine vier Zeugen und noch weniger mein Unwakt, welcher jedenfalls auf dem sehr vernünftigen Standpunkte stand: „Des Prozesses Würze ist seine Kürze“, und der für seine 30 Mark Gebühren auch nicht dreißig Worte zu meiner „Verteidigung“ vorbrachte, vermochten das fürchterliche Verbrechen von mir abzuwälzen, einen königlich-preussischen Landgendarmen beleidigt zu haben.

Das war vor Köpenick. Damals stand der blanke Knopf noch gravitätischer da als heute. Mir tut es um der Staatsraison willen aufrichtig leid, daß die 14 Tage so wenig an mir gebessert haben. Weiterhin fiel mir auf, daß so eine verlegte königlich-preussische Beamtenehre in so verhältnismäßig kurzer Zeit wieder repariert war.

Vorm „Ostertor“ traf ich, als ich einige Tage „Zinsasse“ war, einige Bekannte; Zigarrenmacher, die so verrucht gewesen waren, Bontott oder etwas Nehnliches ausgeführt zu haben, hatten ihre gerechte Strafe abgesehen. Mit wehenden Fahnen und unter zahlreicher Begleitung von Berufskollegen wurden sie vorgeführt und begrüßten mich mit lautem Hallo, bis der Wärter mit hartem Tone ihnen bedeutete, daß sie in erster Linie das Maul zu halten hätten, nachdem sie das Allerheiligste des Gegenwartsstaates betreten hätten.

Einen mir gut bekannten Sklaventreiber traf ich dort nicht. Der kam erst später hin. Er litt an einer „fürstlichen“ Krankheit. Ähnlich wie die Fürstin Wrede, an der „Klemm“ du man nie“ oder Stehlsucht. Nicht aber, daß er in Hotels Silberzeug gestohlen hätte! Es drehte sich um eine Vappalle — Arbeiter-versicherungsbeiträge. Also garnicht der Rede wert! Kranke gehören nun aber nicht ins Gefängnis, deshalb brauchte er nicht lange zu zappeln und er war wieder draußen. Man brauchte den geschäftigen Mann.

Genügt haben mir die vierzehn Tage Ferien nichts, aber auch nichts geschadet. Weber mir noch der Bewegung. Natürlich wurde ich dann aber brotlos gemacht, als der Winter kam. Daran war aber weniger die Haft als die Polizeipraxis schuld, die mit so viel — Energie von Beginn der Arbeiterbewegung an bis auf den heutigen Tag die im Vordergrund der Bewegung stehenden Genossen verfolgte und die im Falle des glückreichen Hauptmanns von Köpenick, des Schusters Wilhelm Boigt aus Tilsit, dieses System auf den Gipfel führte — auf den Gipfel der Berruchtheit, zugleich aber auch der Lächerlichkeit. Die hundsstöllische Nachhänfellei beim Arbeitgeber, das Fragen nach dem Verdienst, das Erkundigen nach der Führung, das Zustellen von Vorladungen an der Arbeitsstelle und was dergleichen Belästigungen mehr sind, können schon einem Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung eines Gedächten vereiteln.

Bremen, Delmenhorst und Hemelingen brachten es aber fertig, sich auf dem Kongress durch je einen Delegierten vertreten zu lassen. Am 6. August 1891 traten dann die Bremer Lokalorganisierten Textilarbeiter zum Zentralsverbande über. Und wenn dann später in diesem oder jenem Orte wieder Rückschlüsse eintraten, so ist das bei der fanatischen Heße, mit der die Organisierten des Ortes verfolgt wurden, erklärlich.

Heute, nach rund 15 Jahren, ist der damals zaghaft emporklimmende Organisationsgedanke Gemeingut aller denkfähiger Arbeiter beider Geschlechter geworden. Auch die aus der Ferne herangezogenen Arbeiterkreise üben in den allermeisten Fällen volle Solidartät und könnten im jähen Festhalten an dem einmal erfassten Organisationsgedanken den ansässigen Arbeitern oft ein Muster sein. Und selbst der Teil der Arbeiterschaft, der nur mit den Geisteserkenntnissen eines im Dienste des mit ihm verhassten Unternehmertums stehenden Pfaffenstums geistig ernährt wurde und daher geistig verkrüppelt und zurückgeblieben ist, beginnt Kämpfe zu führen gegen seine Unterdrücker. Teils gemeinsam mit den so verhassten Klassenbewußten Arbeitern, teils allein. Das Klassenbewußtsein wird aber auch den Harmonieüßlern noch eingepaukt werden.

Wenn wir aber heute zurückblicken und uns der Kämpfe und der Erfolge freuen, so wollen wir auch mit wenigen Worten daran denken, die kräftig mitgearbeitet haben. Den Namen Anton Behr nannte ich bereits. Wenn es ihm auch nicht vergönnt ist, diesen unseren Jubiläumstag in unserer Mitte zu feiern, wird er vielleicht doch Gelegenheit nehmen, an diesem Tage der deutschen Textilarbeiterchaft seine Grüße zu senden, so herzlich, wie wir ihn heute grüßen. Die deutsche Textilarbeiterchaft verdankt ihm, dem selbstlosen Lehrer und Berater, unendlich viel, denn er war bei ihnen mit Rat und Tat in der schwersten Zeit.

Unvergessen werden allen Teilnehmern die schönen und lehrreichen Stunden sein, die Behr mit seinen Schülern und Freunden Ende der achtziger Jahre im Klub „Morgenrot“ zu Gera verbrachte. Er verteilte die Schätze seines reichen Wissens und gab jedem, der haben wollte, reichlich. Seine Rhetorik und seine Dichtkunst erfreuten alle, die ihn hörten und lasen. Einen ehrenden Platz fand Behr in der Gedächtnissammlung „Stimmen der Freiheit“. Dank ihm!

Dank aber auch denen, die heute, am Freudentage der deutschen Textilarbeiter, nicht genannt werden können, den ungezählten Hunderten, die in rastlosem und unermüdetem stillen Streben und Werben unsere Organisation mit auf die Höhe gebracht haben, auf der wir sie heute sehen. Dank denen, die heute noch mit Fleiß und Ausdauer im Dienste unserer hehren Sache stehen, die nach unserm Urtmeister Getreulich zum Ziele hat: Die Wensjägerung von Hunderttausenden von Textilarbeitern!

Dank denen, die täglich die schwierige Kleinarbeit verrichten, welche die Basis unserer Größe und Macht ist! Dank denen, die im Kampfe ihr eigenes Ich, ihre wirtschaftliche Wohlfahrt, ihre Kraft und Gesundheit, ihr Leben selbst in die Schanze schlugen!

Und hier muß ich eines stillen Märtyrers unserer Sache gedenken: meines Freundes Heller. Im Alter von 21 Jahren in der Fülle jugendlicher Kraft, richtete ihn die angewohnte Arbeit im Siebhaus und im Gesteller der St. Pauli-Brauerei binnen wenigen Wochen zu Grunde! Den Tod im Herzen, ein vollständig gebrochener Mann, reiste er wenige Wochen nach der Ankunft in Bremen nach Gera zurück. Er brauchte die Rache der Gerechtigkeit — die Textilarbeiter hatten unterdessen die Arbeiter auf

die Arie gezwungen — nicht mehr zu fürchten. Am 20. Juli 1890 — an meinem 20. Geburtstag — erhielt ich die Nachricht vom Tode meines Freundes.

Doch erheben wir heute die Augen von den Opfern, die gefallen sind. Es werden die letzten sicher nicht sein. Was wir bis heute erreicht, zeigt nur, wieviel zu tun noch übrig blieb. Zu lange hat das Textilproletariat der großen und starken Organisation entbehrt, die allein im Stande ist, der Bittellei ein Ende zu bereiten. Und wenn wir heute sehen, daß in dem Geß der „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ der Arbeiterschaft ein Trunk vorgelegt wird, der selbst den sogenannten freisinnigen und liberalen Politikern aufstößt wie Bouillon mit Milch und Zucker, so wird uns ohne weiteres klar, welche Kämpfe die Zukunft uns bringen wird. Wir bestehen sie gewiß unter der allbewährten Parole:

„Vorwärts!“

## Ein Gaul, ein Gendarm und eine Streikversammlung.

Wie reimt sich das zusammen? werden unsere Leser sagen. Doch nur Geduld, es kommt schon.

Das vorige Jahrhundert hatte seinen letzten Vers angestimmt und soeben durch Beginn des Jahres 1890 den letzten Anlauf zu seiner Versenkung in die Vergessenheit genommen, als es eines Samstags abends an meine Wohnungstür pochte und gleich darauf der Depeschbote auf der Bildfläche erschien, der mir eine Depesche präsentierte.

Ich war zu jener Zeit neugebackener Reichstagskandidat und hatte, dem Wunsche meiner Wähler folgend, mein Domizil in den Kreis verlegen müssen, den ich im Reichstage vertreten sollte — Notabene! wenn ich gewählt werden würde.

Mit dieser „Veränderung“ war ich, und noch viel weniger meine „bessere Hälfte“, ganz und garnicht zufrieden. Wir überlegten gerade, wie wir am schnellsten aus diesem Mauselloch wieder herauskommen könnten, in welches wir geraten waren. Denn ein wirkliches Mauselloch war diese Wohnung. Nicht etwa ihres langen, schmalen dunklen Schitzes wegen, sondern weil es darin von Mäusen geradezu wimmelte. Das Gebäude gehörte zu einer Brauerei. Hinter meiner Wohnung befand sich die Malzmühle und unter der Wohnung ein Öbfteller. Die Wohnung selbst hatte jahrelang leer gestanden, und es läßt sich demnach denken, in welcher Weise sich das Ungeziefer eingenistet hatte. Wenn wir des Abends recht still beieinander saßen, hatten wir fast immer den Hochgenuß, eine Sinfonie oder eine Mazurka zu hören, welche die kleinen Vierfüßler durch Knabern einer Brotkruste auf den im Spinde stehenden Tassen zum besten gaben. Wie gesagt, es war ein geradezu verlockendes Heim, namentlich für Leute, die sich erst im Hafen der Ehe verankert hatten.

Aber solche idyllische Wohnungsverhältnisse muß man als sozialdemokratischer Agitator schon in Kauf nehmen. Ich habe ja mandmal meinen Konkurrenten von der schwarzen Kunst, der vis-a-vis von meiner Wohnung in einem Prachtbau sein Lager aufgeschlagen hatte, anfangs beneidet. Aber dieser Neid legte sich, als mir eines Abends ein Genosse die freudige Mitteilung machte, daß die ganze Schühmannschaft des Städtchens, wohl zu einer Art Ehrenwache vor meiner Wohnung aufgebieten sei. Ich war von dieser Aufmerksamkeit unserer Polizei derart gerührt, daß ich alle Mängel meiner Wohnung und auch die Mäuseplage gern mit in Kauf nahm, denn nun sah ich, daß meine unscheinbare Mausfalle doch einen ganz eigenartigen Reiz für die polizeilichen Niesorgane haben mußte.

In dieses herrliche Idyll nun tappte der Depeschbote mit seiner Depesche hinein.

Es war zu jener Zeit schon nichts Besonderes, daß ich ab und zu eine Depesche erhielt, von Kollegen, welche mich zu einer Versammlung wünschten. In der Regel ist man von solchen plötzlichen Engagements sehr wenig erbaut, und ein solches vermutend, war ich es auch an jenem Abend.

Hastig riß ich die Depesche auf und las: „Sofort nach X. kommen! Streik!“ Ich war zwar zu jener Zeit nicht der Agitationsleiter in jenem Bezirk, aber da ich am leichtesten abkommen konnte, wandte man sich in der Regel immer an mich.

Es blieb nun am anderen Tage nichts anderes übrig, als nach X. zu fahren, denn in solchen Fällen muß sofort die erbettene Hilfe geleistet werden.

X. ist ein kleiner Ort am Fuße des Hochgebirges, in welchem sich eine große Flachspinnerei und Weberei befindet, welche die Arbeiter und Arbeiterinnen der umliegenden Gebirgsdörfer beschäftigt. Die Entlohnung dieser Arbeiter war seit Jahren die miserabelste in der ganzen Provinz und machte auch später im Reichstage einmal viel von sich reden. Aber deshalb war der Streik nicht ausgebrochen, sondern die Arbeiter hatten die Arbeit niedergelegt, weil die Direktion den Vorstand der Organisation gemahregelt hatte.

Als ich nun in X. ankam, sah es ziemlich trübselig aus. Ein Lokal, in welchem man die Arbeiter versammeln konnte, stand nicht zur Verfügung. In allen Orten des Umkreises hatte man den Arbeitern die Lokale verweigert. Wie sollten nun die Arbeiter über ihr weiteres Verhalten verständigt werden? Von beiden Seiten der Direktion und ihren Kreaturen war am Sonntag ein Fabriksfall arrangiert worden, auf dem unter den unversändigen Arbeiterinnen eifrig Streikbrecher angeworben wurden. Andere Aufgabe aber mußte es sein, am Montag morgen den Betrieb wieder zum Stillstand zu bringen. Ehe die nötigen Informationen eingeholt waren, war es inzwischen Nacht geworden.

Ich machte mich nun sofort daran, einen kurzen Aufruf an die Arbeiter zu entwerfen, welcher vervollständigt und am anderen Morgen den auf den verschiedensten Wegen der Fabrik strömenden Arbeitern, und zwar nur den bekannten Agitatoren, gegeben werden sollte. Die Kollegen sollten die Aufrufe mit in die Arbeitsräume nehmen und zirkulieren lassen, und dann, zur Frühstückspause, geschlossen die Fabrik verlassen.

Es wurden nun sofort die nötigen Botsen für die zu belegenden Wege verständigt und dann ging's ans Schreiben. Denn alle Aufrufe mußten geschrieben werden, ein Vervielfältigungsmittel war in dem Neste nicht aufzutreiben.

Und so saßen wir denn zu sechs Mann beieinander und schrieben. Die Wanduhr hatte schon die vierte Morgenstunde heruntergezockelt, als wir die genügende Anzahl Abschriften fertig hatten. Die Kollegen, welche die Verbreitung zu besorgen hatten, waren schon erschienen und machten in ihren wegen der kalten Witterung verminderten Anzügen einen keineswegs Vertrauen erweckenden Eindruck.

Da der Betrieb in der Fabrik schon um 6 Uhr begann, so beschloßen wir, nicht erst schlafen zu gehen, sondern uns möglichst frühzeitig zur Fabrik zu begeben. Nachdem uns die Frauen der Kollegen, welche auch mit was geblieben waren, starken Grog und Kaffee serviert hatten, machten wir uns auf nach der Fabrik, um zu sehen, wie sich die Dinge abwickeln würden.

Es mochte so gegen 5 Uhr morgens sein, als die Umrisse der

Fabrikanlage wie eine schwarze Silhouette vor uns sichtbar wurden. Die Nacht war stockfinster, nur hier und da lagte auf einem Moment ein Sternlein durch die Wolken, welche Pfeilschnell vorüberzogen.

Mit meinem Kollegen in ein Gespräch vertieft, hatten wir garnicht darauf geachtet, daß wir schon ganz nahe an der Fabrikmauer waren. Plötzlich hörten wir rechts neben uns ein sonderbares Knaden. Wir drehten uns um, und siehe da: wir erblickten einen königlich preussischen Gendarm, der mit dem Karabiner unter dem Arm, an die Mauer gelehnt, auf Vorposten stand. Das Knaden, welches wir vernahmen, war durch das Entschärfen des Karabiners verursacht worden. Das Gesicht dieses Gesetzeswächters, der, in seinen Mantel gehüllt, für die Dunkelheit nicht erkennen. Nur die Umrisse eines starken Badendartens traten hervor.

Der Anblick dieser sonderbaren Gestalt entlodte uns einige humoristische Bemerkungen, die wir im Weitergehen austauschten. Doch wir waren noch nicht weit gegangen, da stießen wir schon wieder auf den Träger einer Fiedelhaube. Nun betrachteten wir doch die Sache von einer anderen Seite. Eben wollte ich zu meinem Kollegen sagen: „Hier scheint man ja die ganze Gendarmrie des Kreises zusammengetrommelt zu haben“, als plötzlich die großen elektrischen Bogenlampen aufstrahlten und die rabenschwarze Nacht ringsum erhellten. Wir waren gerade am Fabrikstore angelangt, und nun bot sich uns ein überraschender Anblick da. Im Fabrikhof waren 4 Gendarmen und am Fabrikstore 2 derselben postiert, einer bewegte sich vor und einer hinter uns auf der Straße auf und ab, und an jedem Dorfzugang war ebenfalls einer postiert. Kun wußten wir, woran wir waren. Die auf der Straße und den Dorfzungen postierten Gendarmen waren alle mit Karabinern bewaffnet, während die in dem Fabrikhofe und am Fabrikstore stehenden ihre Revolvertaschen mit den darin stekenden Revolvern bis vorn ans Koppelschloß geschoben hatten.

Wir ließen nun, jeder Kollege auf einem anderen Wege, den inzwischen herankommenden Arbeitern entgegen, um sie von dem Belagerungsstande, in dem sich die Fabrik befand, zu benachrichtigen und sie zu warnen, sich provozieren zu lassen. Nachdem die auf Posten stehenden Kollegen über ihre neue Aufgabe informiert waren, gingen wir wieder nach dem Orte zurück. Hier waren inzwischen die ersten Arbeiter angekommen, waren aber von den Gendarmen am Eintritt in die Fabrik gehindert worden. Etwa 50 bis 60 Personen standen auf der Straße und warteten auf Einlaß, weitere Hunderte strömten von allen Seiten hinzu, aber bei dem Fabrikstore änderte sich nichts. Die beiden Gendarmen hielten nach wie vor den Eingang versperrt. Der ganze Vorgang wurde immer rätselhafter. Wer etwas von dem Menschenhaufen entfernt stand und sich denselben ansah, dem bot sich ein Anblick dar, der zu unbeschreiblicher Wut entseßeln konnte. Einen Teil der Arbeiter sah man mit eingezogenem Kopfe, ein kleines Päckchen unter dem Arm gequeißelt, eng beieinanderstehen. Andere machten Lauffchritt, auf der Stelle getreten oder schlugen mit den Armen an die gegenseitigen Schultern. Es war die Räte, welche diese sonderbaren Bewegungen verursachte. Die größere Anzahl war für die derzeitigen Witterungsverhältnisse nur dürrig gekleidet. Ein erheblicher Teil hatte schon seinen Weg von einer Stunde zurückgelegt, hatte sich dabei etwas warm gemacht, und nun mußten sie sich alle dem eiskalten Wetter aussetzen. Die Empörung über diese Rücksichtslosigkeit griff in dem Menschenhaufen in beängstigender Weise um sich. Wäre hier ein unbesonnenes Wort gefallen, die bis aufs äußerste empörten Arbeiter wären zu allem fähig gewesen. Ein Blutbad wäre entstanden, wie bis jetzt in Deutschland noch keines vorgekommen ist.

Und wer wäre an diesem Verbrechen schuld gewesen? Natürlich die sozialdemokratischen Hezer, so würden die reaktionären Reptilienlatter wieder behauptet haben. Nein! Wenn es hier zu einem Blutvergießen gekommen wäre, so wäre die Schuld keinem anderen wie der früheren Direktion zuzuschreiben, welche die Arbeiter in geradezu verbrecherischer Weise zur Empörung trieb.

Auf dem bereits erwähnten Lumpenball waren der Direktion von gewissenlosen Schuften über eine Anzahl am Balke nicht beteiligter Arbeiter die blutrünstigsten Schauerwärtchen ausgehängt worden. Obgleich die Direktion nicht an den Schwindel glaubte, kam er ihr doch zwecks Einschüchterung der Arbeiter gerade recht. Noch während des Balles sagte man ein Geschrei an die Behörde ab, in welchem sofort ausreißender polizeilicher Schutz verlangt wurde. Zur Begründung dieses Gesuchs benutzte man die erlogenen Schauerwärtchen der Fabriksschmarotzer, und infolge dessen wurden noch in derselben Nacht alle erreichbaren Gendarmen nach X. beordert.

Am Schlusse des Balles war bekanntgegeben worden, daß die Teilnehmer des Balles erst um 8 1/2 Uhr zur Arbeit zu kommen brauchten. Das war natürlich gesehen, um diese „würdigen“ Geschöpfe nicht der für den Morgen geplanten Schilane auszusetzen. Die Direktion hatte nämlich, um die Arbeiter einzuschütern, den teuflischen Plan gefaßt, alle von den Balke beteiligten besessenen Lumpen denunzierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu entlassen. Und damit die abschreckende Wirkung eine recht große sei, sollten diese der Entlassung verfallenen Arbeiter die Entlassungspapiere vor den Augen der versammelten Arbeiterschaft am Fabrikstore erhalten.

Davon, wie die Sache eigentlich zusammenhing, hatten die Gendarmen natürlich ebensowenig eine Ahnung wie die Arbeiter. Aber gerade das war eben das Verbrecherische der Direktion. Es konnte hier ein namenloses Unglück geschehen: Arbeiter und Gendarmrie wurden aufeinandergehetzt und wußten nicht, warum. Auch ich habe erst viel später den wahren Zusammenhang der Sache erfahren.

Auf dem nahegelegenen Kirchturn schlug es sechs Uhr. Etwa 700 Arbeiter hatten sich inzwischen auf der Straße versammelt, da entstand plötzlich eine Bewegung unter der Masse. Ich stand etwas seitwärts, so daß ich im ersten Augenblick nicht sehen konnte, was am Fabrikstore vor sich ging. Ich trat etwas vor, und nun sah ich, daß vor dem Fabrikstore, zu beiden Seiten des Einganges, je zwei Gendarmen Aufstellung genommen hatten. Daselbst war auch jenseits des Tores gesehen, so daß also acht Gendarmen den Eingang besetzte hielten. Dazwischen driften der Direktor und sein Stellvertreter. Der Gang zwischen den Gendarmen war so eng, daß höchstens zwei Personen hindurch gehen konnten. Einer der Gendarmen sagte laut: „Nun können sie hineingehen!“ Ein Gemurmel ging durch die Menge, wie wenn man fragen wollte: „Ja, was hat denn das alles zu bedeuten?“ Da eröffneten einige kleine Mädchen den Keil und gingen zwischen den Gendarmen hindurch. Und als die Mädchen unbehelligt hindurchgekommen waren, folgten auch die anderen nach. Plötzlich hörte ich die knorrige Stimme des Direktors: „Sie sind entlassen! Fort!“ Mit diesen Worten wurde ein alterer Arbeiter, von dem Eingange zurückgewiesen. Noch hatte er keine Papiere nicht, da ertönte schon wieder dieselben Worte, diesmal von dem stellvertretenden Direktor. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin wurde beim Hineingehen streng fixiert und die zur Entlassung bestimmten wurden abgefordert.

Als diese Prozedur zu Ende war — sie hatte zur 20 Minuten in Anspruch genommen — standen 24 Arbeiter und 5 Arbeiterinnen mit den Entlassungspapieren um mich herum. Der größte Teil war sich nicht im geringsten eines Vergehens bewußt. Mitten im Winter rauden sie frolos auf der Straße, frohlos gemacht durch die Verleumdungen gemeiner Subjekte und den terroristischen Größenwahn der Direktoren.

Wir hatten uns noch nicht richtig klar gemacht, was wir nun beginnen wollten, da schnurte hinter uns jemand die Worte: „Hier ist keine Versammlung!“ Es war der Dorfbüttel, der diese Worte ausgestoßen hatte. Eine maßlose Wut erfaßte mich über die Blödsinnigkeit, die hier zum Ausdruck kam. „Das brauchen Sie uns nicht erst zu sagen, wir wissen das schon allein“, schrie ich dem Bütteln in sein aufgedunenes Gesicht, konnte mich aber vor Erregung nicht mehr halten und forderte die Anwesenden auf, mit mir zu gehen. Wohin ich gehen würde, das wußte ich allerdings nicht. Wir waren etwa 10 Personen, die wir dem Ende des Dorfes zustrebten. Noch waren wir nicht ganz aus dem Dorfe hinaus, als plötzlich Herdegetrappel hinter uns hörbar wurde. Es waren fünf berittene Gendarmen, welche in hartem Trab angetritten kamen.

Als sie vorüber waren, verständigten wir uns in einem Lokale des Nachbardorfes, eine Besprechung abzuhalten. Als wir aber in das Dorf kamen und ins erste Gasthaus eintraten, machte uns der Wirt gleich aufmerksam, daß eine Versammlung nicht stattfinden dürfe. Der Gendarm sei eben hier angewesen und habe es verboten. Auch teilte uns der Wirt mit, daß der Gendarm gesagt habe, es würde jetzt sämtlichen Gastwirten das Verbot übermittelt werden.

Die Verwünschungen, welche hier von den unschuldigen Arbeitern über das ihnen widerfahrne Unrecht ausstießen, waren ungeheuer.

Plötzlich sagte einer der Ausgesperzten: „Ich hab's, ich weiß ein Lokal, dort können wir uns versammeln!“ Schnell wurde ausgetrunken, und hinaus ging's wieder auf die Straße. In einem kleinen Straßeneinschnitt, wo der Wind nicht so pöf, wurde Halt gemacht, und nun mußte der Kollege angeben, welches Lokal er in Aussicht habe. Der Vorschlag, den er uns nun machte, wurde mit der Aenderung akzeptiert, daß die Versammlung nicht sofort, sondern erst am Nachmittag stattfinden sollte. Alle sollten jetzt nach Hause gehen und am Nachmittag um 3 Uhr an der vereinbarten Stelle sein.

Da ich fremd war, ging ich noch einmal zur Fabrik zurück. Ich wollte sehen, ob die Arbeiter zur Frühstückspause die Arbeit verlassen würden. Die Gendarmrie Posten an den Zugängen des Dorfes waren eingezogen worden, aber am Fabrikstore waren noch zwei solcher Gesetzeswächter postiert. Ich begab mich in das der Fabrik gegenüberliegende Gasthaus, um die Frühstückspause abzuwarten. Nicht lange hatte ich dort gesessen, als auf einmal ein großer Trupp Arbeiter am Fabrikstore erschien. Die dort postierten Gendarmen wollten sie nicht herauslassen, und es kam zu heftigem Wortwechsel. Schließlich wurde aber aufgemacht, und die Arbeiter strömten heraus. Es mochten etwa 200 sein. Es waren meistens Weber, während die Spinner bei der Arbeit geblieben waren. Ich ging nun hinaus und nahm mit einigen Kollegen Frühstück, sagte ihnen, wo sie die Leute am Nachmittag hindirigieren sollten und was wir vor hätten.

Um 1 Uhr nachmittag machte ich mich schon auf den Weg, um das Terrain zu sondieren.

Etwa eine Stunde von X. entfernt, erreichbar auf schlechten Radwegen, lag, ringsum von Gestrüpp umgeben, ein kleines Wirtshaus. Da die Ortschaften von allen Seiten fast gleich weit entfernt waren und das Wirtshaus an seiner Hauptstraße lag, hatte der Wirt im Winter fast auf gar keine Einnahme zu rechnen. Das Häuschen lag so weltvergessen da, daß man wirklich polizeilicherseits annehmen konnte, dort werden die Streikenden nicht hingehen. Als ich hinam, zog ich den Wirt ins Vertrauen und sagte ihm, was am Nachmittag hier vorgehen sollte. Anfangs hatte er zwar seine Bedenken, schließlich war er aber damit einverstanden. In die Gaststube gingen etwa 50 Personen und ebensoviele in das nebenanstößende Zimmer. Etwa 150 bis 200 Personen konnten sich also, wenn nötig, hier versammeln.

Trotzdem am Nachmittag ein sogenanntes Hundewetter einsetzte, war die Versammlung stark besucht. Der Schnee fiel in großen Flocken und so dicht, daß es manchmal ganz finstern wurde. Um 3 Uhr konnten wir mit der Versammlung beginnen. Der Sicherheit wegen hatten wir an einigen Stellen Posten ausgestellt, welche uns die herangaloppierende Gefahr eines Gendarmen melden sollten.

Ich hatte vielleicht zehn Minuten gesprochen, da kam schon so ein Unglücksmanich angeprungen, um einen Gendarm zu melden.

Sofort war die Szene wie umgewandelt. Gegenüber von mir stand ohne jede Vorbemerkung ein kleines Männchen auf, um sich in seiner Schnellchiererei zu präsentieren. Und kaum hatte er den Mund aufgetan, so löte auch schon eine Lachsalbe die andere ab. Ein zweites solches Genie ist mir bisher noch nicht vorgekommen. Etwa drei Minuten hatte diese Dichterei gedauert — lange genug, um die ausgelassene Stimmung zu erzeugen —, da kam der Gewaltige auf schnaubendem Rosse angepörrt. Der Gaul stand noch nicht richtig, als der Reiter schon abprang und die Zügel am Schlagbaum befestigte. Die nächsten Minuten stand er schon in der Stube und schrie den ersten besten an: „Hier findet eine verbotene Versammlung statt!“ Unser Schnelldichter ließ sich durch diese Störung nicht verbüßten. Unversiegbar war der Born seiner Wike, die ihm zwischen den Zähnen hindurch schossen und wahre Lachströmpe bei den Zuhörern verursachten. Jetzt war der Geitzenge auf ihn aufmerksam geworden und er mochte wohl in dem Wirtshaus das corpus delicti vermuten. Mit langen Schritten ging er auf den Kleinen zu, riß sein Buch aus dem Rod und herrschte sich die ganze Versammlung vor Lachen wälzte, war die Antwort.

In diesem Augenblick erhob sich im Nebenzimmer ein kleiner Tumult, und man hörte die Worte durcheinander rufen: „Da is Fard! is Fard! is Fard geht ju durch.“ Und rümpf. Sel es, daß der Rosnante draußen die Zeit zu lang wurde, oder daß ihr die Schneebälle nicht behagten, welche über das Dach herfliegen kamen, plötzlich bäumte es sich in die Höhe, löste sich dadurch vom Schlagbaum los und setzte nun in mächtigen Schritten dem nahen Gebirge zu. Der Gendarm war verschwunden wie der Blitz. In seinem Mantel, dem langen Säbel und den schweren Stiefeln trabte er dem Pferde nach. Natürlich konnte er es nicht einholen. Wir aber waren nun befreit und konnten unsere Versammlung ungehindert zu Ende führen.

Der Kampf selbst nahm einen unglücklichen Ausgang. Die Zahl derjenigen, welche sich einschüßerten ließen, war zu groß. Der Kampf wurde deswegen abgebrochen. Es kamen damals bald größere Kämpfe und so gerteten die Wargarden schnell in Vergessenheit. Heute glauben wir, seien sie geeignet, sie der Vergessenheit zu entziehen.

# Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß jeder Gewerkschaftler sich die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, also der Gewerkschaften, ganz anders gedacht hat, als sie in dem Gesetzentwurf, betreffend die Berufsvereine, zum Ausdruck kommt. Wir haben uns wenigstens stets unter der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einen Zustand gedacht, unter dem dieselben mehr Rechte als jetzt hätten und von politischer Bevormundung befreit wären. Aber weder das erstere, noch das letztere ist durch den genannten Gesetzentwurf beabsichtigt. Im Gegenteil wird durch den Entwurf versucht, die Rechte der Berufsvereine noch mehr einzuschränken und die der politischen Beaufsichtigung in noch höherem Maße als bisher zu unterstellen. Wenigstens wird durch den Entwurf eine gründliche Behandlung der Berufsvereine vorgeschrieben, die zum Teil noch drückender ist, als die Praxis, die seit längerer Zeit von der Behörde an den Berufsvereinen geübt wird. Die Mitgliederliste, die nach dem Entwurf der Verwaltungsbehörde auf deren Verlangen vorgelegt werden muß, kann jetzt zwar auch schon eingefordert werden, allein es geschieht an vielen Orten schon längst nicht mehr. Würde aber der Entwurf Gesetz, so würden sich für die Polizei als Aufsichtsbehörde soziale Anlässe finden, die Liste einzufordern, daß sie von ihrer bisher an manchen Orten anders geübten Praxis abgehen müßte, mag sie nun wollen oder nicht; irgend eine bei ihr eingehende Anzeige, dieser oder jener Berufsverein zähle Mitglieder, die nicht mehr im oder für den Beruf tätig sind, würde genügen, die Einsicht in die Mitgliederliste zu verlangen, und nach dem Wortlaut des Entwurfs könnte die Polizei nicht nur das Recht auf die Einsichtnahme in die Liste, sondern auch das auf Einforderung der Liste geltend machen. Manchen Vorständen würde also durch Abschreiben der Liste eine erhebliche Mehrarbeit auferlegt werden können. Gewiß würden die Berufsvereine rechtlich sicheres gestellt werden; sie könnten die Beiträge von ihren Mitgliedern für die Dauer der Mitgliedschaft zwangsweise eintreiben, könnten als juristische Personen gegen jedermann klagbar vorgehen, aber auch verklagt werden, wofür letzteres doch wieder den soeben genannten Vorteil aufhebt. Ja, wenn sich's dabei nur um Schuldforderungen gewöhnlicher Art handelte, z. B. um Forderungen, die infolge Warenbarges entständen sind, wodurch der Verein allerdings zum Schuldner wird! Der Verein soll aber auch zum Ersatz des Schadens verpflichtet werden, der einem dritten durch eine vernünftige Handlung eines Vereinsbeauftragten zugefügt wird. Das neue englische Gewerkschaftsgesetz hat soeben die Gewerkschaften von der Schadensersatzpflicht befreit, und bei uns in Deutschland will man sie den Gewerkschaften auferlegen. Und das nennt man dann Verletzung der Rechtsfähigkeit! Freilich würde der Berufsverein nur für widerrechtlich verursachten Schaden zu haften haben. Was gilt denn aber in den Kämpfen der Gewerkschaften nicht alles als widerrechtlich! „Alles, was den herrschenden Gesellschaftsklassen schädlich ist“, würden die Gerichte wohl entscheiden. Sie würden wenig oder garnicht danach fragen, ob einem Unternehmer durch den Arbeiter-Berufsverein im wirtschaftlichen Kampfe oder sonstwie Schaden zugefügt worden wäre. Eine Betriebssperre würde sicher als widerrechtlich angesehen werden, denn das geschieht ja heute schon oft. Dann wäre der dem Unternehmer durch die Sperre zugefügte Schaden aber auch ein widerrechtlicher. Es würde dabei wohl nicht erwogen werden, ob der Berufsverein die Sperre in Wahrung berechtigter Interessen ausübt oder nicht. Unserem Erachten nach ist freilich eine Betriebssperre stets berechtigt, solange sie nicht den Charakter eines Rachganges annimmt, sondern nur auf Erzielung besserer Arbeitsbedingungen gerichtet ist. Aber die Gerichte würden sich unsere Anschauungen gewiß nicht zu eigen machen. Freilich könnte das Gesetz ja so gestaltet werden, daß die Verpflichtung zu Schadensersatz in solchen Fällen dem Vereine nicht auferlegt werden könnte. Wenn man das aber wollte, hätte man die darauf bezüglichen Bestimmungen ja gleich anders fassen können. Als rechtliche Schadenszufügung hätte man alles gelten lassen müssen, was durch die Ausübung des Koalitionsrechts an Schaden entstehen könnte. Das will man aber nicht, ja man will das direkte Gegenteil, wie es scheint: gewerkschaftliche Kämpfe, großen Stills werklagens, unmöglich machen. Dafür spricht nicht allein die vorgesehene Schadensersatzpflicht, sondern auch — und zwar noch mehr — die Bestimmung, nach welcher dem Verein Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, wenn er eine Aussperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die geeignet sind, das gewöhnliche Wirtschaftsgetriebe erheblich zu stören. Statt also das Koalitionsrecht und das damit verbundene Streikrecht zu sichern und zu erweitern, sucht man es durch die Rechtsfähigkeit erheblich einzuschränken und macht es übrigens für die ganze Landwirtschaft, die Eisenbahnen, die Seeschiffer usw. unmöglich, indem man die „Rechtsfähigkeit“ nur den gewerblichen Berufsvereinen geben will. Vielleicht hat man erkannt, daß es genug das Hohne sei, wenn man diese Sorte Rechtsfähigkeit auf die gewerblichen Berufsvereine beschränkt.

Natürlich würde auch den Unternehmerorganisationen die Schadensersatzpflicht auferlegt werden — wenn sie die Rechtsfähigkeit erwürben. Das haben sie, die ja entgegen Gesetz und Recht jetzt schon treiben können, was sie wollen, aber garnicht nötig. Der durch eine Sperre geschädigte Unternehmer oder das Unternehmen kann ja Schadensersatz klagen, er oder es ist ja schon eine juristische Person, hat also eine Eigenschaft, die die Vereine allerdings erst durch die Rechtsfähigkeit erwerben könnten. Die Vereine der Unternehmer müßten, wenn sie Rechtsfähigkeit erlangten, sehr oft zu Schadensersatz verurteilt werden, z. B. wenn sie Arbeiter, die irgendwo streikten, auf Monate hinaus aussperrten, wie es jetzt ja üblich ist, denn hier müßte das Gericht Widerrechtlichkeit annehmen. handelt es sich doch in solchen Fällen nur um gemeine Rachgange. Deshalb waren auch die Unternehmerorgane schon vor dem Erscheinen des Gesetzentwurfs gegen die Rechtsfähigkeit. Sie behaupteten zwar entgegen unserer Ansicht, daß der Unternehmerverein leichter zur Erfüllung der Schadensersatzpflicht herangezogen werden könnte, als der Arbeiterverein, waren aber damals wohl noch der Meinung, daß die Rechtsfähigkeit für die Organisationen beider Parteilager zu einem Zwangsrecht gemacht werden sollte. Jetzt, wo sie wissen, daß das Gesetz ihnen nicht schaden kann, sondern nur den Arbeitern, haben sie sich mit der „Rechtsfähigkeit“ schon halbwegs ausgeöhnt, wenn sie von dem Gesetzentwurf auch nicht erbaut sind. Schmerzhaft scheint es sie zu berühren, daß der Entwurf gegen Rechtsklärung der Unternehmer in Gestalt der finanziellen Haftung der Arbeiterverbände für Streikschäden nichts vorzieht. Sie ihrerseits fürchten sich nicht vor der Pflicht, für Aussperrungsschäden haften zu sollen, denn, schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, „daß die Einbeziehung etwaiger Aussperrungen in den Tenor der zitterten Verordnung lediglich aus formalen Gründen erfolgt ist, liegt wohl schon darum auf der Hand, weil einer Aussperrung sinngemäß ein Zustand vorangehen wird.“ Die „Arbeiter-Zeitung“ wünscht also, daß auch ein Privatunternehmer den Arbeiterverein für Streikschäden haftbar machen könne und daß der Anspruch nicht von dem Arbeitgeber-

verband geltend gemacht zu werden brauche. Dann könnte auch der nicht im rechtsfähigen Unternehmerverband organisierte Unternehmer gegen den rechtsfähig gewordenen Arbeiterverein wegen Streikschädigung klagbar vorgehen. Weiter wünscht sie, daß jedes Mitglied des Unternehmerverbandes gegen den rechtsfähig gewordenen Arbeiterberufsverband wegen Streikschädigung klagbar vorgehen könnte. Dann brauchte der Unternehmerverband nicht die Rechtsfähigkeit zu erwerben, um dem rechtsfähig gewordenen Arbeiterverband gegenüber für alle Unternehmern dieselben Rechte zu erlangen, die der Arbeiterverband nur hat, wenn er die sonst seine Aktionsfähigkeit beschränkende Rechtsfähigkeit erworben hat.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist aber auch deshalb nicht von dem Gesetzentwurf erbaut, weil sie annimmt, daß derselbe nur die Basis für Arbeiterklagen sei. Von diesem will sie nichts wissen, da bei dem Vorhandensein solcher Streitigkeiten dann zwischen Arbeiter und Unternehmer durch Schiedsprüche aus der Welt geschafft würden. Die Unternehmer fühlen sich augenscheinlich so stark organisiert, daß sie auf den „Stichtableiter“, wie sie den Rechtsfähigkeitsgesetzentwurf nennen, verzichten können; sie sind so kampffähig, daß sie glauben, auch ohne daß der wirtschaftliche Kampf in friedlichere Bahnen gelenkt wird, schließlich die Arbeiterorganisationen besiegen zu können. Darin werden sie sich freilich täuschen, wenn die Arbeiterorganisationen in bisherigem Tempo weiter wachsen.

Doch das nur nebenbei. Die Beurteilung, die der erwähnte Gesetzentwurf in Unternehmerkreisen erfährt, die Ausstellungen, die von dieser Seite aus an ihm gemacht werden, die Wünsche, die hinsichtlich seiner Ausgestaltung im Interesse der Unternehmer angedeutet werden, zeigen allein schon seine Gefährlichkeit für die Gewerkschaften. Vergewaltigt man sich weiter aber die ihm schon innewohnende feindselige Tendenz gegen die Arbeiterbewegung, so müßten wir, auch wenn wir nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln, zu rückwärtsloser Beurteilung des Gesetzentwurfs gelangen.

Dies nicht als erschöpfende Behandlung des Entwurfs, sondern nur als Ergänzung der bereits über ihn gefällten Urteile, mit denen wir unsere Leser bekannt machten.

Wir wollen nun aber noch das Urteil eines Juristen über den Gesetzentwurf folgen lassen. Rechtsanwalt Genosse Wolfgang Heine läßt sich darüber in Nr. 8 der „Neuen Gesellschaft“ u. a. wie folgt aus:

Das beste an dem Entwurf, der Angehörigen der Berufsvereine der Arbeiter eine wirkliche Befreiung ihrer Lage bringen soll, ist, daß die Arbeitervereine nicht gezwungen sind, von seinen Segnungen Gebrauch zu machen. Sie sollen das Recht erhalten, aber nicht genötigt sein, sich die Stellung juristischer Personen durch Eintragung ins Vereinsregister zu verschaffen, die ihnen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch verschlossen ist, weil die Polizeibehörde ein Widerspruchsrecht gegen die Eintragung aller Vereine hat, die sozialpolitische oder politische Zwecke verfolgen. Dies Widerspruchsrecht soll der Polizeibehörde nun genommen werden, wenn die Vereine im übrigen den Anforderungen des Gesetzes entsprechen.

Es soll anerkannt werden, daß den Berufsvereinen, die nach diesem Gesetz die Rechtsfähigkeit nachsuchen und erlangen würden, gewisse Freiheiten in Aussicht gestellt sind, die gegenüber dem Vereinsrecht einiger Bundesstaaten eine Verbesserung bedeuten würden. Dies betrifft namentlich die Zulassung von minderjährigen Personen über sechzehn Jahre und Frauen zu den Veranstaltungen des Vereins, die z. B. in Sachsen, Bayern und den Reichslanden, teilweise auch in Preußen erheblich erschwert ist. Dies ist aber auch ziemlich alles. Dafür sollen die Vereine Kontrollbestimmungen unterstellt werden, die viel größere Störungen verursachen, als diese kleinen Vorteile wert sein würden, und die für manche Bundesstaaten eine völlig neue Einschränkung des Vereinsrechts bedeuten.

Indessen sollen auch die wirklichen Vorteile des Gesetzes keineswegs allen Berufsvereinen zu gute kommen, vielmehr ist der Kreis so beschränkt, daß nach meiner Meinung sämtliche Gewerkschaften, nicht bloß die freien, sondern auch die sogenannten christlichen, die Hirsch-Dunderschen, selbstverständlich die polnisch-nationalen von der Eintragung und der Erlangung der Rechtsfähigkeit ausgeschlossen sind, oder daß sie doch jederzeit nach der Laune der Behörden mit Hilfe einer Auslegung, die man nicht einmal geschwindig nennen dürfte, davon ausgeschlossen werden können.

Im übrigen sollen die Eintragung erlangen dürfen Vereine, deren Zweck nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen oder daneben auf die Unterstützung seiner Mitglieder gerichtet ist. Unterstützungsvereine aber, die einen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, sind wieder ausgeschlossen und fallen unter das Vereinsgesetz. Welche Interessen „unmittelbar“ mit dem Berufe der Mitglieder in Verbindung stehen, ist Sache der Auslegung. Die Motive sprechen nicht nur von materiellen, sondern auch von geistigen Interessen und verhehlen eine lokale Handhabung dieser Bestimmungen. Aber wir sind daran gewöhnt, daß Versprechungen dieser Art später von der Praxis nicht eingelöst werden. Jedenfalls ist soviel bereits klar: sucht eine Gewerkschaft die Bildung ihrer Mitglieder auf anderem als rein „gewerblichem“ Gebiet zu heben, so ist sie von der Anwendung des neuen Gesetzes ausgeschlossen. Nun gibt es aber kaum eine Gewerkschaft, die nicht auch allgemeine Bildungszwecke verfolgt, und gerade in diesen Kulturbestrebungen liegt nicht der unwichtigste Teil der Gewerkschaftsbewegung, sobald sie sich selbst degradieren würde, wenn sie darauf verzichten wollte.

Bei der Stellungnahme zu politischen Projekten allgemeinen Charakters können die Gewerkschaften sich erst recht nicht auf die ausschließlich und unmittelbar ihr Gewerbe betreffenden Punkte beschränken. Man denke an Gesetze, die das gewerbliche Leben allgemein betreffen, wie das Suchtaugengesetz, die Zollgesetzgebung und dergleichen. Die Motive vertragen deutlich, mit welcher Angst man gerade die politische Betätigung der Berufsvereine einengen will. Daß die Praxis darin eher noch weiter gehen würde, ist unzweifelhaft.

Wenn aber wirklich ein Verein sich allen Bedingungen unterwerfen wollte, um die Eintragung zu erlangen, so droht ihm eine Kontrolle, die jede freie Betätigung lähmlegen muß. Die Rechtsfähigkeit kann ihm entzogen werden, wenn er Zwecke verfolgt, die der eingeschränkten Wirklichkeit solcher Vereine verstoßen. Wenn also z. B. eine eingetragene Gewerkschaft aus ihren Mitteln einen Streik eines andern Berufs unterstützte, würde ihr die Rechtsfähigkeit entzogen werden können. Auch einzelnen Mitgliedern soll ein Klagerrecht in solchen Fällen zustehen. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit wird aber auch angedroht, wenn die Gewerkschaft unter ihren eigenen Mitgliedern einen Ausstand herbeiführt oder fördert, der geeignet ist, die Sicherheit des Reiches oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen, oder eine gemeine Gefahr für Men-

schenleben zu verursachen. Damit könnten in erster Reihe alle größeren Bergarbeiterkreise unmöglich gemacht werden, ebenso alle Ausstände in elektrischen Werken, Gaswerken und dergl.

Die Anmeldevorschriften, die bisher in vielen Bundesstaaten bestanden, sollen in einer Weise geändert werden, die lediglich eine Erleichterung für die Polizei bedeutet. Die täglich massenhaft einlaufenden Anzeigen von neu eintretenden und austretenden Mitgliedern, die für die Polizei nur eine Plage bedeuteten, sollten wegfallen, dafür soll aber der Verein ein Register nach Vorschrift des Bundesrats führen, in das die Polizei jederzeit Einblick nehmen kann. Bequemer kann man es der Polizei nicht machen. Dadurch sollen die Gewerkschaftsmitglieder auch dort unter polizeiliche Kontrolle gestellt werden, wo sie, wie bisher in Württemberg, ihr nicht unterworfen waren. Bekanntlich kommen fortgesetzt neue Fälle vor, in denen die Polizei ihre Kenntnis der Mitgliederverzeichnisse hehnt, um die Arbeitgeber über ihre Arbeiter zu informieren, und die gewerkschaftlich Organisierten aus dem Brot zu bringen.

Wenn man sich klar macht, daß die heutige Rechtsprechung in unentbehrlichen und lokalen Mitteln der Ausübung des Koalitionsrechts, in der Anknüpfung von Streiks, in Sperren, ja in ganz friedlichen Verhandlungen über Lohnerhöhungen oder Einstellung von Arbeitern Handlungen gesehen hat, die „gegen die guten Sitten verstoßen“ und deshalb zum Schadensersatz verpflichtet, ja, daß sie darin strafbare Delikte der Rötigung und Erpressung erblickt hat, so muß man sich sagen, daß jede Erweiterung der Haftung der Berufsvereine zu deren vollständigen Ruin führen würde, solange das Koalitionsrecht der Arbeiter gegen solche unberechenbare Beeinträchtigungen nicht geschützt ist.

Aus diesem Grunde würden vermutlich sehr wenige Arbeitervereine, die es mit der gewerkschaftlichen Aufgabe ernst meinen, sich auf Grund des neuen Gesetzes eintragen lassen. Auch die christlichen Verbände können es nicht, wenn sie nicht vollkommen auf das Niveau gelber Gewerkschaften herunter sinken wollen. Für solche freilich, für ausgesprochene Streikbrechervereine, ist das Gesetz wie gemacht. Es bietet gerade einen Anreiz für die Arbeitgeber, solche Vereine zu gründen, sie mit Kapitalvermögen, Vereinshäusern und ähnlichen Schenkungen auszustatten, die Mitglieder an dem Genuß dieser Vergünstigungen zu interessieren, um dann mit Hilfe des behördlichen Aufsichtsrechtes die Vereine vollkommen in der Hand zu haben, die jederzeit mit Auflösung bedroht werden könnten, wenn sie die engen Grenzen des Gesetzes im geringsten überschritten, d. h. wenn sie sich einmal unterfangen wollen, wirklich ernsthaft Arbeiterinteressen zu vertreten.

Die Arbeiterschaft kann deshalb dem Gesetzentwurf nicht gleichgültig gegenüberstehen, sondern muß ihn entschieden ablehnen, weil er eine Korruption in den Arbeiterkreisen groß zu ziehen geeignet ist.

Die Gewerkschaften werden gern auf solche Rechtsfähigkeit verzichten, sie sind bei dem bisherigen Zustande recht gut ausgenommen. Bei einiger Korrektheit der Geschäftsführung läßt sich das Vermögen der Gewerkschaften vollkommen sichern; auch der Erwerb von Grundeigentum läßt sich durch Treuhänder bewerkstelligen. Zwar wird den Vereinen als solchen bis jetzt nicht gestattet, zu klagen, obgleich hervorragende Juristen ihnen auch dieses Recht zusprechen, und die Praxis möglicherweise mit der Zeit den Bedürfnissen des Verkehrs folgen wird. Aber es geht auch ohne dies. Da die Verbände ihre Forderungen formlos abtreten können, und hierzu je nach der Fassung der Statuten die Unterschrift weniger Vorstandsmitglieder ausreicht, können einzelne Mitglieder mit der Anstellung notwendiger Klagen beauftragt werden. Diese spielen jedoch in der Verwaltung der Gewerkschaften keine große Rolle.

## Bermischtes.

Hirsch-Dundersche Helldank. In Lennep ist es nicht möglich, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, weil die Saalhaber ihre Lokale nicht hergeben. Nun war es den Einzelmitgliedern des Metallarbeiterverbandes gelungen, daß ihnen der Inhaber des Lokals „Zum deutschen Haus“, Kölner Straße, Herr Müller, den Saal zur Abhaltung von Versammlungen zugestimmt hatte. Der Hirsch-Dundersche Gewerkschaftstag tagt auch in dem Lokal, infolgedessen beschuldigt man die Hirsch-Dunderschen, dort einzugehen, daß sie geschädigt würden. Mugs wurde ein Schreiben der dortigen Ortsgruppe, mit dem Metallarbeiterverband das Lokal zur Verfügung gestellt werde, zugehen wird.

Etwas von der Fürsorge für Minderjährige. Der Vorstand des Erziehungsvereins im Dekanat Alfeld, Pfarrer Diefenbach in Eudorf, schrieb an den Vorstand des Textilarbeiterverbandes in Alfeld im Großherzogtum Hessen, daß drei in Zwangsziehung befindliche Weibchen zu beaufsichtigen seien und teilte mit, daß eine Mitgliedschaft derselben bei dem Textilarbeiterverband geschwehrt sei. Die Mitgliedsbücher der Betroffenen habe man in Verwahrung genommen und dieselben könnten gegen Rückzahlung der eingezahlten Beiträge in Empfang genommen werden. Wir möchten zunächst darauf hinweisen, daß nach dem Statut des Textilarbeiterverbandes die Mitgliedsbücher dem Verband gehören, ihm also auf sein Verlangen vorbehaltlos ausgehändigt werden müßten. Zudem ist der Verband nicht verpflichtet, erhaltene Beiträge zurückzahlen. Dann sind wir aber auch der Meinung, daß die Betroffenen dadurch, daß sie der Zwangsziehung unterstellt wurden, nicht des Koalitionsrechts verlustig gehen, der Erziehungsverein also unserer — vielleicht unmaßgeblichen — Meinung nach nicht berechtigt ist, ihnen die Mitgliedschaft im Textilarbeiterverband zu verweigern. Die Fürsorge kann doch nur den Zweck haben, von den Jünglingen alle unethischen und unmoralischen Einflüsse fernzuhalten. Solchen sind sie aber im Textilarbeiterverband nicht ausgesetzt; die namhaftesten Sozialpolitiker würden sogar das direkte Gegenteil behaupten, denn sie sprechen ja den Gewerkschaften nicht nur eine hohe sittliche und moralische, sondern auch eine kulturelle Bedeutung zu.

Eine furchtbare Pulverexplosion, die wieder das Risiko der Arbeit in seinem ganzen Umfang zeigt, hat in einer Roburifabrik in Annen (Kreis Dortmund) stattgefunden. Circa 30 Tote und etwa mehrere hundert Verletzte sind zu zählen, abgesehen von dem ungeheuren Materialschaden. Im Unglücksort blieb keine Fensterscheibe ganz. Auch das nahe Witten hat sehr gelitten.

Der „Hauptmann von Koepenick“, der durch seinen fähigen Handlungsweise bekannt gewordene Schutzmacher Wilhelm Voigt, ist zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Die Verhandlung gegen ihn wurde dadurch an interessantesten, daß sie zur Gewissheit bewies, daß es einem aus dem Zuchthaus Entlassenen im heutigen Staat fast unmöglich gemacht wird, auf längere Zeit dem Zuchthaus fern zu bleiben. Die Ortsbehörden sind berechtigt, einen solchen Menschen von Ort zu Ort zu jagen, solange er, trotz aller guten Vorsätze, ein ehrlicher Mensch zu bleiben, gezwungen wird, die Bahn des Verbrechens von neuem zu betreten. Auch ein Kulturbild!